Interview: Frank Schäffler zum ESM S.2

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
Nr.20 – 19. Mai 2012
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Schwierige Ziehsöhne: Nach Christian Wulff wurde Norbert Röttgen nun zur zweiten Problempersonalie für Merkel Bild: M. Sohn/dapd

Übel vom linken Einheitsbrei

Konservative Wähler wenden sich resigniert von der Wahlurne ab

Die „modernisierte“ Merkel-Union sollte Grüne und SPD unnötig machen, doch der Plan der CDU-Führung wird zum Bumerang.

Mit aller Macht ist Angela Merkel bemüht, das schaurige Desaster von Nordrhein-Westfalen von sich weg zu schieben. Es wird ihr nicht gelingen: Norbert Röttgen repräsentiert wie kaum ein Zweiter den Stil, das Programm und das Personal der von Merkel geprägten CDU.

Was Wunder: Aus Röttgens Landesverband stammt schließlich der Architekt der „modernisierten“ Merkel-Union: Als CDU-Generalsekretär schuf der heutige Kanzleramtsminister Ronald Pofalla einst die Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“. Um die Wähler von SPD und Grünen wahlmüde zu machen, sollte die CDU Schritt um Schritt grüne und sozialdemokratische Positionen übernehmen. Hier hinein gehört auch die von Umweltminister Röttgen verantwortete „Energiewende“.

Die ebenso ungewollte wie unvermeidliche Folge dieser Strategie ist, dass die CDU in den Augen vieler Stammwähler zum formlosen Brei verkommen ist, der nunmehr vor allem sie zur Wahlenthaltung veranlasst, und weniger die Anhänger von SPD und Grünen. Resultat: Bei einer Wahlbeteiligung von nicht einmal 60 Prozent haben in NRW nur rund 15 Prozent aller Wahlberechtigten den Weg zu den Urnen gefunden, um dort für die CDU zu votieren. Nicht einmal die ärgsten Pessimisten würden behaupten, dass damit das Potenzial einer liberalkonservativen Partei auch nur annähernd ausgeschöpft wäre, wenn die CDU denn noch als eine solche, bürgerliche Kraft angesehen würde.

> Weder Pro NRW noch Freie Wähler profitierten von CDU-Schwäche

Wo sind die Wähler hin? Ein paar sind zur FDP gewechselt. Das Gros jedoch blieb resigniert zu Hause. Die kleine ProNRW-Partei jedenfalls konnte kaum hinzugewinnen. Dies trotz spektakulärer Wahlkampfaktionen wie die Auseinandersetzungen mit radikal-islamischen Salafisten. Sie verbesserte sich nur minimal von 1,4 auf 1,5 Prozent.

ProNRW ist es nicht gelungen, ins Lager der Bürgerlichen einzudringen, sie wird weiterhin als rechtsaußen jenseits des bürgerlichen Spektrums wahrgenommen. Aber auch die Freien Wähler konnten in NRW nichts holen, mit 0,2 Prozent blieben sie tief im Sumpf der Splitterparteien stekken.

Bleibt die Folgerung, dass sich weite Teile des bürgerlichen Wählerspektrums einstweilen eingerichtet haben in der Resignation. Dies sichert der linken Parlamentshälfte weiterhin gute Siegesaussichten und lässt die Machtbasis der Kanzlerin schwinden. Das Beispiel der Hamburger Schill-Partei hat vor gut zehn Jahren indes gezeigt, wie explosionsartig sich enttäuschte Bürgerliche zurückmelden können, wenn sie ein attraktives Angebot zu sehen meinen. Ein solches Angebot ist indes weit und breit nicht in Sicht. Daher dürfte Merkel an ihrer Pofalla-Strategie einstweilen festhalten – trotz NRW. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Brückenbauer

Lange haben die Schleswig-Holsteiner gekämpft, bis sie von der dänischen Fremdherrschaft befreit waren. Jetzt sind die Dänen kurz davor, wieder an die Macht zu kommen. Nicht als Besatzer, sondern als Zünglein an der Waage bei der Gestaltung der künftigen politischen Verhältnisse zwischen Nord- und Ostsee. Als Minderheitenpartei von der Fünfprozentklausel befreit, stellt der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), der 50000 „Dänischgesinnte“ in dem über 2,8 Millionen Menschen zählenden Bundesland vertritt, gerade einmal drei Parlamentssitze. Gleichwohl strotzen die deutschen Dänen vor Selbstbewusstsein und wollen gemeinsam mit SPD und Grünen in Kiel regieren. Und da Rot-Grün ohne den SSW keine Mehrheit hat, wird die kleine, nur im nördlichen Landesteil präsente Regionalpartei in mancher Hinsicht den Ton angeben. Künftig dürfte Kiel stärker nach Kopenhagen als nach Hamburg blicken und vermehrt dänische Belange berücksichtigen.

Doch der SSW hat auch sein Gutes. Programmatisch zwischen CDU und SPD stehend, pflegt er einen „skandinavischen“ Politikstil, in dem der offene Dialog mit der Opposition eine wichtige Rolle spielt. So könnte der SSW als Mittler dazu beitragen, die tiefen Gräben zwischen den Bürgerlichen und den Linken im Lande zu überwinden. Und vom Brückenbauen versteht der SSW etwas. War er in seinen Anfangsjahren noch ein vehementer Verfechter einer Abtretung Schleswig-Holsteins an Dänemark, ist er heute ein Garant für ein gedeihliches Miteinander. Seit einem Menschenalter lebt man im Norden in komplikationsloser Nachbarschaft und in tiefstem Frieden. Übrigens ganz ohne den „Friedensstifter“ Euro.

Griechenland geht

War »Niemand wird fallengelassen!« nur ein Täuschungsmanöver?

Griechenland wird die Euro-Zone nach Auffassung nahezu sämtlicher Fachleute wohl noch in diesem Jahr verlassen. Dass es in den Regularien der Einheitswährung keinen Mechanismus zum Ausschluss eines Landes gibt, spielt keine Rolle: Sobald die Euro-Partner und der Internationale Währungsfonds keine Gelder mehr nach Athen überweisen, wäre Hellas umgehend zahlungsunfähig. Daher müsste es, um Renten, Gehälter und anderes weiter auszahlen zu können, notgedrungen wieder eigenes Geld auf den Markt bringen, sprich: zur Drachme zurückkehren.

Die deutschen Steuerzahler hat das griechische Abenteuer bislang laut Schätzungen etwa 80 Milliarden Euro gekostet. Das entspricht dem Dreifachen dessen, was der Bund 2011 für Verkehr (Straßen, Schienen, Kanäle), Bau und Stadtentwicklung zusammen ausgegeben hat.

> Deutsche zahlen 80 Milliarden

Nun wird die Politik erklären müssen, warum sie die seit 2010 für jeden klar erkennbare Pleite Griechenlands so kostentreibend hinausgezögert hat. Ein Grund lässt sich an der relativen Gelassenheit ablesen, mit der die Finanzwirtschaft auf den absehbaren Bankrott Athens reagiert. Vor ein oder zwei Jahren noch lösten schlechte Nachrichten von dem Mittelmeerland Schockwellen auf den Märkten aus. In der Zwischenzeit aber ist es gelungen, die Griechenkredite aus den Büchern der Finanzwirtschaft weitgehend herauszuholen und zu den Staaten, also den Steuerzahlern, umzubuchen. Allein dafür waren offenbar die Jahre nötig, die mit der angeblichen „Griechen-Rettung“ zugebracht wurden. Vor diesem Hintergrund erscheint das vielfach wiederholte Diktum von Kanzlerin Angela Merkel, „niemand wird fallengelassen“, als Täuschung von Anfang an. *H.H.*

Abstimmung kurz vor Ultimo

Entscheidung über ESM-Vertrag und Fiskalpakt verschoben

Die für den 25. Mai vorgesehene Bundestagsabstimmung über Fiskalpakt und ESM-Vertrag ist vom Tisch. Der Zeitplan der Bundesregierung für die Abstimmung noch vor der parlamentarischen Sommerpause sei „völlig unrealistisch“ gewesen, so SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeyer. Zuletzt hatte es bei SPD und Grünen immer wieder Forderungen nach Nachbesserungen am Fiskalpakt gegeben. Nach dem Wahlsieg der Sozialisten in Frankreich sowie dem Linksrutsch in Griechenland und Italien nutzen sie jetzt die Möglichkeit, sich mit Forderungen nach Überarbeitung von der Europapolitik der Bundesregierung abzugrenzen. Da die Regierungskoalition bei der Ratifizierung des Fiskalpaktes auf eine Zweidrittelmehrheit und damit auf die Stimmen der Sozialdemokraten angewiesen ist, hat sie keine andere Wahl, als der SPD beim Zeitplan für die Abstimmung entgegenzukommen.

> SPD will nachbessern

Bei der Entscheidung über den ESM-Vertrag herrscht allerdings Zeitdruck, da dieser schon am 1. Juli in Kraft treten soll. Die SPD hat bereits ihre Zustimmung signalisiert. Hinsichtlich des Fiskalpaktes fordert die Parteispitze dagegen „zielgerichtete Wachstums- und Innovationsimpulse“, die mit der Sozialistischen Partei des neuen französischen Staatspräsidenten François Hollande abgestimmt seien. Langfristiges Ziel sei es, „die schlechter entwickelten Volkswirtschaften aufzubauen“.

Ein neuer Termin für die Doppelabstimmung steht noch nicht fest. Allerdings sei damit zu rechnen, so die CDU-Bundestagsfraktion gegenüber der *PAZ*, dass der Bundestag Ende Juni – und damit kurz vor Ultimo – darüber beschließen werde. Dann könnte der Bundesrat noch in seiner Sitzung am 29. Juni in aller Eile seinen Segen dazu geben. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Christen unter Druck

Kairo – Seit dem Sturz von Präsident Husni Mubarak in Ägypten seien durch Islamisten in nur zehn Monaten 1500 christliche Mädchen und junge Frauen entführt, vergewaltigt und oft auch zum Übertritt zum Islam gezwungen worden, meldet die Menschenrechtsorganisation Egyptian Union of Human Rights Organisation. Nur zehn von ihnen seien bisher zu ihren Familien zurückgekehrt. Nach Angaben des Vorsitzenden Naguib Gobraiel lag die Quote zu Zeiten des Mubarak-Regimes bei etwa 200 Entführungen im Jahr. Zudem seien seit 2011 wegen massiver Repressalien und Attacken etwa 100000 meist koptische Christen aus dem Land geflohen. Auch im Irak begannen Entführungen junger Christinnen und ihre Zwangsverheiratung mit Muslimen schon kurz nach dem Einmarsch der US-Truppen, auch aus Pakistan werden immer wieder ähnliche Vorfälle gemeldet. *J.F.*

Widerstand gegen Stausee

Schlatt – Nach Stuttgart 21 formiert sich im Südwesten der Republik eine Bürgerbewegung gegen den 300 Millionen Euro teuren Bau eines Staudamms. Hier soll ein Pumpspeicherwerk zur Speicherung elektrischen Stroms im Zeichen der Energiewende mit einer geplanten Bauzeit von zehn Jahren entstehen. Der von den Behörden vorgesehene Standort liegt direkt dem sogenannten Zollergraben gegenüber, einem der signifikantesten Erdbebengebiete der Stufe 3 in Deutschland. Zudem wird der geplante Stausee ein Gebiet bedecken, das als Beurener Heide mit seinen Wacholdersträuchern und Silberdisteln ein landschaftliches Kleinod bildet, so die Klagen der Anwohner. Schon jetzt kündigten die Grundstücksbesitzer an, ihr Land nicht verkaufen zu wollen. Somit müsste ein zeitraubendes Enteignungsverfahren in Gang gesetzt werden. *J.F.*

Die Schulden-Uhr:

Eindeutige Mehrheit

Eine klare Mehrheit von 59 Prozent der Deutschen ist dagegen, dass die Staaten der Europäischen Union das Wachstum fördern und dafür neue Schulden machen. Das ergab eine Forsa-Umfrage im Auftrage des „Stern“, bei der auch nach der Parteipräferenz gefragt wurde. Mit 60 Prozent ist der Wert bei den „Linken“-Anhängern überdurchschnittlich hoch und liegt fast bei den 62 Prozent der Unions-Anhänger. Es folgen die Freunde von Rot-Grün mit 55 beziehungsweise 56 Prozent. Nur bei den „Piraten“-Fans verfehlen die Schuldengegner die absolute Mehrheit, haben aber mit 47 gegen 40 Prozent immerhin noch die relative. Für die Sympathisanten der FDP wurden keine Ergebnisse veröffentlicht. *M.R.*

2.036.688.595.584 €

Vorwoche: 2.035.878.149.393 €
Verschuldung pro Kopf: 24.898 €
Vorwoche: 24.888 €

(Dienstag, 15. Mai 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wahrheit wird vertuscht

Frank Schäffler (FDP) schildert, warum Klarheit bei der Euro-Rettung gezielt vermieden wird

Innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion gilt der Finanzpolitiker Frank Schäffler als scharfer Kritiker der bisherigen „Euro-Rettungspolitik“ der Bundesregierung. Die *PAZ* hat sich mit dem Mitglied des Bundestags-Finanzausschusses über drohende Risiken durch die Installierung eines permanenten „Euro-Rettungsschirms“ in der Form des ESM unterhalten. Die Fragen stellte Norman Hanert.

PAZ: *Herr Schäffler, im Deutschen Bundestag wird bald die Ratifizierung des ESM-Vertrages auf der Tagesordnung stehen. Von Kritikern wird der Vertrag als folgenschwerstes Finanzgesetz der Nachkriegszeit bezeichnet. Wie sehen Sie das?*

Schäffler: Die Einführung des Euro war sicher die bedeutendere Entscheidung. Nun sollen ja durch den ESM die vermeintlichen Konstruktionsfehler der Einheitswährung behoben werden. Das wird nicht gelingen, denn der Fehler liegt in der einheitlichen Behandlung von Verschiedenem.

PAZ: *Gleichzeitig soll der Bundestag seine Zustimmung zum EU-Fiskalpakt geben. Wird diese Vereinbarung erfolgreicher sein als die Kriterien des Maastricht-Vertrages?*

Schäffler: Der Fiskalpakt wird dasselbe Schicksal erleiden wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Es gibt keine Institutionen, mit denen europäisches Recht gegenüber den EU-Staaten durchgesetzt werden kann. Deshalb war die Währungsunion so ausgelegt, dass die Staaten eigenverantwortlich wirtschaften und es keine Bail-outs geben sollte. Die Regeleinhaltung sollte im Eigeninteresse liegen. Davon wird seit Griechenland abgewichen, so dass ich für die Zukunft Schlimmes erwarte.

PAZ: *Welche Gefahren sehen sie konkret?*

Schäffler: Es fehlt nun der Anreiz zur selbstverantwortlichen Regelbeachtung. Zahl und Qualität der Regelverletzungen werden zunehmen. Trotz Fiskalpakt wird es weiter Haushaltsdefizite geben. Das Schuldenproblem wird so nicht gelöst. Ich halte ein ungewolltes Auseinanderbrechen der Währungsunion daher für wahrscheinlich. Besser wäre es, wenn man Austrittsmöglichkeiten jetzt und ganz bewusst schaffen würde.

PAZ: *Der Fiskalpakt wird als Antwort auf bisherige Versäumnisse in der Haushaltspolitik der EU-Mitgliedsländer angepriesen. Wundert es Sie nicht, dass die magere Erfolgsbilanz der Institution „EU-Kommission“ bisher kaum diskutiert wird? Zum Beispiel ist das Ziel der Lissabon-Strategie, die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu machen, doch grandios verfehlt worden.*

Schäffler: Wir haben diesen falschen Weg vor vielen Jahren eingeschlagen. Das ist der Weg zum Zentralismus. Eine Umkehr erfordert ein komplettes Umdenken und Erkennen, dass es sich um einen Irrweg handelt. Das ist schwierig, denn die Krisenanalyse beschränkt sich darauf, dass wir „zu wenig“ haben und deswegen „mehr Europa“ brauchen, ohne die Richtigkeit des Weges selbst in Frage zu stellen.

PAZ: *Kritiker halten den ESM de facto für einen unkündbaren Vertrag mit einer unbegrenzten Nachschusspflicht. Glauben Sie, dass eine derartige Vereinbarung auch außerhalb des Bundestages Chancen hätte, unterzeichnet zu werden, etwa wenn die Abgeordneten als Privatpersonen auf eigene Rechnung handeln würden?*

Schäffler: Es ist eine Frage der Sichtweise. Ich sehe beim ESM nur Risiken und keine Vorteile, weil ich ihn als Mittel zur Stabilisierung der Euro-Zone für untauglich halte. Andere sehen zwar, dass wir mit dem ESM etwas aufgeben, dafür aber auch etwas bekommen. Und das sind ganz verschiedene Dinge: Die einen sehen einen größeren Einfluss für Deutschland, die andere eine stärkere EU, wieder andere glauben, die sogenannte politische Union sei Bedingung für einen starken Euro.

> ESM kann bei Bedarf dank Banklizenz selber Geld drucken

PAZ: *Dem ESM als Institution, als auch dessen Vertreter soll eine umfassende gesetzliche Immunität verliehen werden. Die Regelungen dazu gehen weit über die Rechte hinaus, die demokratisch gewählten Abgeordneten eingeräumt werden. Woher stammen diese Vorgaben zur Immunität?*



Frank Schäffler — Bild: M. Gottschalk/dapd

Schäffler: Diese Passagen sollen angeblich üblich sein bei internationalen Institutionen. Ich halte sie für völlig überzogen. Sie sind verantwortungslos und undemokratisch.

PAZ: *Häufig bemängelt wird auch die mangelnde Transparenz beim ESM. Wem wird die Institution ESM in der Praxis gegenüber rechenschaftspflichtig sein – dem Europäischen Rechnungshof oder den nationalen Rechnungshöfen?*

Schäffler: Der Bundesrechnungshof und der niederländische Rechnungsprüfungshof haben gerade bei einer Anhörung des EU-Parlaments angeprangert, dass der ESM nicht kontrollierbar und undemokratisch ist. Ich fürchte, dass wir hier keine praktische Hilfe bei der Kontrolle des ESM erwarten können.

PAZ: *Konstruktionsfehler der Europäischen Währungsunion haben sich zum Teil erst nach Jahren unter Krisenbedingungen gezeigt. Sind beim ESM-Vertrag bereits vorab Schwachpunkte erkennbar?*

Schäffler: Ich sehe zwei Punkte als besonders kritisch. In der Kombination sind sie fatal. Erstens ist der ESM so gestaltet, dass das ihm zur Verfügung gestellte Kapital sein Ausleihvolumen nicht wirksam begrenzt. Die Höhe des Ausleihvolumens selbst ist eine rein willkürliche, politische Veranstaltung. Zweitens braucht es nur einen Federstrich, um dem ESM Zugang zu den Tendergeschäften der EZB, also eine Banklizenz, zu gewähren. Dann haben wir die unendliche Gelddruckmaschine mit angeschlossenem Verteilgebläse.

PAZ: *Der ESM als Quasi-Bank: Wo sehen Sie diese Möglichkeit im Vertragsentwurf angelegt?*

Schäffler: Von nationaler bankrechtlicher Aufsicht wie etwa aufgrund des Kreditwesengesetzes ist der ESM befreit. Allerdings ist er so angelegt, dass er wie eine Bank agieren kann. Vertragsgemäß darf er Kredite bei Banken und sonstigen Personen und Institutionen aufnehmen. Auch die Möglichkeit einer Fristentransformation ist eingeräumt. Über den Zugang des ESM zu den Tendergeschäften der EZB muss die EZB selbst entscheiden. Sie entscheidet darüber autonom nach eigenem Ermessen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der EZB kann das aber von einem Tag zum anderen geschehen.

PAZ: *Sehen Sie eine reelle Chance für die künftigen deutschen Vertreter beim ESM, eine Veto-Möglichkeit wahrzunehmen?*

Schäffler: Das Veto besteht. Ob es ausgeübt wird, ist wiederum eine rein politische Frage, die nicht in den Gremiensitzungen des ESM entschieden wird, sondern im Büro der Kanzlerin und auf den Euro-Gipfeln.

PAZ: *Wie steht es um die Haushaltswirksamkeit von Bürgschaften und Zahlungen für die Rettungsfonds EFSF und ESM oder von Risiken, die in den Bilanzen der EZB und der Bundesbank zur Euro-Rettung angesammelt wurden? Besteht die Gefahr, dass Schattenhaushalte aufgebaut werden, die künftig sogar Auswirkungen bis in den regulären Bundeshaushalt haben werden?*

Schäffler: Schattenhaushalte sind nicht nur Gefahr, sondern Realität. Das letzte, was die Rettungspolitiker zulassen können, ist die Sichtbarkeit der Krise durch Belastungen für den deutschen Haushalt. Deswegen werden die Verpflichtungen nicht in den Schuldenstand eingerechnet. Dahinter steckt die Illusion, dass Bürgschaften kein Risiko darstellen und nicht gezogen werden. Die Bilanz jedes Unternehmers ist anders aufgebaut, da werden Rückstellungen gebildet. Wahrheit und Klarheit sind in der Rettungspolitik Fremdwörter.

PAZ: *Sehen Sie einen Ausweg aus dem Rettungsautomatismus, der nach dem Bruch der sogenannten Nichtbeistandsklausel eingetreten ist?*

Schäffler: Dieser Rettungsautomatismus ist eine Interventionsspirale. Jede Rettungsaktion wird weitere Rettungsaktionen nach sich ziehen. Aussteigen können wir jederzeit. Man muss dazu nicht mehr tun, als die Nichtbeistandsklausel wieder gelten und Staaten und Banken pleite gehen zu lassen. Je länger man das hinauszögert, desto höher steigt man und desto tiefer wird der Fall sein. Den politischen Willen dafür sehe ich jedoch nicht. Denn niemand will die Verantwortung tragen.

Hollandes falsches Spiel um Afrika

Frankreichs neuer Staatspräsident kündigt grundlegende Reformen in der Übersee-Politik an

Frankreichs neuer Staatspräsident François Hollande hat grundlegende Reformen in der Afrika-Politik angekündigt. „Ich werde Beziehungen beenden, die auf Dominanz, Einfluss und Geschäftsmöglichkeiten für Machthaber basieren“, versprach Hollande vor der Wahl. Außerdem werde er sich nicht als Lehrer aufspielen, „sondern die Idee vertreten, dass Demokratie überall relevant ist – und besonders in Afrika“.

Tatsächlich hat Frankreich seine politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zu seinen ehemaligen Kolonien in Afrika nie abreißen lassen. Politische Tauschgeschäfte, illegale Geldtransfers und steuerfreie Geschenke spielten stets eine Rolle bei dem System, aus dem nicht selten auch Diktatoren als Gewinner hervorgingen und immer noch gehen. Das Prinzip ist einfach: Französische Politiker sagen afrikanischen Führern ihre Unterstützung zu. Im Gegenzug erhalten sie wertvolle Rohstoffe wie Öl oder Uran, manchmal auch persönliche Geschenke. Zum Sinnbild dieses Systems wurde der Mann mit dem Koffer: Robert Bourgi, ein französisch-libanesischer Anwalt. Im September letzten Jahres ging er damit an die Öffentlichkeit, dass er einflussreichen französischen Politikern Koffer voll mit Geld von afrikanischen Präsidenten überbracht habe. Angeblich habe jeder Koffer ein bis drei Millionen US-Dollar enthalten und habe die Kampagnen damaliger Präsidentschaftskandidaten finanziert. Die Nutznießer sollen unter anderem Jaques Chirac, François Mitterand und der ehemalige Premier Dominique de Villepin gewesen sein. Für Chiracs Wahlkampf 2002 sind angeblich sogar zehn Millionen Dollar aus der Demokratischen Republik Kongo und der Elfenbeinküste geflossen. Der erste Koffer sei laut Bourgi 1995 von Mobutu Sese Seko gekommen, dem damaligen Präsidenten der Republik Zaire, heute Demokratische Republik Kongo. Schenkt man anderen Quellen Glauben, dann existiert diese erkaufte Unterstützung bereits seit Charles de Gaulles Regierungszeit.

> Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien sind nie abgerissen

Die Afrika-Politik des verflossenen Präsidenten Nicolas Sarkozy ist durchzogen von Fehltritten, sodass ein französischer Kolumnist spottet, viel schlimmer könne Hollande gar nicht handeln. Als größter Fauxpas gilt Sarkozys Rede im senegalesischen Dakar 2007, bei der er meinte, „der Afrikaner habe nur unzureichend Geschichte geschrieben“. Sowohl aus dem frankophonen als auch aus dem anglophonen Afrika hagelte es damals Kritik. Im Jahre 2008 versprach Sarkozy, die Militärpakte mit den ehemaligen Kolonien zu überarbeiten und vollkommen offenzulegen. Doch kaum ein Jahr darauf schwieg er, als in Kamerun der Präsident die Wahlen fälschte und im Kongo und in Gabun die scheidenden Herrscher die Macht an ihre Söhne abgaben. Sein großes Engagement für einen Nato-Einsatz gegen das Gaddafi-Regime sehen Experten danach als eine große Reinwasch-Aktion.

> »Nicht über Afrika in verletzender Weise sprechen«

Hollande versprach nun, er werde „nicht über die Afrikaner in solch einer verletzenden Weise wie Nicolas Sarkozy sprechen“. Und auch sonst präsentiert sich der 57-Jährige als Revolutionär in der Außenpolitik.

Französische Politik-Beobachter gehen aber davon aus, dass Hollande trotz der Versprechen in die Fußstapfen Francois Mitterands treten werde, dessen Berater er war. Selbst seine Parteifreunde aus der Parti Socialiste halten Hollande dieses falsche Spiel vor. Von jeher war er ein Verbündeter des ehemaligen ivorischen Präsidenten Laurent Gbagbo. Als sich dieser 2009 weigerte abzutreten und einen blutigen Bürgerkrieg mit 3000 Toten anzettelte, distanzierte sich Hollande zwar offiziell von ihm. Innerhalb der Partei vertrat er danach jedoch eine Gbagbofreundliche Einstellung.

Der Pariser Journalist und Afrika-Experte Christophe Boisbouvier vermutet, Hollande werde in den ersten Monaten seiner Amtszeit die autoritären Präsidenten meiden, wie etwa den Gabuns oder der Republik Kongo: „Er wird zunächst versuchen, einen Präsidenten zu besuchen, der legal gewählt wurde. Das kann der Präsident von Senegal, Ghana oder Niger sein.“ Boisbouviers Einschätzung nach werde Hollande zu 90 Prozent Mitterand nacheifern, große Veränderungen sehe er deshalb nicht.

Markus Schönherr

Grüne Schwindsucht an der Spree

Von THEO MAASS

Den Grünen geht es schlecht. In Berlin besonders. Träumten sie doch noch vor Jahresfrist vom Sessel des Regierenden Bürgermeisters, so stehen sie heute fast mit heruntergelassener Hose da. Ihren fähigen Fraktionschef Volker Ratzmann haben sie weggemobbt. Landesfraktionschefin Ramona Popp ist mit ihrem Posten sichtlich überfordert. Die „Regierungskrisen“, wie zum Beispiel der erzwungene Rücktritt des respektablen Justizsenators Michael Braun (CDU), gingen nicht auf ihr Konto. Nun hat auch noch die Piratenpartei den Grünen einen wesentlichen Anteil ihrer Stimmen abgejagt.

Politik ohne Politik nennt man das, denn Sachthemen hat die größte Oppositionspartei im Berliner Landesparlament lange keine vorzuweisen. Nun haben die Grünen etwas gefunden: Die geplatzte Eröffnung des Flughafen Schönefeld BER soll nach dem Willen des grünen Chefstrategen Jürgen Trittin Anlass für den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) sein, seinen Rücktritt zu erklären.

Das mögliche Kalkül: Nach Wowereits Abgang könnte die geschwächte SPD vielleicht doch noch die Grünen zur Regierungspartei machen und sich von der CDU trennen. Selten so gelacht. Da kennt Trittin nämlich den Wowereit schlecht. Dessen Machtbewusstsein, dessen Dickfelligkeit ist Legende. Aber immerhin – einen Versuch war's ja wert.

Inzwischen weiß man, dass Mängel am Brandschutz schuld an der abgesagten Eröffnung des neuen Hauptstadtflughafens am 3. Juni gewesen sein sollen. Wieso die Verschiebung erst Anfang dieser Woche bekannt gegeben wurde und wer die Verantwortung hierfür trägt, ist unklar. Am Donnerstag verweigerte der TÜV Rheinland die abschließende Brandschutzprüfung. Was daran ist Wowereit zuzurechnen? Nun ja, er sitzt im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft. Aber dann müssten sich auch grüne Politiker bundesweit warm anziehen, wenn ein solcher Posten im Scheiternsfalle eines Projekts sofort zu Acht und Bann führen sollte.

Das Bezeichnende ist aber, dass dieser Winkelzug nicht etwa einem der Berliner Grünen und auch nicht der gewesenen Bürgermeisterkandidatin Renate Künast, sondern eben Jürgen Trittin, dem Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, eingefallen ist. Das sagt eine ganze Menge aus über die politische Potenz der Berliner Landespartei. Sie ist kaum vorhanden. Die Linkspartei liebt sichtlich darunter, dass sie aus westdeutschen Landtagen katapultiert wird. Ja, ja und die Piraten? Eine Protestpartei ohne Protest. So kann Wowereit noch manche Schlappe mühelos überstehen: „Ihm kann keener“, wie es scheint.

Wundenlecken nach der Blamage

Berliner Flughafen-Desaster: Suche nach den Schuldigen – War es wirklich nur der Brandschutz?



Brandwache auf der Baustelle des Flughafens Berlin-Brandenburg Willy Brandt (BER): Wann an diesem Terminal Fluggäste einchecken werden, bleibt ungewiss

Bild: Timur Emek/dapd

War es wirklich nur der Brandschutz? Nach der plötzlichen Absage der Eröffnung von Berlins neuem Flughafen tauchen weitere Versäumnisse auf. Es wird immer peinlicher.

Nicht einmal Heißluftballons durften am Wochenende das neue Gelände umkreisen. Auch das Abfertigungsgebäude war bei den Publikumstagen nur von außen zu besichtigen, denn dort liegen die Gründe der überraschend bekannt gegebenen Verzögerung. Immerhin bot die „Entschärfergruppe“ der Bundespolizei Besuchern ihr Können dar.

Für die SPD-geführten Koalitionen in Berlin und Brandenburg sendet die Blamage des nach ihrem Idol Willy Brandt benannten Flughafens aber Schockwellen aus: „Die Eröffnungsfeier wird selbstverständlich nicht stattfinden“, sagte Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) mit Blick auf eine spätere Einweihung. Dazu sei „kein Anlass“.

Laut Berlins CDU-Fraktionsvize Arnold Vaatz untergräbt „der Vorgang das Vertrauen in das Flughafenmanagement und ist ein verheerendes Signal für den Standort Deutschland. Es ist inakzeptabel, dass diese Entscheidung über Nacht getroffen wurde und dass die Verantwortlichen über die Zweifel, welche ja seit längerem da sein müssen, nicht vorher informiert wurden“.

Berlins Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) wies indes Verantwortung der Politik zurück: „Das ist keine politische Entscheidung.“ Die Länder Berlin und Brandenburg und der Bund sind jeweils Gesellschafter. Die drei Funktionsspitzen im Aufsichtsrat haben Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD), Matthias Platzeck und Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) inne. Wowereit steht als Aufsichtsratschef im Mittelpunkt der Kritik. Sogar der Verkehrszubringer Deutsche Bahn warnte im März vor Problemen beim Brandschutz – ohne Reaktion.

Inzwischen kommen immer weitere Mängel ans Licht. Müller erklärt dessen ungeachtet: „Nach meinem Kenntnisstand ist der Brandschutz der einzige Grund.“ Der „Tagesspiegel“ berichtete unter Berufung auf Flughafenarbeiter, aus Kostengründen sei auf einen wesentlichen Teil der Sprinkleranlage verzichtet worden. Auch habe die zentrale Steuerung der 3000 Brandschutztüren versagt. Der Flughafen plante laut Stefan Loge, SPD-Landrat von Dahme-Spreewald, vorübergehend Personal zur Bedienung der Türen anzustellen. Auch dieser Plan verfehlte die sicherheitsrechtlichen Vorschriften.

Eröffnungsdatum bleibt unkalkulierbar

Aber ist das wirklich alles, wie Senator Müller behauptet? Mitarbeitern zufolge gibt es auch Probleme mit der zentralen Computersteuerung. Die Elektronik stürzt im Testlauf noch häufig ab. Die komplexe Schließanlage der Türen in den Ankunftsbereichen sortiert demnach nicht richtig. Welches Portal sich in welche Richtung öffnet, ist aber nicht nur für Passkontrollen und Zoll sicherheitsrelevant.

Für eine Abstimmung der Vorgänge planten die Verantwortlichen demnach zu wenig Zeit ein. So landen bei Proben weiterhin viele Koffer nicht am Ziel. Die Lage erinnert an die Eröffnung von Terminal 5 in London-Heathrow. Dort fiel 2008 bei Eröffnung die maschinelle Abfertigung des Gepäcks aus – 30000 Koffer mussten von Hand sortiert werden.

Ähnlich ratlos wie ihre britischen Kollegen blicken jetzt deutsche Bundespolitiker auf die BER-Pleite. SPD-Verkehrsexperte Ole Kreins tröstet sich: „Glücklicherweise haben wir noch den Flughafen Tegel und sind damit vorerst auf der sicheren Seite.“

Jener eigentlich zur Schließung vorgesehene Flughafen muss nun das Gros der bereits auf den Nachfolger gebuchten Flüge übernehmen. Die langen Warte- und Transferzeiten für Passagiere verursachen zudem womöglich eine Kostenlawine. Fluggesellschaften halten sich mit Forderungen nach Schadenersatz noch zurück, doch zumindest Bahn, Lufthansa und Air Berlin wollen Geld.

Die Lage droht für die Politik derweil immer peinlicher zu werden: Ein konkreter Termin für die Eröffnung kann nicht benannt werden, wie der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Sören Bartol, zugeben muss – er hoffe auf die zweite Augustwoche. Das macht die Verzögerung kaum kalkulierbar. Wenn Organisationschaos die Gesellschaften zu aufwändiger Betreuung, Entschädigung und Einquartierung von Fluggästen zwingt, hat dies ernste Folgen für den Flugstandort Berlin und die ehrgeizigen politischen Pläne zu dessen Ausbau.

Versäumnisse der Flughafengesellschaft wiegen daher schwer: Am 4. April reichte sie einen Antrag auf „Nutzung vor Fertigstellung“ ein – erfolglos. Flughafen-Chef Rainer Schwarz erntet für dieses späte Management viel Unverständnis. Er musste vor den Verkehrsausschuss des Bundestages treten, gab aber laut dessen Vorsitzenden Anton Hofreiter (Grüne) „sehr, sehr wenig Substanzielles bekannt“. Schwarz räumte zwar nach einem Gespräch mit Wowereit Fehler bei der Steuerung des Projekts sowie eine Fehleinschätzung der Probleme beim Bau ein, will aber nicht zurücktreten. Er soll nach dem Willen des Senats die Folgen dieser bereits zweiten Verschiebung der Eröffnung auffangen. *Sverre Gutschmidt*

Geschenk an »Wagenburg«

Berlin: Grüner Bezirk subventioniert linke Bauwagen-Siedlung

Werden die Bewohner der sogenannten „Wagenburg“ an der Modersohnstraße im Berliner Bezirk Kreuzberg/Friedrichshain aus politischen Gründen subventioniert? Ihre Bewohner sollen Sympathisanten der Grünen, Freunde von Hans-Christian Ströbele oder Bürgermeister Franz Schulz sein. Das wird in der Nachbarschaft hinter vorgehaltener Hand behauptet. Die Freifläche ist im Besitz des Bezirks. Das Bezirksamt ist von den Grünen dominiert. Ganze 17 Cent pro Quadratmeter zahlen die „Mieter“. Das ist sehr wenig: Selbst die Zigeuner, die auf einem Campingplatz an der südlichen Stadtgrenze Steglitz-Zehlendorf kampieren, zahlen dort 88 Cent pro Quadratmeter Stellplatz. Demnächst beziehen sie ein neues Gelände und sollen dort 98 Cent zahlen.

Florian Schärdel, Fraktionssprecher der Grünen, jubelt: „Es ist ein Erfolg, dass alternative Wohn- und Lebensformen auch weiterhin in Friedrichshain bleiben können. Die Vielfalt der Lebensentwürfe macht den Bezirk aus.“ Die Wagenburg, die seit 2001 besteht, war bislang lediglich „geduldet“, das heißt, der Bezirk ließ die Leute dort mietfrei wohnen. Der Vertrag gilt nun gleich für die nächsten zehn Jahre. Kritiker monieren: „Wagenburgler bekommen Grundstück fast geschenkt.“

SPD moniert teure Klientelpolitik

Bereits 2009 hatte die Bezirksverordnetenversammlung auf Antrag der Grünen-Fraktion mit Unterstützung der Linkspartei beschlossen, die Duldung in ein dauerhaftes Mietverhältnis umzuwandeln. Die örtliche SPD ist deswegen empört. Björn Böhning, Bundestagskandidat der SPD für den zuständigen Wahlkreis: „Es ist unglaublich, dass hier wenige Wagenburgler potenzielle Sport- und Erholungsflächen für sich selbst statt für Familien mit Kindern privatisieren. Die geplante Legalisierung der Besetzung an der Modersohnstraße kommt den Bezirk teuer zu stehen – und der dringend benötigte Sportplatz wird auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben.“

Die örtliche SPD beanstandet zudem, dass mit der Mietvergabe an die „Rollheimer“ dem Bezirk auch eine Million Euro entgangen sei, die der Senat zur Errichtung einer an dem Ort geplanten Sportanlage bereitgestellt hatte. Der Verzicht auf selbst die bescheidene Miete, welche den Zigeunern abverlangt wird, belastet den Haushalt. Auch Wohnungsbau ist hier nun blockiert. Grüne und Linke scheuten den Konflikt mit der Wagenburg, so die SPD. *H.L.*

Haus besetzt

Politischer Rückenwind für »Autonome«

Nachdem das besetzte Haus in der Liebigstraße 14 (die *PAZ* berichtete) in Berlin-Friedrichshain geräumt ist, und die gewaltbereite Hausbesetzerszene auch keinen Erfolg damit hatte, die neuen Bewohner und Bauarbeiter aus dem Haus zu vertreiben, konzentriert sich nun ihr „Kampf“ auf ein neues Symbol: ein leer stehendes Bürohaus in der Bevernstraße 2. In der „autonomen Szene“ kursiert ein Aufruf: „Mehr und mehr Menschen werden aus dem Innenstadtring verdrängt ... Wir wollen dazu beitragen, dass Aneignung von Wohnraum als Widerstand selbstverständlich wird.“ Es wird „breite Massenmilitanz“ gefordert, um die Besetzungen „durchzusetzen“.

Allerdings ist den Besetzungen wenig Dauerhaftigkeit beschieden, denn nach der 1981 eingeführten „Berliner Linie“ werden die Häuser innerhalb von 24 Stunden geräumt. Das will die politische Opposition nun ändern. Der Kreuzberger Bürgermeister Franz Schulz (Grüne) findet: „Die Linie hat sich überlebt.“ Die jetzigen Aktionen seien hingegen „begrüßenswert, da sie auf den hoch angespannten Wohnungsmarkt und nicht vertretbaren Leerstand“ hinwiesen.

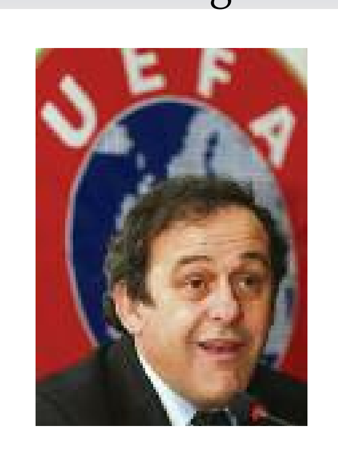
Grüne, Linke, Piraten gegen Räumungen

Oliver Höfinghoff (Piratenpartei) springt Schulz bei: „Das Kapital muss ja nicht immer die Lebensformen bestimmen.“ Auch Ex-Sozialsenatorin Katrin Lompscher (Linke) will die „Linie“ loswerden: „Die Strategie muss neu bewertet werden.“ Bei der Räumung der Bevernstraße 2 einen Tag nach der Besetzung wurden erhebliche Sachbeschädigungen festgestellt. Die Anwohner zeigten keine Anzeichen von Solidarisierung mit den Autonomen. *T.M.*

Hotel wegen NPD unter Feuer

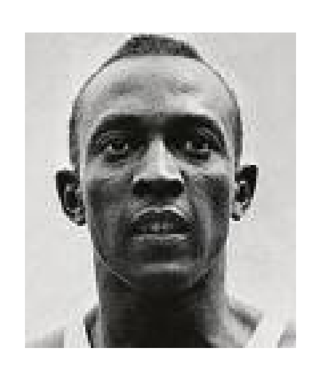
Erneut ist ein Hotel im Raum Berlin in die Schlagzeilen geraten, weil NPD-Politiker dort eine Veranstaltung abhielten. So schrieb eine Berliner Boulevardzeitung: „Weil ein Hotel 120 als Touristen getarnte Neonazis aufnahm, bleiben jetzt die Gäste weg.“ Es handelt sich um das Hotel „Seegarten“ in Grünheide südöstlich der Hauptstadt. Dort hatten die NDP-Landtagsfraktionen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit Anhängern ihren Neujahrsempfang abgehalten. Die ortsansässige Bevölkerung sei „empört“, das Hotel finde nun kaum noch Gäste, so das Boulevardblatt. Nach Recherchen der *PAZ* ist das Hotel indes ausgebucht, und dies bei relativ hohen Zimmerpreisen. Nachfragen vor Ort ergaben zudem, dass die Bürger trotz Distanz zur NPD keinen Grund zur Empörung über das Verhalten des Hotels sehen. Der Geschäftsführer des „Seegarten“ will sich nach dem Medienrummel offenbar nicht mehr zu dem Vorfall äußern. *T.M./H.H.*

Zeitzeugen



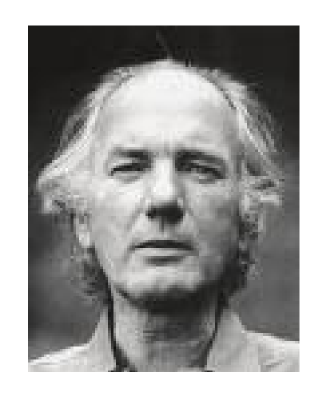
Michel Platini – Der 1955 geborene französische Fußballprofi und heutige Präsident der Vereinigung europäischer Fußballverbände (Uefa) vertritt die Auffassung, dass Sport nicht zum Knüppel der Politik degenerieren dürfe. Er verteidigt die Vergabe der EM an die Ukraine und wird dabei von zahlreichen anderen Funktionären unterstützt.

Günter Netzer – Der frühere deutsche Fußballstar, langjährige ARD-Sportkommentator und jetzige Verwaltungsrat des weltweit größten Fußballrechte-Vermarkters „Infront" macht sich dafür stark, dass der Sport auch politische Funktionen zu erfüllen habe, und fordert mehr Bewusstsein der Verantwortlichen. „Politik und Sport sind keine zwei Paar Schuhe", so sein aktueller Kommentar zur bevorstehenden Fußball-Europameisterschaft in der Ukraine.



Jesse Owens – Der ehemalige Liftboy absolvierte eine beispiellose Sportlerkarriere und kann als erster schwarzer Athlet gelten, der durch den Sport die Rassenschranken seiner Zeit infrage stellte. Owens (1913–1980) stellte diverse Weltrekorde vor allem als Sprinter auf und errang bei den Olympischen Spielen 1936 gleich vier Goldmedaillen. Doch US-Zeitungen taten ihn zum Teil als „Ohio State Negro" ab und US-Präsident Franklin D. Roosevelt weigerte sich sogar, den Sieger zu empfangen.

Sepp Herberger – Der 1977 im Alter von 80 Jahren verstorbene erste Fußballbundestrainer trug mit der 1954 errungenen Weltmeisterschaft, in Deutschland überschwänglich als „Wunder von Bern" gefeiert, wesentlich dazu bei, das deutsche Selbstwertgefühl nach dem verlorenen Krieg wieder erwachen zu lassen. Die „Bild" titelte damals: „Wir sind wieder wer."



Thomas Bernhard – „Dem Sport ist zu aller Zeit und vor allem von den Regierungen aus gutem Grund immer die größte Bedeutung beigemessen worden: Er unterhält und benebelt und verdummt die Massen; und vor allem die Diktatoren wissen, warum sie immer und in jedem Fall für den Sport sind." Mit diesem Ausspruch des österreichischen Schriftstellers (1931–1989) schmücken sich heute Kritiker von Sportveranstaltungen in diktatorisch geführten Ländern.

Stadion als Kriegsschauplatz

Der Sport hat immer auch eine politische, ökonomische und kulturelle Dimension

Weltweit Milliarden Zuschauer am Bildschirm – ein solches Potenzial lockt nicht nur die werbetreibende Wirtschaft, es weckt zudem die Begehrlichkeiten der Politik, fördert Industrieumsätze sowie Fremdenverkehr und schafft Arbeitsplätze. Sport ist längst eine prägende Erscheinung westlicher Kultur und hat durch mediale wie ökonomische Auswertung einen globalen Siegeszug angetreten.

Diktatoren und autoritäre Systeme missbrauchen sportliche Großereignisse gern für ihre oft pompöse Selbstdarstellung, wie Adolf Hitler bei den Olympischen Spielen 1936. Sport kann allerdings durch Boykotte auch zum Knüppel der Politik gegen unliebsame Despoten und Demokraten werden. Er trägt zur Verständigung zwischen Rassen, Ideologien und Religionen bei oder rückt Missstände ins Licht der Weltöffentlichkeit.

Allerdings kann der Sport auch einem gesteigerten Nationalismus Vorschub leisten, was besonders für den Fußball gilt. In Jugoslawien kündigte sich der kommende Bürgerkrieg als erstes in den Fangruppen der Vereinsmannschaften in Form von Bekenntnissen zur albanischen, serbischen oder kroatischen Nation an. Auch der Kalte Krieg zwischen dem Westen und dem Ostblock spielte sich auf Sportplätzen ab. Der Sieg einer jeweiligen Mannschaft wurde als Beweis für die Überlegenheit des einen oder des anderen Systems propagandistisch ausgeschlachtet. Das galt besonders für das zweigeteilte Deutschland.

> Sport trägt ebenso Verbindendes wie Trennendes in sich

Jüngstes Beispiel für die Verquikkung von sportlichen Höhepunkten und politischem Druck ist das Gerangel um die bevorstehende Fußball-Europameisterschaft in der Ukraine. Es spaltet die europäische Sportgemeinde in zwei Lager. Fordert etwa die Sportlegende Günter Netzer, Sport durchaus als politische Dimension zu begreifen, so wehrt sich UEFA-Präsident Michel Platini gegen einen solchen Anspruch und verteidigt die Wahl der Ukraine als Austragungsort für die Europameisterschaft. Schon zu Beginn der Olympischen Spiele 2008 in Peking hatte Chinas Staatsoberhaupt Hu Jintao den Satz geprägt, der den Funktionären des Sports alsbald als Leitlinie diente: „Don't mix politics with games" (Vermischt nicht Politik und Spiele).

Gerade aber das geschieht gegenwärtig in den Beziehungen zur Ukraine. Die EU will mit allen Ratsmitgliedern das Ereignis ebenso boykottieren wie Bundespräsident Joachim Gauck, während Amnesty International von einem solchen Verdikt abrät. Das Argument der Menschenrechtler: Solche Sporthöhepunkte würden sich eignen, den Fokus der Welt auf Systemwillkür und Menschenrechtsverletzungen zu richten. Gern wird in diesem Zusammenhang zitiert, wie die globale Anti-Apartheid-Bewegung den Sport als Plattform nutzen konnte, um zur Isolierung des Systems in Südafrika beizutragen. Dann war es wieder der Sport, der nach dem Zusammenbruch des Regimes zur Schaffung einer neuen nationalen Identität der südafrikanischen Gesellschaft beitrug. Heute sind die Töne nicht minder scharf. Die Regierung der Ukraine drohte als Antwort auf Boykotte bereits mit Sanktionen, etwa für die deutsche Wirtschaft.

In Verruf kam der Sport, seit Mitte der 1980er Jahre die Weltrechte der Spiele an Großkonzerne wie Coca-Cola verkauft wurden. Das führte zwar zu Millioneneinnahmen, degradierte den Sport aber letztendlich zur Ware und öffnete der Korruption neue Wege. Düstere Zeiten begannen, als der Terrorismus Sportveranstaltungen ins Visier nahm, wie bei den Olympischen Sommerspielen 1972 in München. Die Sicherheitsvorkehrungen für die nächste Olympiade in London gleichen denn auch eher den Vorbereitungen auf einen Krieg. *Joachim Feyerabend*



Eine Schauspielerin in der Rolle einer Hohepriesterin entzündet in Olympia das Olympische Feuer: Auch die olympische Fackel wurde schon in Länder getragen, die keineswegs als lupenreine Demokratien gelten
Bild: Petros Giannakouris/AP/dapd

Politische Säulen des Sports

Die Leibesertüchtigung, die Leibesübung, wie der Sport in Deutschland lange Jahre tituliert wurde, hatte neben der gesundheitsfördernden Wirkung schon immer auch eine politische Komponente: Der Körper sollte für den Kriegseinsatz und die Verteidigung gestählt werden. Selbst das gesundheitsfördernde Training gehörte in den archaischen Gesellschaften zu diesem Überlebensprogramm. In dem Maß, wie Wettkämpfe und sportliche Übung in der moderneren Gesellschaft ihre archaische Funktion zur Überlebenssicherung einbüßten, wurden sie zur Basis für die Entwicklung des heutigen Sports. Nun traten Leistungsprinzip, Konkurrenzdenken und Gleichheitsgedanke in den Vordergrund. Die industrielle Leistungsgesellschaft

> Hoffnungsträger für die Ärmsten der Welt

verlangt nach dem Tüchtigsten. Die Chance, im Sport jedem eine Chance zu eröffnen, schuf gesellschaftlichen Ausgleich. „Auf dem Rasen und unter dem Rasen sind alle Menschen gleich", dieses geflügelte Wort des Sportwissenschaftlers Gustav Adolf Erich Bogeng verdeutlicht die Überwindung von Ständeschranken, und die Befreiung farbiger Völker von der arroganten Dominanz weißer Eroberer ist zugleich Ventil für die Bildung eines neuen Selbstbewusstseins.

Doch schon werden kritische Stimmen laut und fordern einen Verzicht auf die Rekordjagd, so wie nach dieser Ansicht die Wirtschaft vom Prinzip der Gewinnmaximierung zugunsten sozialer Fairness und des Umweltschutzes zurückgeführt werden soll. Unbestritten bleibt die Wirkung des Sports auf Identifikation und Identität des aktiven oder als Zuschauer passiven Sportenthusiasten und die Erzeugung eines Gemeinschaftsgefühls. Sport wurde so auch zu einem Hoffnungsträger für die Ärmsten dieser Welt. Er gibt auch ihnen eine Chance. *J.F.*

Diktaturen bevorzugt?

Politisches Kalkül und Korruption herrschen auch im Sport

Die Fußballweltmeisterschaft von 2022 in Katar könnte erneut zu einer Bewährungsprobe für den Sport werden. Schon jetzt bestimmen immer wieder blutig niedergeschlagene Unruhen und Massendemonstrationen das Bild in diesem Emirat am Persischen Golf, so wie beim jüngsten Formel-1-Rennen im benachbarten Bahrain. Während dort am 22. April die Boliden ihre Bahn zogen, ließen außerhalb des Circuit Demonstranten ihr Blut, um die Weltöffentlichkeit auf das Unrecht in ihrer Heimat aufmerksam zu machen.

Immer wieder fallen vor allem die Entscheidungen der Fußballweltorganisation Fifa auf Austragungsorte in Ländern, in denen elementare Rechte mit Füßen getreten werden. Es stellt sich die Frage, warum dennoch gerade solche Länder von den Sportverbänden zum Austragungsort gekürt werden. Oft ist die Wahl der Orte von Bestechungsgerüchten überschattet. Drei Fifa-Exekutivkomitee-Mitglieder wurden bereits 2010 überführt, Schmiergelder angenommen zu haben und so lastet auf jeder Entscheidung ein dunkler Verdacht. Schwieriger wäre eine Bestechung des Internationalen Olympischen Komitees mit seinen 141 Mitgliedern, hier spielt eher politisches Kalkül eine Rolle. Bei der Fifa sind es nur 22.

Schon in den Anfängen der Sportgeschichte, im antiken

> Schon in der Antike ging es nicht immer mit rechten Dingen zu

Griechenland, dem wir die Olympiaidee zu verdanken haben, ging es nicht immer mit rechten Dingen zu. Die Spartaner beispielsweise drückten die Aufnahme neuer Sportarten in den Wettkampf immer dann durch, wenn sie über Athleten verfügten, die diese besonders gut beherrschten.

Die moderne Sportwissenschaft beschäftigt sich eingehend mit der Geschichte der Leibesübungen zum Beweis dafür, dass Bewegung, Turnen und das Spiel einen anthropologischen Untergrund haben, also im Wesen des Menschen begründet sind, der sportliche Anreiz zum Wettkampf eine der Grundlagen menschlichen Handels darstellt. So wurde der Sport von Diktatoren immer wieder als Kraft angesehen, die den Menschen ihrem System nützlich macht. Ob es sich um den Nationalsozialismus, die marxistisch-leninistische Doktrin handelt oder um den Ehrgeiz des neuen China, Weltmacht zu werden, die Turnübung war stets Mittel zum Zweck, die totale Manipulation des Menschen Ziel und so drückte sie selbst dem Breitensport ihren politischen Stempel auf. Für die Außendarstellung eines Regimes musste der Sport ohnehin herhalten und schon kam auch das heute die Diskussion beherrschende Doping ins Spiel.

Die Ballspiele der Azteken mit anschließendem Menschenopfer wurden sogar zum religiösen Ritual, die heutige Fußballbegeisterung schließlich ist ein Phänomen, das ganze Volksscharen manipulierbar macht. *Joachim Feyerabend*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5692**

Einigung nicht in Sicht

Betreuungsgeld spaltet angeschlagene Regierung zusätzlich – Kompromisse führen zu Kostensteigerungen

Nicht erst seit der verheerenden Wahlniederlage der CDU in Nordrhein-Westfalen vom letzten Wochenende liegen die Nerven bei den Regierungsparteien in Berlin blank. Der Koalitionsstreit über das von den Christsozialen eingeforderte Betreuungsgeld für Mütter, die ihre Kinder durchgehend selber betreuen, lässt den Stuhl der Kanzlerin wackeln.

Ein zorniger bayrischer Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) will laut einigen Medienberichten so lange nicht mehr mit der Kanzlerin Angela Merkel reden, bis ein Gesetzesentwurf für das im Koalitionsvertrag vereinbarte Betreuungsgeld vorliegt. Seehofer will sich von seinen Koalitionspartnern CDU und FDP in der für die Bayern so wichtigen Frage der Familienförderung nicht länger hinhalten lassen. Insbesondere das Taktieren und Lavieren der zuständigen Familienministerin Kristina Schröder (CDU), die mit ihren Vorbehalten die Erstellung eines Gesetzestextes verzögert, regen den CSU-Chef auf. Angeblich ließ er der Kanzlerin mitteilen, dass er für sie auch per Handy nicht mehr zu erreichen sei.

Am Donnerstag letzter Woche blieb Seehofer demonstrativ dem wichtigen „Kamingespräch“ der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin fern, das vor jeder Bundesratssitzung stattfindet. Einen nächsten Termin für den Koalitionsausschuss, wo unter anderem der Gesetzentwurf für den von der CDU gewünschten Mindestlohn verhandelt werden soll, wollen die Christsozialen solange blockieren, bis Klarheit beim Betreuungsgeld herrscht.

Wenige Tage vor der NRW-Wahl, wo eigentlich ein Burgfriede im Unionslager vereinbart war, hätte man damit dem nordrhein-westfälischen CDU-Spitzenkandidaten Norbert Röttgen nicht besser in die Suppe spucken können. Die Uneinigkeit im Unionslager war so allen sichtbar. Zudem sah Röttgen in der Frage des Betreuungsgeldes noch „offene Fragen“ und wollte sich nicht positionieren, obwohl gerade die Familienpolitik vielen konservativen Wählern besonders am Herzen liegt.

Offene Fragen sehen beim Betreuungsgeld derzeit auch eine Reihe von weiblichen Bundestagsabgeordneten aus der Frauen-Union. Sie fordern angesichts der vielen Milliarden, die in den Ausbau der Kindertagesstätten (Kitas) geflossen sind, eine Rentenanpassung für Mütter, die vor 1992 ihre Kinder zur Welt gebracht haben. Derzeit winkt diesen Müttern eine zusätzliche Mini-Rente von rund 27 Euro pro Kind und Monat. Dieser Betrag stehe in keinerlei Verhältnis zur erbrachten Erziehungsleistung und den Beträgen, die diese Kinder inzwischen im Berufsleben in die Rentenkasse einzahlen, wird kritisiert. Das

> Rentenanpassung würde erst später voll greifen, so Befürworter

folgende Beispiel verdeutlicht die Gerechtigkeitslücke: ein Angestellter, der 50000 Euro im Jahr brutto verdient, zahlt (inklusive Arbeitgeberbeitrag) jährlich rund 10000 Euro an die Rentenkasse, wovon aber die eigene Mutter nur 330 Euro pro Jahr erhält. Das stellt die Grundidee einer umlagenfinanzierten Rente seit ihrer Einführung durch Otto von Bismarck auf den Kopf.

Um diese Gerechtigkeitslücke zu schließen, fordern die Unionsfrauen eine Erhöhung der Rentenleistung auf 54 oder 81 Euro pro Kind und Monat. Das würde den betreffenden Müttern und zukünftigen Rentnerinnen zumindest eine Art Taschengeld und eine bessere Anerkennung ihrer Erziehungsleistung verbürgen. Doch die familienpolitischen Leistungen kosten Geld, argumentieren die Gegner von Betreuungsgeld und Rentenanpassung aus Unionsfraktion und Opposition. Gegenüber den Investitionskosten für die Krippenbetreuung von unter Dreijährigen in Höhe von über zehn Milliarden Euro und hohen laufenden Kosten in Milliardenhöhe erscheinen diese Beträge relativ gering. Zudem werden die veranschlagten Kosten für die Rentenanpassung erst ab dem später in voller Höhe von drei Milliarden zu Buche schlagen, wenn die meisten der betreffenden Mütter im Rentenalter sein werden.

Der Streit, ob eine Sozialleistung mit einer anderen erkauft werden soll, scheint die Unionsfraktion im Bundestag zunehmend innerlich zu zerreißen. Nach der Regel, dass Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik häufig durch parteiinterne Streitereien stürzten, scheint die Position der Kanzlerin weniger durch das NRW-Wahlergebnis als durch diese Auseinandersetzung um die Familienpolitik gefährdet.

Volker Kauder als Fraktionschef von CDU und CSU steht also vor einer schwierigen Aufgabe. Der Kanzlerin, die sowohl für das Betreuungsgeld wie für die Rentenanpassung votiert hat, wollen nicht alle Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien folgen. Um eine zusätzliche Belastung des Haushaltes zu vermeiden, wird gegenwärtig eine Gegenfinanzierung ausgelotet. Damit gerät ein Lieblingsprojekt der Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) ins Schussfeld einer Gruppe junger Unionsabgeordneter. Diese fordern den Wegfall der sogenannten Zuschussrente, mit der Altersbezüge von Geringverdienern aufgebessert werden sollten. Diese neue Leistung würde ab 2013 ansteigend bis zu 3,4 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Der Fraktionschef stellte sich nun in einem Brief an seine Abgeordneten gegen diese Zuschussrente und meinte, derartige Rentenerhöhungen dürften nicht aus Rentenbeiträgen finanziert werden. Zugleich will Merkel die Gegner des Betreuungsgeldes mit zusätzlichem Geld für einen schnelleren Ausbau der Kindergärten und Krippen ködern. *Hinrich E. Bues*



Anspruchsvolle und anstrengende Aufgabe ohne Würdigung: Mütter, die ihre Kinder Vollzeit betreuen, sollen laut CSU finanziell belohnt werden Bild: S. Leiprecht/ dapd

MELDUNGEN

Mehr tun für Kinderreiche

Mönchengladbach – Der Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V. (KRFD) hat eine Onlinepetition für ein Ende der von ihm unterstellten strukturellen Benachteiligung von Familien in der deutschen Sozialversicherung gestartet. Die fehlende Verknüpfung der Berechnung der Rentenbeiträge und -zahlungen mit der Kinderzahl habe die Deutschen von der Notwendigkeit einer Familiengründung zur Zukunftssicherung befreit. Menschen ohne Kinder könnten in ihrem individuellen Kalkül hingegen davon ausgehen, dass sie allein durch den Erwerb von Anwartschaften ihre Rente sicherten, so der KRFD. Eltern müssten hingegen Beiträge bezahlen und Kinder großziehen. Unter anderem fordert der KRFD eine Verlängerung der angerechneten Kindererziehungszeiten. *H.L.*

Bachelor bisher kein Erfolgsgarant

Berlin – Das Problem sei erkannt, lautete die schlichte Reaktion von Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) auf die neueste Studie zu den Abbrecherquoten bei Bachelorstudiengängen. Eigentlich waren diese auch eingeführt worden, damit weniger Studenten ohne Abschluss die Hochschule verlassen. Die Zahlen des Instituts für Hochschulforschung (HIS) belegen nun jedoch, dass im Durchschnitt 28 Prozent der Studenten es nicht bis zum Bachelor schaffen. Bei Ingenieursstudiengängen seien es laut HIS sogar 48 Prozent und damit mehr als bei den weltweit anerkannten Diplomstudiengängen. Einziger Lichtblick ist gemäß Studie der Umstand, dass die Abbrecherquote an Fachhochschulen zurückgeht. Da es dort schon länger den Bachelor als Abschluss gibt, geht das HIS davon aus, dass das Chaos bei der Umstellung auf die neuen Abschlüsse die Studenten abgeschreckt hat. *Bel*

Mehr Geld bringt nicht mehr

Studie kritisiert schlecht abgestimmte Integrationsförderung

Der „Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland“ ist ausbaubedürftig. Das legen neue Studien nahe. Ein aktuelles Papier des Berliner „Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration“ (Desi) im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums und der Migrationsbeauftragten der Bundesregierung zeigt auch: Nicht zu wenig Förderung, eher zu viel unkoordinierte Integrationsarbeit von Bund und Ländern schafft Leerlauf. Der „Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration“ teilt diese Ansicht, geht aber über Kritik hinaus.

Zuwanderer anzusprechen und einzubinden, begreifen viele Gemeinden inzwischen als Großaufgabe. 53 Prozent der im Rahmen der Desi-Studie befragten Gemeinden haben ein eigenes Integrationskonzept. Auch die Städtebauförderung ist längst Instrument der Integration. Bund und Länder geben den Gemeinden Geld für Bürgerhäuser, Stadtteilzentren und Mehrgenerationenhäuser. Doch die deutsche Integrationspolitik ist bei all den mehrschichtigen Fördermodellen „schlecht abgestimmt“, klagt nun der „Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration“. Die je auf drei Jahre berufenen Mitglieder dieses Rates entstammen sozial- und erziehungswissenschaftlichen Forschungszweigen. Stifter und damit Geldgeber sind die Spitzen deutscher Industriestiftungen, so die Bertelsmann Stiftung, die Volkswagen Stiftung sowie die Vodafone Stiftung. Ihr Jahresgutachten lobt die „Art Laborsituation“, mit der Kommunen Eingliederungsmaßnahmen erforschen, doch warnt es auch vor einer „Kommunalisierung staatlicher Aufgaben als Allheilmittel für Integrationsprobleme“. Vor allem gebe es in der Praxis „nicht genügend Synergieeffekte in den beschließenden, finanzierenden und ausführenden Einheiten“. Eine Art Zentrale würde das Zusammenspiel von Landes- und Bundespolitik verbessern, so die Studie. Das Papier will Bürger auf mehr Integration einstimmen: „Nötig ist eine Klärung des unübersichtlichen Institutionengefüges ebenso wie eine kohärente und konzeptorientierte Integrationspolitik mit klaren und für die Bürger transparenten Zielvorgaben.“

> Zusammenspiel von Bund und Ländern wäre effizienter und billiger

Breitet die ministeriale Studie noch den Stand von Integration aus, geht es dem Sachverständigenrat sichtbar um mehr Zuwanderungsförderung. So befragte die Desi-Studie vor allem Institutionen in den Gemeinden und widmet sich dabei auch Eigenwilligem von „mittlerer Relevanz“, so der „Förderung lokaler ethnischer Ökonomie“, also selbstständig tätiger Zuwanderer. Mit Kritik an Deutschlands bisheriger Einwanderungspolitik machen hingegen wirtschaftsnahe Institutionen über die Ratsstudie Druck auf die Politik, Gesetzgebung und Subventionen stärker auf Zuwanderung auszurichten. Meinungsumfragen untermauern dies: „Aktuell erwartet mehr als die Hälfte der Befragten mit wie ohne Migrationshintergrund (54,5 Prozent beziehungsweise 56,9 Prozent) Verbesserungen der Integration durch die Politik.“ Deutschland habe integrationspolitisch „dramatisch verspätet“ Tritt gefasst – „Enttäuschung und Irritation in der Bürgergesellschaft als Einwanderungsgesellschaft“ seien die Folge, so die Wissenschaftler. *SV*

Unfassbarer Pfusch der Eliten

Wilhelm Hankel: Euro könnte enden wie die DDR-Mark

Er hätte „nie geglaubt, dass eine europäische Elite zu solch einem Pfusch fähig wäre“. Mit harten Worten ging der Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Hankel mit den Verantwortlichen des Euro-Systems ins Gericht. Hankel sprach anlässlich des 50-jährigen Bestehens der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) vergangenen Sonnabend in Hamburg.

Dabei betonte der prominente Euro-Kritiker vor rund 200 geladenen Gästen, dass die negativen Folgen der Währung weit über den rein geldpolitischen Bereich hinausgingen: „Mit einer Einheitswährung für alle Europäer, die der Euro einst werden sollte, sind weder Rechtsstaat noch Demokratie noch Marktwirtschaft machbar“, so Hankel. Auch der Traum vom Endziel „Vereinigte Staaten von Europa“ nach dem Vorbild der USA weise in die falsche Richtung. Im Unterschied zur US-Nation existiere keine „europäische Nation“. Daher fuße die Idee der staatlichen Vereinigung des alten Kontinents ebenso auf falschen Annahmen wie die Einführung des Euro.

Die Behauptung, Deutschland habe vom Euro „besonders profitiert“, sei schlicht die Unwahrheit. Die Einheitswährung habe vielmehr den deutschen Zinsvorteil beseitigt und zudem dafür gesorgt, dass seit der Euro-Einführung zwei Drittel der deutschen Ersparnisse ins Ausland geflossen seien. Geld, das in der Bundesrepublik für Investitionen gefehlt und stattdessen zur Blasenwirtschaft in den heutigen Krisenländern beigetragen habe.

> SWG-Tagung: »Bürgertum wird entmachtet«

Wenn in der Euro-Frage nicht bald radikal umgesteuert werde, werde die EU-Kommission am Ende gezwungen sein, den Kapitalfluss über die Grenzen des Währungsraums zu blockieren, um eine Erosion des Euro aufzuhalten. Dann wäre der Euro eine nichtkonvertible Währung wie einst Sowjet-Rubel oder DDR-Mark. Damit wäre das „Selbstbestimmungsrecht des Geldbesitzers weg“, die Menschen wären faktisch „eingesperrt, weil sie ihre Euros nicht mehr frei konvertieren können“, warnt Hankel. Sein Fazit: Ein freies Europa werde es nur ohne den Euro geben.

Der Passauer Rechtswissenschaftler Johann Braun beklagte vor der SWG in Hamburg eine rapide Erosion des Rechtsstaats. Grund sei der Niedergang des Bürgertums, das sich dadurch ausgezeichnet habe, dass es vom Staat weder subventioniert noch ausgeplündert werden wollte. Heute gebe eine Massengesellschaft den Ton an, welche vor allem an das Geld der vermeintlich „Reichen“ wolle.

Die 68er hätten durchgesetzt, dass ein angeblich guter Grund reiche, um das Recht beiseite schieben zu können. So werde heute nicht mehr zwischen Recht und Unrecht, sondern zwischen „gut“ und „böse“ unterschieden. Das führe auch zu einem Verschwinden der Freiheit. Bezeichnend sei, dass das „Antidiskriminierungsgesetz“ zwar vor Benachteiligung wegen Geschlecht, Rasse und Religion schütze, ausdrücklich aber nicht vor Diskriminierung wegen der politischen Weltanschauung. Die gesellschaftliche Liquidierung Andersdenkender werde akzeptiert, sobald diese als „böse“ ausgemacht worden seien, so Braun. In diesem System werde jeder dazu aufgerufen, sich zum Wächter und Denunzianten seiner Mitbürger aufzuschwingen. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Gute Chancen für Wilders

Den Haag – Politische Beobachter rechnen bei den niederländischen Parlamentswahlen im September mit einem deutlichen Stimmenzuwachs von Geert Wilders und seiner Partei für die Freiheit (PVV). Anlass für die Neuwahlen waren 14 Milliarden Euro, welche die Minderheitsregierung des rechtsliberalen Mark Rutte am Haushalt kürzen wollte. Daraufhin entzog die PVV ihm im Parlament die Unterstützung. In der Parlamentsdebatte machte Wilders klar, dass er den Wahlkampf mit einem Anti-EU-Programm bestreiten wolle. Er beruft sich auf britische Wissenschaftler, die herausgefunden haben, dass die Niederländer überwiegend Nachteile durch den Euro hätten. Zwar gelang es Ministerpräsident Rutte durch die Unterstützung von Teilen der Opposition, den von ihm vorgelegten Haushalt durch das Parlament zu bringen. Das dürfte der Regierung in der Bevölkerung jedoch keine Sympathien eintragen und Wilders deutliche Stimmenzuwächse einbringen. *T.M.*

Kein Interesse an Stimmabgabe

Tripolis – Aufgrund geringer Nachfrage hat die Oberste Wahlkommission in Libyen die Frist, in der Bürger sich für die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Juni registrieren lassen können, verlängert. Statt der erwarteten 55 Prozent der Wahlberechtigten hatten sich bis zum 14. Mai nur 48 Prozent registrieren lassen. Vor allem das Interesse der Frauen, ihr Wahlrecht zu nutzen, scheint gering, da sich nur 38 Prozent angemeldet haben. Bereits auf Lokalebene wurde ein geringes Interesse bei den Bürgern an der Abgabe ihrer Stimme wahrgenommen. In Bengasi haben sich nur 216 000 der etwa 500 000 Berechtigten für die Wahl am Sonnabend registrieren lassen. *Bel*

Befristetes Zweckbündnis

Syrien: Neben Christen unterstützen auch die Kurden mehrheitlich die Assad-Regierung

Wenn es um Autonomie- und Freiheitsrechte geht, zögern Kurden normalerweise nicht, nach den Waffen zu greifen. Doch in Syrien hält ihr auf den ersten Blick überraschender Verzicht, gegen das Assad-Regime die Waffen zu erheben, Assad die schwierige Nordflanke frei und schmälert die Erfolgsaussichten des immer mehr von Islamisten dominierten Aufstandes.

Die in Syrien lebenden Kurden gehören eigentlich zu den ältesten Gegnern des Assad-Regimes. Schon in den 1970er Jahren haben sie durch Aufstände auf ihre rechtlose Situation unter der Herrschaft der arabischen Baath-Partei, als sie als Nichtaraber an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, aufmerksam gemacht. Zu Beginn des jetzigen Aufstandes gegen Präsident Baschar al-Assad im März 2011 hatte man den Eindruck, dass die Kurden zu den ersten Aktivisten gehören, die gegen die Politik Assads auf die Straße gingen. Präsident Assad hatte deshalb gleich zu Beginn der Massendemonstrationen im März 2011 einige gegen die Kurden als Volksgruppe erlassene diskriminierende Verfügungen aus den 1960er und 1970er Jahren zurückgenommen und ihnen Entschädigungen und die vollen Bürgerrechte zugestanden. Deshalb haben die Kurden nicht zu den Waffen gegriffen, auch als immer mehr es taten, und auch als im Oktober 2011 mit Meshaal al-Tammo einer ihrer historischen Führer in Syrien nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis – wahrscheinlich von Landsleuten – ermordet wurde.

Anders als Iraks Kurden, die 1991 weitgehende Autonomierechte erhielten, sind Syriens Kurden weniger organisiert und tiefer gespalten. Zudem haben sie im Laufe des Jahres 2011 erkannt, dass der „Arabische Frühling“ immer mehr unter den Einfluss Saudi-Arabiens und Katars gerät, und sie mussten erleben, dass die mit der Nato erreichte Wende in Libyen dort keine Verbesserung der Lage der nichtarabischen nationalen Minderheiten wie der Berber und Toubous gebracht hat. Und da sie von einem arabischen Islamismus noch weniger zu erwarten haben als von dem Regime des Assad-Clans verhalten sie sich ruhig. Die kurdische Demokratische Vereinigungspartei (PYD) in Syrien, die enge Verbindungen zur türkischen PKK unterhält, befürchtet gar, dass die Absetzung von Assad zur Überlegenheit der von der Türkei und Saudi-Arabien unterstützten Muslimbrüder führen würde, die kurdenfeindlich eingestellt sind.



Überzeugte Anhänger: Viele Syrer unterstützten Assad weiter, da er für sie das kleinere Übel darstellt Bild: pa

Das Regime von Assad hat inzwischen immerhin die Rückkehr der PYD-Führung aus dem Exil sowie die Eröffnung kurdischer Schulen, Kulturzentren und Parteibüros in nordsyrischen Städten erlaubt. Der Anteil der Kurden an der 18,5 Millionen Einwohner umfassenden Gesamtbevölkerung liegt bei zehn bis zwölf Prozent beziehungsweise fast zwei Millionen Menschen. Er ist damit etwa so groß wie der Anteil der Christen und der Alawiten. Abschreckend für die Kurden in Syrien war sicherlich auch die Tatsache, dass der syrische Nationalrat, das wichtigste Oppositionsgremium, seinen Sitz in Istanbul gewählt hat, und dass deshalb der Einfluss der Türkei auf die syrische Opposition sehr groß ist. Die Regierung Erdogan, die seit Jahrzehnten der Hauptgegner der kurdischen PKK ist, hat sicherlich kein Interesse daran, dass nach den Kurden im Irak auch die Kurden in Syrien, die entlang der Grenze zur Türkei eine fast 1000 Kilometer lange Zone bewohnen, eine föderalistische oder autonome Region erhalten. Andererseits kann den syrischen Kurden auch die Annäherung von Präsident Assad an den Iran nicht gefallen, denn im Iran der Ayatollahs genießen die Kurden noch weniger Rechte als in der Türkei. Von daher ist das Bündnis zwischen Assad und den Kurden nur ein befristetes Zweckbündnis.

Abdullah Öcalan, der Chef der türkischen PKK, hatte lange unter syrischem Schutz gestanden, bevor das Assad-Regime ihn Ende der 1990er Jahre auswies und er nach einer Odyssee rund um den Globus vom türkischen Geheimdienst schließlich in Kenia gefangen wurde. Seit dieser Zeit unterhalten einige Tausend PKK-Kämpfer in den unzugänglichen Bergen des Nordirak Stellungen und Lager, um von dort aus Ziele in der Türkei anzugreifen. Seit dem Beginn der Revolte in Syrien vor mehr als einem Jahr sind zwischen 1200 und 1500 PKK-Kämpfer vom Irak aus nach Syrien eingesickert – mit der ausdrücklichen Billigung des Regimes in Damaskus. Anfangs hat man sie kaum bemerkt, erst mit der Zunahme der Gewalt sind auch sie in den kurdisch besiedelten Regionen in Erscheinung getreten und haben Selbstschutzmilizen gebildet, die auch in den großen Städten Syriens die jeweiligen kurdischen Viertel kontrollieren. Mittlerweile hat die Führung in Damaskus die Staatsgewalt im Norden Syriens teilweise oder ganz an die PKK abgetreten, weil die Armee gar nicht mehr in der Lage ist, auch diese Regionen noch zu kontrollieren. Dadurch sind auch die großen kurdischen Zentren Syriens wie Kamischlie oder Hassake, wo neben den Kurden auch viele assyrische Christen leben, ruhig geblieben.

Der Handel zwischen der PKK und der Führung in Damaskus hat Vorteile für beide: Das Regime überlässt der Kurdenorganisation, die in der EU und den USA als Terrorgruppe eingestuft ist, die Kontrolle über das Grenzgebiet zur Türkei und dem Irak. Die PKK kann nun wie in Westeuropa Schutzgelder auch in Syrien von kurdischen Bauern erpressen. Sie organisiert Schmuggel und übernimmt die Drecksarbeit für den syrischen Geheimdienst. Assad und seine Generäle können so ihre Kräfte in anderen Gebieten konzentrieren.

In Afghanistan, im Irak und auch in Libyen haben westliche Streitkräfte von befreiten Zonen der jeweiligen Länder ihren Feldzug gegen die herrschenden Machtcliquen begonnen, in Syrien sollte diese Funktion das an die Türkei angrenzende kurdische Siedlungsgebiet übernehmen. Jetzt haben die syrischen Kurden mehrheitlich eine erstaunliche Wendung vollzogen und sich offiziell dem herrschenden Assad-Regime als Verbündete angeboten. Damit dürfte die Variante eines „befreiten Kurdenterritoriums“ in Nordsyrien als Einfallstor in ein durch die militärische Opposition sturmreif geschossenes Syrien wegfallen. Vor allem die Türkei dürfte dies sehr ärgern, denn es macht der in der Türkei herrschenden moderat islamistischen Regierung unter Recep Tayyib Erdogan bewusst, dass sie zunächst einmal ihre eigenen Minderheitenprobleme lösen muss, bevor sie ihr Modell einer „islamistischen Demokratie“ in die Länder des arabischen Frühlings exportieren kann. *Bodo Bost*

»Ungarn ist souveräner Staat«

EU-Kritik an neuer Verfassung lässt jedoch anderes vermuten

Auf der Fachkonferenz über die ungarische Verfassung, zu der der ungarische Botschafter in Deutschland Jozsef Czukor am 7. Mai geladen hatte, gab es einen kleinen Eklat. Csaba Lang, Generalsekretär der Deutsch-Ungarischen Juristenvereinigung, machte öffentlich, dass die Zeitungen „Handelsblatt“, „Zeit“, „Süddeutsche Zeitung“ und sogar die „Frankfurter Allgemeine“ eine wortwörtlich gleichlautende Artikel-Passage zweifelhaften Gehaltes über die ungarische Verfassung abgedruckt hatten. Die Passage lautete: „Kritiker sehen in der Verfassung, die von der Zweidrittelmehrheit der Regierungspartei Fidesz (Bund Junger Demokraten) im Parlament gebilligt wurde, ein Instrument zum Abbau der Demokratie in Ungarn. Mehrere Redner betonten bei der Demonstration, dass die Ungarn ihr Land weiterhin als Republik betrachten. Mit dem neuen Grundgesetz änderte sich auch der Landesname. Statt Republik Ungarn heißt das Land nunmehr einfach Ungarn.“ Lang fragte wörtlich: „Wer hat hier von wem abgeschrieben?“

Der frühere deutsche Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz sparte ebenfalls nicht mit Kritik an dem Verhalten der EU-Kommission gegen Ungarn. Ungarn sei souverän und die Erfolgsaussichten von entsprechenden Klagen gegen deren Verfassung vor dem Europäischen Gerichtshof seiner Auffassung nach zweifelhaft.

Die Konferenz war hochkarätig besetzt. Neben dem bereits erwähnten Rupert Scholz war auch die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin angekündigt. Die Eröffnung erfolgte durch Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg („Die Linke“). Von ungarischer Seite sind der gastgebende Botschafter in Deutschland, sein Kollege Laszlo Trocsanyi, ehemals Mitglied des ungarischen Verfassungsgerichtes, nunmehr Botschafter seines Landes in Paris, und der Präsident des ungarischen Verfassungsgerichtes Peter Paczolay herauszuheben. Die Konferenz gliederte sich in zwei Teile. „Die Entstehung der Verfassung und ihr internationales Echo“ sowie „Verfassungsgerichtsbarkeit und Gerichtsbarkeit in Ungarn“.

> Deutsche Zeitungen veröffentlichten gleichlautende Passagen

Wenig Zustimmung erhielt Ekkart D. Stratenschulte, Direktor der Europäischen Akademie, bei seinem Versuch, die Präambel der ungarischen Verfassung mit der Erwähnung von Gott, Ehe, Familie und dem ungarischen Staatsgründer, dem Heiligen Stefan, ins Lächerliche zu ziehen. In der Diskussion erwies es sich dann, dass die Kritik an der Verfassung politisch wertender Natur war. Die Eile der Verabschiedung des Gesetzeswerkes wurde beanstandet. Es gäbe keinen Verfassungspatriotismus in der Verfassung, sondern „nur“ Patriotismus, klagte ein anderer Debattenredner. Auch der hilflose Versuch einer Mitarbeiterin der „Zeit“, ihren von Lang kritisierten Artikel zu rechtfertigen, konnte nicht überzeugen. Ein Mitarbeiter der Tageszeitung „Die Welt“ wehrte sich gegen den Vorwurf der einseitigen Berichterstattung. Immerhin habe man Rupert Scholz auch einen Beitrag verfassen lassen.

Jozsef Czukor berichtete dann in seinem Schlusswort über den Fortgang der drei von der EU-Kommission gegen Ungarn angestrengten Verfahren. Einen Punkt der Beanstandung habe die Kommission aufgegeben. Ein anderer Punkt habe sich zwischenzeitlich „erledigt“ und in dem dritten Punkt erwäge die Regierung eine Korrektur der ungarischen Verfassung. So bleibt – bei Lichte betrachtet – recht wenig sachlich begründete Kritik an dem ungarischen Verfassungswerk übrig. *Theo Maass*

Demokratische Illusionen

Ägypten: Präsidentschaftswahlen als Opium fürs Volk

Die große Skepsis der Ägypter beim Thema Wahlen hat nicht nur mit Ex-Präsident Hosni Mubarak zu tun, sondern längst auch mit dem Obersten Militärrat, der Militärjunta unter Feldmarschall Mohammed Hussein Tantawi, der versprochene Wahlen schon mehrmals verschoben hat. So wurden die blutigen Zusammenstöße vor dem Verteidigungsministerium Anfang Mai prompt als inszenierter Vorwand zur Verschiebung der für den 23. und 24. Mai angesetzten Präsidentschaftswahlen gesehen: Die Demonstranten waren von Schlägertrupps angegriffen worden, hinter denen man den Geheimdienst vermutet.

Vorige Woche verkündete ein Provinzgericht gar die Aussetzung der Wahlen, weil die Oberste Wahlkommission ihre Befugnisse überschritten habe. Doch das Höchstgericht hob das Urteil zwei Tage später wieder auf. Dazu kommt das Wirrwarr um die Kandidaten. Die Muslimbrüder, die zunächst keinen aufstellen wollten, änderten dann ihre Linie – wie schon so oft in den über acht Jahrzehnten ihres Bestehens – und nominierten Kheirat Al-Shater. Die Oberste Wahlkommission schloss mit teils fragwürdigen Begründungen zehn der 23 Bewerber aus, darunter den der Salafisten sowie Mubaraks kurzzeitigen Vizepräsidenten Omar Suleiman und eben auch Al-Shater.

Reelle Chancen haben nur vier Kandidaten. Amr Moussa, der frühere Außenminister und langjährige Generalsekretär der Arabischen Liga, ist als einziger international



Chef der Militärjunta: Mohammed Tantawi

bekannt. Mohammed Mursi, der uncharismatische Ersatzkandidat der Bruderschaft, wird als „Reservereifen“ verulkt, doch er hat Unterstützung von einem Teil der Salafisten – einer nannte ihn gar „Allahs Wahl“. Abd-el-Moneim Abu-el-Futouh kommt von der Bruderschaft, wurde aber wegen seiner eigenmächtigen Kandidatur ausgeschlossen. Bartlos und mit Krawatte wirkt er seriös in den TV-Duellen, doch könnte er ein Wolf im Schafspelz sein. Ahmed Shafik schließlich ist selber Ex-Militär und gilt als Wunschkandidat der Junta. Da ihn im Januar 2011 noch Mubarak zum Premier ernannt hatte, war er als „Repräsentant des alten Regimes“ zwar zunächst von der Wahl ausgeschlossen, nach Berufung aber zugelassen worden.

Im Wahlkampf zeigen sich jedenfalls deutlicher denn je auch die Rivalitäten und Konflikte unter den Islamisten. Es gab mehrere Parteiausschlüsse, und jüngst legten Salafisten gar einen Gesetzentwurf vor mit dem Ziel, der Al-Azhar-Universität die Rolle als oberste Autorität in Religionsfragen abzuerkennen. Trotzdem ist es Illusion, daraus auf eine Stärkung der säkularen Kräfte zu schließen, denn die sind noch weit mehr zerstritten. Es verwundert daher, dass Friedensnobelpreisträger Mohammed El-Baradei, der sich schon zur Jahreswende vom Präsidentschaftswahlkampf zurückgezogen hatte, entgegen dem Rat von Freunden nun doch eine eigene Partei gründete.

Ob die Junta ihre Macht sogar an einen nicht genehmen Wahlsieger abgeben würde, ist allerdings eine theoretische Frage, weil ja noch nicht einmal feststeht, welche Macht der Präsident und das Parlament haben werden. Denn die Verfassung, die das festlegen soll, muss erst ausgearbeitet werden – und die Verhandlungen darüber stehen vor dem Scheitern. *R. G. Kerschhofer*

Spanische Verhältnisse drohen

Offenbar sitzt auch Frankreich auf riesiger Immobilienblase, die früher oder später platzen wird

Noch stehen kostspielige Wahlversprechen oder die Ablehnung des EU-Fiskalpaktes im Vordergrund, wenn über die wirtschaftlichen Aussichten Frankreichs unter dem neuen sozialistischen Präsidenten François Holland diskutiert wird. Immer mehr Beobachter sehen allerdings eine weitere Gefahr: Frankreich könnte in den kommenden Jahren zum Zentrum einer gigantischen Immobilienkrise werden.

Behalten einige französische Ökonomen wie etwa der Generaldirektor der französischen Investmentgesellschaft Global Equities Marc Touati recht, dann bleiben dem neuen französischen Präsidenten nur wenige Wochen Zeit, um die internationalen Märkte zu überzeugen. Mit seiner Sorge, dass bereits im September die Zinsen für französische Staatsanleihen „durch die Dekken gehen", wenn Hollande nicht umgehend deutlich macht, dass Schulden eingedämmt und ein Sparkurs eingeschlagen wird, steht der Ökonom Touati auch in Frankreich nicht allein. Allerdings könnte das Land auch ohne weiteres Zutun des neuen sozialistischen Präsidenten in den nächsten Jahren zu einem Krisenherd in Europa werden. Nach dem Erreichen eines Allzeithochs im Herbst 2011 gilt der französische Immobilienmarkt im europäischen Vergleich inzwischen als der am stärksten überbewertete Markt. Weltweit gelten nur noch die Immobilienpreise in Hongkong und Australien als stärker von Fundamentaldaten abgekoppelt. Bereits seit einiger Zeit beschäftigen sich Bankanalysten, die französische Zentralbank, der Internationale Währungsfonds und die OECD mit den Gefahren, die von dem inzwischen erreichten Preisniveau auf dem französischen Immobilienmarkt ausgehen. Behalten etwa die Analysten der Danske Bank recht, dann könnten die Preisen in den nächsten Jahren zwischen zehn und 20 Prozent nachgeben. Als ein möglicher Auslöser für eine solche Entwicklung wird das Anheben der Leitzinsen der EZB gesehen, das eines Tages erfolgen könnte. Gleiches gilt allerdings auch, wenn an den Märkten bewusst wird, dass sich der französischen Immobilienmarkt in einer ähnlichen fundamentalen Krise befinden wie etwa der spanische.

Noch skeptischer wird die Lage allerdings von der international tätigen Immobilienfirma PrimeView gesehen. Dort wird ein regelrechtes Platzen der Immobilienblase mit einer Gesamtkorrektur von 40 Prozent innerhalb der nächsten zehn Jahren erwartet. Nach Ansicht von PrimeView hat

> Eine Überbewertung von zehn bis 40 Prozent vermutet

es seit dem Jahr 2000 eine regelrechte Explosion bei den Immobilienpreisen gegeben. Nimmt man das Jahr 1998 als Ausgangswert, dann sind die Preise inzwischen um 160 Prozent angezogen – die Einkommen allerdings nur um 35 Prozent. Neben den Übertreibungen in der Vergangenheit wird die demografische Entwicklung Frankreichs als zusätzliche Ursache für sinkende Preise gesehen. Betrachtet man die Zahlen, dann tritt die Gruppe derjenigen im Alter unter 58 Jahren maßgeblich als Käufer am Immobilienmarkt auf. Im höheren Alter überwiegen die Immobilienverkäufe. Unter dieser Prämisse bleibt die Gruppe der Käufer in den nächsten Jahren konstant bei etwa 33 Millionen Menschen, die Gruppe der Verkäufer wird allerdings alle zwei Jahre um 1,2 Millionen Menschen größer. Die Zunahme der Verkaufswilligen könnte eine unheilvolle Abwärtsspirale bei den Preisen in Gang setzen, die noch durch die künftigen Eigenkapitalregelungen für Banken im Rahmen der Basel-III-Vorgaben angeheizt werden dürfte. Befürchtet wird, dass Banken auch ihre Kreditvergabe für Immobilienkäufe spürbar zurückfahren, um die strengeren Auflagen zu erfüllen.

Bereits im Jahr 2011 Jahr hatte die Ratingagentur Moody's vor möglichen Konsequenzen nachgebender Preise auf dem französischen Immobilienmarkt gewarnt. Während die französischen Banken eine moderate Preiskorrektur auf dem Immobilienmarkt noch verkraften könnten, würden auf weniger vorsichtige Darlehensgeber herbe Verluste zukommen. Die Folgen für Kreditgeber, falls die Preise nicht moderat, sondern massiv nachgeben, sind leicht vorstellbar. Auch für die meisten Eigentümer dürfte eine Preiskorrektur drastische Folgen haben. Immobilienbesitz hat in Frankreich einen Anteil von rund 65 Prozent am Vermögen der Privathaushalte. Die Vernichtung von Vermögenswerten würde die Möglichkeiten zur Kreditaufnahme vieler Hausbesitzer senken, und damit die Kaufbereitschaft in der konsumorientierten französischen Ökonomie erlahmen lassen. Sollten die momentan noch historisch niedrigen Zinsen wieder steigen, dann könnte sich das zu einem ausgewachsenen Debakel auswachsen. Denkbar ist eine Entwicklung wie in den USA und Spanien mit einer akuten mehrjährigen Krise auf dem Immobilienmarkt, die die übrige Wirtschaft mit abwärts zieht. Allerdings scheint selbst ein Szenario wie in Japan möglich: ein jahrzehntelanger schleichender Niedergang, an dessen Beginn das Platzen der japanischen Immobilienblase zu Anfang der 90er Jahre stand.

Norman Hanert



Der Hausherr wechselt: Lange hat François Hollande (2.v.r.) um den Einzug in den Élysée-Palast gekämpft, doch schon schnell dürfte sich zeigen, dass ihm das Geld für die Realisierung seiner Wahlversprechen fehlt Bild: pa

KURZ NOTIERT

Schlechte Nachricht für Eon: Mit dem Wahlsieg von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen dürfte sich eine schnelle Lösung für das Kohlekraftwerk in Datteln erledigt haben. Dabei hat Jochen Homan, Chef der Bundesnetzagentur, erst vor kurzem davor gewarnt, dem fast fertiggestellten Kraftwerk die Genehmigung zu verweigern, zugleich aber Eon zu zwingen, seine alten Kraftwerke, die durch das neue ersetzt werden sollten, vom Netz zu nehmen. Schon jetzt sei die Gefahr von Stromausfällen hoch, so Homann. *Bel*

Goldreserven Thema im Bundestag: Der Haushaltsausschuss des Bundestages beschäftigt sich gegen den Wunsch der Bundesbank mit einem Bericht des Bundesrechnungshofes. Dieser rügt die „unzureichende Sorgfalt bei der Bilanzierung der Goldreserven, die zum Teil im Ausland lagern". *Bel*

Chefökonom des Internationalen Währungsfonds für höhere Inflation: Nach Ansicht des Chefökonomen des Internationalen Währungsfonds (IWF) Olivier Blanchard muss Deutschland höhere Inflation in Kauf nehmen, damit die Euro-Zone „gesundet". Einige Euro-Länder wären in der Lage, Inflationsraten von bis zu sechs Prozent zu verkraften. *N.H.*

Russlands Luftfahrt hilflos: Der am 10. Mai über Indonesien abgestürzte russische Jet Sukhoj 100 sollte Russlands Luftfahrt erste Erfolge seit dem Ende der UdSSR bescheren. 170 Bestellungen hatte man schon, 1000 wollte man bauen. Zu hochfliegende Pläne, nachdem sich die ersten Auslieferungen an Armenien um über vier Jahre verzögerten und weitere Kunden sich nur durch hohe Nachlässe auf den Listenpreis von 31,8 Millionen Dollar locken ließen. Das Joint Venture mit Frankreich und Kooperationen mit Boeing und der italienischen „Finmeccanica" konnten das schlechte Image russischer Flieger nicht heben, die zunehmend von Passagieren boykottiert werden. Berichte von 2011 registrierten 144 000 Verstöße gegen die Sicherheit, schlecht trainiertes Personal und „fatale" Mängel der Maschinen. *W.O.*

Strahlende Industrie-Ruinen

US-Kernkraftwerke im »Dornröschenschlaf« – Geld für Rückbau fehlt

Bis 2025 die Öleinfuhren um ein Drittel senken, so lautet ein Ziel der Energiepolitik, die US-Präsident Barack Obama im Jahr 2011 verkündet hat. Neben einer massiven Ausweitung der heimischen Öl- und Gasförderung nimmt der Bau neuer Kernkraftwerke einen wichtigen Platz zur Verringerung von Ölimporten ein. Obwohl Washington 54,5 Milliarden Dollar für Kreditgarantien zum Bau neuer Reaktoren bereitstellt, scheint bisher lediglich die Erweiterung der Anlage „Plant Vogtle" im Osten des US-Bundesstaates Georgia als sicher.

Für zusätzliche Skepsis könnte eine Entwicklung sorgen, auf die das Government Accountability Office (GAO) – eine Art Gegenstück zum deutschen Bundesrechnungshof – nun aufmerksam gemacht hat. Nicht nur für den Bau neuer Kernkraftwerke scheint kaum privates Kapital aufzutreiben zu sein, die Gefahr wächst, dass die Steuerzahler eines Tages auch für stillgelegte Kraftwerke zur Kasse gebeten werden. Zwar hatte das GAO vor allem Versäumnisse der staatlichen Aufsichtsbehörde Nuclear Regulatory Commission (NRC) im Blick, nebenbei wurde aber deutlich, dass einigen AKW-Betreibern das Geld zum Rückbau stillgelegter Anlagen fehlt. Aktuell scheint dies für 20 der 104 US-Reaktoren zu gelten, darunter mehrere, für die schon bald die Betriebserlaubnis erlischt.

Wie das in der Praxis aussieht, hat unlängst die „New York Times" am Beispiel der Anlage „Indian Point" dargestellt, die sich

> Finanzkrise hat angeblich Rücklagen halbiert

nur 35 Meilen vom New Yorker Stadtzentrum befindet. Für den Rückbau sind Kosten von 1,5 Milliarden Dollar kalkuliert, dem Betreiber Entergy fehlt allerdings allein für diese Anlage eine halbe Milliarde Dollar an Rücklagen. Als Ursachen führen die Betreiberfirmen vor allem die Finanzkrise seit 2008 an. Wenn allerdings tatsächlich zutreffen sollte, dass sich von 2006 bis 2010 die Werte der Rücklagenfonds teilweise halbiert haben, dann ist das eher ein Zeichen dafür, dass man mehr Spekulationsgeschäfte als ernsthafte Vorsorge betrieben hat.

Genauso wenig überzeugend ist allerdings auch der inzwischen präsentierte Lösungsvorschlag. Die Anlagen sollen zunächst einmal 20 bis 60 Jahre als Industrie-Ruinen stehen bleiben, bis Geld für den Rückbau vorhanden ist. Dass die Betreiber mit derartigen Plänen durchkommen, ist nicht einmal ganz auszuschließen. Drei Reaktoren in der Anlage „Indian Point 1" wurden bereits 1974 stillgelegt – bis heute sind sie nicht zurückgebaut, sondern sie rosten seit nunmehr 38 Jahren vor sich hin.

In den Schatten gestellt wird dies wahrscheinlich nur noch durch ein nie enden wollendes Neubau-Projekt. Weltweit gibt es zehn AKW-Anlagen, die seit mindestens 20 Jahren als „im Bau befindlich" aufgelistet werden. Angeführt wird die Liste der Invest-Ruinen durch die Anlage „Watts Bar 2" im Bundesstaat Tennessee. Der Startschuss für das Projekt erfolgte im Jahr 1972. Während es eine Zeit lang so schien, dass die Anlage im Jahr 2013 – 41 Jahre nach Baubeginn – fertiggestellt wird, bremst der staatliche Energiekonzern Tennessee Valley Authority nun die Erwartungen wieder. *H.M.*

Lufthansa in Turbulenzen

Selbst der deutsche Gigant der Branche muss dringend sparen

Die Lage ist bedrohlich." Es sind harte Worte, mit denen Lufthansa-Aufsichtsratschef Jürgen Weber die Lage von Europas größter Fluggesellschaft beschreibt. Das Unternehmen rutscht zunehmend tiefer in die Krise: Während der Umsatz im ersten Quartal 2012 um sechs Prozent gestiegen ist, fielen Verluste von 381 Millionen Euro an.

Es ist gleich ein Bündel von Problemen, das der Lufthansa zu schaffen macht. Wie alle anderen Fluglinien leidet das Unternehmen unter den hohen Kerosinpreisen, die etwa 25 Prozent der Kosten ausmachen. Nach Angaben des Branchenverbandes IATA verursacht bereits die Steigerung des Ölpreises um einen Dollar in der gesamten Luftfahrtbranche Zusatzkosten von 1,6 Milliarden Dollar. Kostentreibend ist ebenfalls der Zwang, seit Jahresanfang am EU-Emissionshandel teilzunehmen. Die steigenden Kosten lassen die ohnehin mageren Renditen von Fluglinien weiter dahinschmelzen. 2011 wurden knapp 29 Milliarden umgesetzt, unterm Strich blieb allerdings kaum ein Gewinn übrig. Auf dem Weg, dies zu ändern und 1,5 Milliarden Euro bis Ende 2014 einzusparen, gleicht der Konzern inzwischen einer Großbaustelle. Verlustbringer wie Lufthansa Italia wurden eingestellt oder wie British Midland (BMI) verkauft. Noch nicht absehbar ist, ob der Erfolg bei der Sanierung der Lufthansatochter Swiss sich im Fall der ebenfalls übernommenen maroden Austrian Airlines (AUA) wiederholen

> Preise für Kerosin und Klimaschutzziele machen zu schaffen

lässt. Weitere Schritte, die einem radikalen Umbau gleichen, sind bereits absehbar.

Angekündigt ist der Abbau von 3500 Vollzeitstellen bei der Verwaltung und selbst die Trennung vom Catering-Geschäft etwa durch einen Börsengang des Tochterunternehmens „LSG Sky Chefs" scheint immer wahrscheinlicher. Als Mittel gegen die Konkurrenz der Billigflieger auf den europäischen Strecken soll ein neues Tochterunternehmen die bisherige Lufthansa-Kurzstrecken-Flotte und den eigenen Billigfluganbieter Germanwings vereinen. Ziel ist es unter anderem, die Kurzstrecken-Maschinen der Lufthansa statt wie bisher lediglich sieben Stunden täglich zwölf Stunden im Einsatz zu haben und sich damit Auslastungswerten von Anbietern wie Ryanair und Easyjet anzunähern.

Diese Zahlen machen aber auch deutlich, wie stark die Geschäftskonzepte der Billig-Anbieter bereits „auf Kante genäht" sind. Verschärft sich die Krise der Luftfahrtbranche weiter, dann ist bei Anbietern wie Lufthansa noch genug an Reserven vorhanden, um weitere Sparpläne umzusetzen. Bei Billiganbietern hat es dagegen immer mehr den Anschein, dass weiteres Sparen mehr einer „Diät eines Magersüchtigen" gleicht. Für regelmäßiges Aufsehen sorgt beispielsweise der Ryanair-Boss Michael O'Leary mit seinen Sparvorschlägen: Warf er im vergangenen Jahr ernsthaft die Überlegung in den Raum, ob bei Flügen nicht der Co-Pilot eingespart werden könnte, so verblüfft er in diesem Jahr mit dem Vorschlag an das Kabinenpersonal, überflüssiges Körpergewicht per Diät loszuwerden, um den Kerosinverbrauch seiner Flugzeugflotte zu verringern. *N.H.*

Nur Hausfrau

Von Immanuel Geist

Der Ausspruch ist klassisch und verräterisch zugleich: „Ich bin nur Hausfrau." Arbeiten diese Frauen nicht? Kümmern sie sich nicht Tag und Nacht um den Nachwuchs und bringen ihm bei, was man zum Leben braucht? Die „Nur-Hausfrauen" leisten größtenteils die notwendige Erziehung unserer Kinder – und welche Plage unerzogene Kinder sind, wissen wir alle nur zu gut.

Was aber ist die Erziehungsarbeit der Mütter wert? Diese Frage stellt sich bei der Diskussion um das Betreuungsgeld. Eine Milliarde Euro pro Jahr wird das Betreuungsgeld kosten, ein läppischer Betrag angesichts der Beträge, die für die Krippenbetreuung aufgewendet werden. Nein, die Auseinandersetzung innerhalb der CDU/CSU ist nur verstehbar als Kulturkampf. Hier die berufstätige Frau, der alle Ehre gebührt, dort die Frau am Herd, die von der Opposition logischerweise mit dem Wort „Herdprämie" diffamiert wird.

Das ausgelobte Betreuungsgeld wird Frauen, die ihre Kinder lieber Vollzeit daheim betreuen wollen, ein wenig mehr Anerkennung und Wahlmöglichkeit (nicht erwerbstätig sein zu müssen) verschaffen. Es wird Zeit, nicht nur Sonntagsreden über die „Nur-Hausfrau" zu halten, sondern ihre Erziehungsarbeit auch konkret anzuerkennen.

Anpassung verboten

Von Rebecca Bellano

Da betonen Politik und Medien immer wieder, dass Ausländer sich integrieren sollen, und da will eine Familie aus Aserbaidschan nicht nur Integration, sondern sogar Assimilation und es wird ihr gerichtlich verboten.

Ende April schlug das Göttinger Verwaltungsgericht einer 2005 nach Deutschland eingewanderten Familie ihren 2011 bereits von der Stadtverwaltung abgeschlagenen Wunsch nach Änderung der Vor- und des Nachnamens ab. Die Eltern und ihre drei Kinder wollten deutsche Namen, da ein weniger ausländisch klingender Name vorteilhafter bei der Arbeitsplatzsuche sei und zudem ihre Vornamen auf einen moslemischen Glauben schließen lassen würden, was aber nicht der Fall sei. Offizielles Ziel der Familie war eine Verschmelzung mit der deutschen Gesellschaft. Doch die Richterin meinte nur, dass „ein Integrationshindernis aufgrund der Vor- und Nachnamen" nicht ersichtlich sei.

Angesichts des Umstandes, dass es hierzulande kein Problem ist, von „Kevin" zu einem weniger klischeebeladenen Namen zu wechseln oder einen religiösen Vornamen anzunehmen, um seinen neuen Glauben zu betonen (vorwiegend hin zu muslimischen), ist es eine Frechheit, dass dieser Familie ihr Wunsch verwehrt ist. In den USA ist es absolut üblich, dass Zuwanderer als Zeichen ihrer Integrationsbereitschaft ihre Namen amerikanisieren und auch in Deutschland war das eine Zeit lang kein Problem, doch offenbar wird in Deutschland nur über Integration geredet. Will jemand Taten folgen lassen, wird das nicht toleriert.

Süddeutsche Arroganz

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Wenn zwei das Gleiche tun, ist das nicht unbedingt dasselbe. In diesem sprichwörtlichen Sinne demonstrierte das in Deutschlands Weißwurst-Metropole erscheinende Eliteblatt des linken Zeitgeistes, dass es gleicher ist als die schreibenden Nordlichter.

Eigentlich hätte es ja eine Frage der Ehre sein sollen: Wer hat sich bei der Enthüllung politischer Skandale die größten Meriten erworben? Die Vordenker des Gruner & Jahr-Verlags in Hamburg, die alljährlich den Henri-Nannen-Preis für investigativen Journalismus vergeben, hielten die Eigenheimfinanzierung des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff für den größten Skandal der letzten Monate – und folglich dessen Enthüller für preiswürdig.

Das Problem: Wulff wurde von einer ganzen Meute enthüllungsbeflissener Journalisten gejagt, darunter – igittigitt – auch solcher der „Bild"-Zeitung aus dem Hause Springer. Und ausgerechnet die sollten nun auch noch im Namen Henri Nannens geehrt werden!

Das kann man sich als mutiger Enthüller und selbsternannte oberste Moralinstanz nicht bieten lassen. Schlimmer noch: Der hiermit beschriebene Super-Enthüller der „Süddeutschen Zeitung", Hans Leyendecker, sollte gemeinsam mit den „SZ"-Kollegen Klaus Ott und Nicolas Richter für Recherchen in Sachen Bayern LB ebenfalls den Henri-Nannen-Preis bekommen, sozusagen auf Augenhöhe mit „Bild".

> Henri-Nannen-Preis: Eklat bei der Verleihung

Das war zu viel. Das bajuwarische Dreigestirn Leyendecker-Richter-Ott ließ die Preisverleihung platzen und fühlte sich nunmehr auf Augenhöhe mit Marcel Reich-Ranicki, eine Vermessenheit, die man dem alternden Literaturkritiker nicht zum Vorwurf machen kann.

Leyendecker & Co. rechtfertigten den Eklat mit dem abenteuerlichen Hinweis, ein Journalistenpreis für „Bild"-Journalisten sei „ein Stückchen Kulturbruch", der nicht vereinbar sei mit dem „Weltbild" von „SZ"-Journalisten.

Was können wir aus dem Vorgang lernen? Enthüllung ist nicht gleich Enthüllung. Was über wen enthüllt wird, ist nicht so wichtig. Wer es enthüllt, nur darauf kommt es an. Was „Bild"-Journalisten und sonstige Springer-Knechte schreiben, kann gar nicht preiswürdig sein, denn Preise sind nur für die Elite da, und die schreibt exklusiv in der „SZ". „Bild" hingegen ist, so Leyendecker, ein „Drecksblatt", mit dem man tunlichst nichts zu tun haben sollte.

Mit kleinen Ausnahmen. Zum Beispiel, wenn „Bild" den Wortlaut eines Telefonats mit dem Chefredakteur nicht selber veröffentlichen will und den Text der „SZ" zuschiebt. Da geht dann Geschäft über Arroganz; das zu erwartende Auflagenplus lässt man sich denn doch nicht entgehen.

Merke: Die süddeutsche Steigerung von Mut heißt Hochmut.



Die „Bild" leistete mit ihrer Berichterstattung einen entscheidenden Beitrag dazu, dass Christian Wulff als Präsident zurücktreten musste: Die „Süddeutsche Zeitung" will sich aber bei der Ehrung für ihren investigativen Journalismus nicht mit der „Bild" auf eine Stufe stellen

Bild: Getty

Gastbeitrag





Generation Maybe

Von Hinrich E. Bues

Sie ist unentschlossen, verwöhnt, bequem und orientierungslos, die „Generation Maybe". Das behaupten einige Medien über die Gruppe der 18- bis 30-Jährigen. Aber gibt es diese Generation wirklich oder beklagen sich hier nur (wieder einmal) die Alten über die Jungen?

Das Wort „may be" kommt aus dem Englischen und bedeutet „kann sein" oder „vielleicht". In der Tat gibt es heute eine auffällig große Gruppe von jungen Leuten, die nach der Schulzeit nicht so recht etwas mit ihrem Leben anzufangen wissen. Umfragen zeigen, dass mehr als die Hälfte der Schüler am Ende ihrer Schulzeit keine Vorstellungen über Beruf und Lebensziele hat. Speziell bei Abiturienten ist dies besonders ausgeprägt.

Doch war das nicht auch schon früher ein Problem? Die 68er galten als Protestler oder Blumenkinder, dann folgten die „Null-Bock-Generation" oder die „Generation Praktikum". Ganz davon abgesehen, dass viele der jungen Leute gar nicht diesen Etiketten zuzuordnen waren, haben die alten Protestler inzwischen Karriere gemacht und die Null-Bock-Leute die Lust zum Arbeiten entdeckt. Auch die meisten, die sich mit unbezahlten Praktika durchhangeln mussten, sitzen inzwischen auf gut bezahlten Arbeitsstellen.

> Nach dem Kuschelraum der Schule kommt der raue Wind des Lebens

Alles also nur eine Mediengeschichte mit der heutigen „Maybe-Generation"? Was wird mit der nicht kleinen Zahl von jungen Leuten passieren, die sich angesichts der Fülle der sich bietenden Möglichkeiten überfordert sieht? Eben noch von sozialpädagogisch orientierten Lehrern im Kuschelraum der Schule umhegt und gepflegt, spüren sie nun den rauen Wind des Lebens und der notwendigen Entscheidungen. Die Schulabgänger stehen heute vor einem unüberschaubaren Angebot von über 15000 Bachelor-Studiengängen mit blumigsten Titeln. Niemand kann heute vorhersagen, ob man mit diesen Ausbildungen später tatsächlich einmal Geld verdienen kann. Zudem verspüren viele Schüler, die sich ohne großen Fleiß durch das Schulsystem bewegt haben, kaum Lust auf ein arbeitsintensives und hartes Studium. „Warum soll ich mir das antun?", fragte kürzlich eine 23-Jährige, die ein Bachelor-Studium viel zu anstrengend fand. Eine Weltreise und ein unbezahltes Praktikum auf der anderen Seite der Erdkugel erschienen der jungen Dame dann als vermeintlich bessere Alternative.

Aber sind dies alles nicht eher Einzelfälle? Anscheinend nicht. Die Zahl von 19 Neffen und Nichten (sowie deren Freunde) erlaubt dem Verfasser auch eigene Beobachtungen. Nach einer vorsichtigen Schätzung gehören tatsächlich etwa ein Drittel zur „Generation Maybe", die sich nach der Schule ausgesprochen schwer tun, Tritt zu fassen. Die anderen zwei Drittel zeigten sich schon in der Schulzeit entscheidungsstark, fleißig und zielbewusst. Sie treiben Leistungssport oder engagieren sich sozial oder kirchlich. Sie wissen relativ früh, „was sie werden wollen". Einige von ihnen haben direkt nach der Schule eine duale Berufsausbildung (Lehre plus Kurzstudium), andere ein Studium an einer Fachhochschule oder Universität begonnen. Zwei von ihnen verdienen bereits ganz ansehnliche Gehälter, einer erreicht sogar schon mit seinen 24 Jahren den höchsten Grenzsteuersatz. Sie gehören zu den Beneideten, von denen allerdings selten in den Medien die Rede ist.

Die Verdienstsituation bei den „Maybes" sieht ganz anders aus. Sie hangeln sich von einem „Projekt" zum nächsten. Als Studentenjob mögen 7,50 Euro pro Stunde noch ganz akzeptabel sein. Muss man davon allerdings Krankenversicherung und andere Nebenkosten zahlen, bleibt nicht viel zum Leben übrig. Und nun rückt die Schallgrenze des 30. Lebensjahres näher. Eine Faustregel besagt: Wer bis dahin noch keine feste Stelle ergattert hat, bewegt sich unaufhaltsam abwärts und wird irgendwann zum Hartz-IV-Fall. Eine gewisse Mitschuld an dieser Entwicklung trifft, bei genauerem Hinsehen, auch die Eltern. Allzu bereitwillig finanzierten sie ihren wenig wissbegierigen und fleißigen Kindern nahezu alles, was das jugendliche Herz so begehrt: die Designerkleidung und den Führerschein, den Fernseher im Kinderzimmer und den Alkohol zur Geburtstagsparty, den Computer zum Spielen und natürlich das Mobiltelefon der neuesten Generation mit Flat-Rate. Doch die immer wieder verkündete Hoffnung der Eltern, dass die Kinder „ihren Weg schon machen werden", verflüchtigt sich. Wer durch das Abitur fällt und wessen Durchschnittsnote zu schlecht ist, dem stehen nicht mehr viele Türen offen. Hochschulen haben Eingangsprüfungen eingeführt; oft genug kommen die eingereichten Bewerbungen um einen Studienplatz abgelehnt zurück.

Was also tun? Zwei Jahre nach dem Schulabschluss – das Kindergeld wird schon längst nicht mehr gezahlt – heißt es endlich handeln. Eltern und Kinder sehen ein, dass nun teurere Möglichkeiten der Berufsausbildung ins Auge zu fassen sind. Fachschulen mit schönen Namen, unbekannte Akademien oder private Hochschulen bieten ihre teuren Dienste an. Monatliche Ausbildungs- oder Studiengebühren von 400 oder 650 Euro schrecken dann nicht mehr ab. Hauptsache, es beginnt endlich eine Ausbildung.

> Nur wer eigenes Hirn und eigene Muskeln nutzt, kann stärker werden

Schließen wir die Schilderung. Bei genauerer Betrachtung geraten eher Eltern und Lehrer mit ihrem fortgesetzten Verwöhnprogramm ins Fadenkreuz der Problematik. Wo Selbstständigkeit, Fleiß und Eigenverantwortlichkeit nicht gelehrt und gelernt werden, ist der Weg ins Leben meist nicht sehr verheißungsvoll. Eltern und Lehrer, die in vermeintlich guter Absicht ihre Kinder zu sehr verwöhnen und ihnen gleichsam einen roten Teppich ins Leben ausrollen wollen, erreichen damit das genaue Gegenteil des Gewollten.

Umfasste diese Gruppe, die ihr Leben nicht aus eigener Kraft gemeistert bekommt, nur eine kleine Minderheit von vielleicht fünf oder zehn Prozent einer Altersgruppe, wer würde darüber reden? Offensichtlich sind aber wesentlich mehr junge Leute betroffen. Das wird langsam zu einem Problem in einem Land, das auf den Fleiß, den Ideenreichtum und die Innovationskraft seiner jungen Leute angewiesen ist. Spätestens wenn die Beneideten, Fleißigen und Zielstrebigen wieder einmal in das Fadenkreuz linker Politiker kommen, die schon jetzt Spitzensteuersätze von 75 Prozent fordern, wird das zum Problem werden. Wer soll noch Leistung in einem Land bringen, ein mühsames Studium unter armseligen Lebensverhältnissen absolvieren, wenn ihm dann nur wenig von seinem hohen Verdienst bleibt? Ein Land, das seinen Reichtum der Ingenieurkunst, dem Erfindungsreichtum seiner Unternehmer, dem Fleiß seiner Arbeiter und der Erziehungsarbeit von Müttern und Vätern verdankt, muss die Leistungslust der jungen Leute fördern. Leistungsunlust muss umgekehrt sanktioniert werden. Die große Mehrheit der Leistungswilligen darf nicht von einer Minderheit an Leistungsunwilligen bestraft werden, will Deutschland seinen Wohlstand bewahren. Die amerikanische Ökonomin Deirdre McCloskey hat in einer Studie herausgefunden, dass junge Menschen in erster Linie durch „Ehre und Lob" zu Leistungen zu motivieren sind. An dieser Kultur fehlt es oftmals hierzulande. Allzu verständnisvoll werden die Schlaffis umsorgt und umhegt, anstatt die Fleißigen und Zielstrebigen zu loben und zu ehren. Und manchen Eltern muss man ganz direkt raten: Tut weniger für eure Kinder und fordert sie früher zu Selbstständigkeit, Fleiß, Zielstrebigkeit und Eigeninitiative auf. Denn nur wer seine eigenen Muskeln, sein eigenes Hirn nutzt, kann stärker werden. Auch das ist eine Lehre aus der „Generation Maybe".

Der Erzieher der Nation

Seine sittlichen Forderungen sind so aktuell wie lange nicht: Zum 250. Geburtstag Johann Gottlieb Fichtes

Goethe sah in Fichte „einen der vorzüglichsten Köpfe“ der Deutschen. Erst in seiner Berliner Zeit wurde Fichte zu dem großen Nationalerzieher und Bildungsreformer, als der er in der kollektiven Erinnerung steht. Die Not des überrannten Vaterlandes machte ihn zum preußischen Patrioten. Von 1806 an stellte Fichte sich in den Dienst der Erhebung gegen Napoleon und prägte durch seine „Reden an die deutsche Nation“ den Geist der Befreiungskriege gegen die Fremdherrschaft.

Das Verhältnis der deutschen Philosophen zu ihrem Volk war insbesondere im letzten Jahrhundert ein gespaltenes. Einerseits war man sich sicher, einem philosophischen Volk zu entstammen, andererseits war man zunehmend weniger bereit, auf dieses Volk philosophisch und damit erzieherisch einzuwirken. Heute erschöpft sich die Philosophie in Fachdiskursen, die oftmals in einem unverständlichen Fachchinesisch abgehalten werden. Doch auch schon zuvor war Platons Auffassung, dass die Philosophen eine Verantwortung für das Gemeinwesen tragen, in Vergessenheit geraten.

Johann Gottlieb Fichte ist in diesem Sinne eine Ausnahme. Nicht nur weil er zeitweise unglaublich populär war (das waren andere auch), sondern weil er vermutlich der Denker ist, der am tiefsten und am nachhaltigsten auf die deutsche Nationalgeschichte eingewirkt hat. Er tat das nicht, wie beispielsweise Karl Marx, in einem destruktiven Sinne, mit dem Ziel, die Ordnung zu zerstören. Im Gegenteil: Fichte wollte aus den Deutschen eine Nation formen.



Stand nicht abseits, als die Nation bedroht war: Johann G. Fichte

Foto: pa

Fichtes große Stunde war die Zeit nach der preußischen Niederlage bei Jena und Auerstedt, als es darum gehen musste, die physischen Verluste an Menschen, Material und Land durch geistige Leistungen auszugleichen. Fichte stand damals nicht allein, die geistige Elite Preußens, von Gneisenau bis Humboldt und von Arndt bis Schleiermacher fühlte sich diesem Ziel verpflichtet. Fichte lieferte allerdings eine systematische Anleitung, die sich nicht nur auf die Nationalerziehung beschränkte, sondern auch den tieferen Ursachen des Niedergangs nachging. Was er den Deutschen vorwarf, war nicht so sehr die militärische Niederlage selbst, sondern ihre Neigung, sich dem Sieger auch geistig unterwerfen zu wollen: „Besiegt sind wir; ob wir nun zugleich auch verachtet, und mit Recht verachtet sein wollen, ob wir zu allem andern Verluste auch noch die Ehre verlieren wollen, das wird noch immer von uns abhängen.“ Den Schlüssel zu dieser Ehrenrettung sah er in der Überwindung der Selbstsucht, die er überhaupt, im persönlichen wie im staatlichen, für das größte Übel hielt.

Fichtes Selbstbewusstsein rührte nicht nur von seiner Gewissheit her, für seine Thesen eine systematische Begründung zu haben, sondern erklärt sich auch aus der eigenen Biografie. Die hatte den am 19. Mai 1762 im sächsischen Rammenau (Oberlausitz) als Sohn eines Leinewebers geborenen immerhin zu einem der berühmtesten Philosophen seiner Zeit gemacht. Ausschlaggebend war dafür zunächst die Förderung des offensichtlich Hochbegabten durch einen Gutsherrn. Dadurch wurde ihm eine ausgezeichnete Schulbildung zuteil und er konnte studieren. Als sein Förderer verstarb, musste er die Universität ohne Abschluss verlassen und sich als Hauslehrer durchschlagen.

Erst 1790 erfolgt der entscheidende Anstoß für die eigene Philosophie durch die Lektüre der Werke Kants. Um ihn zu beeindrucken, verfasste er den „Versuch einer Kritik aller Offenbarung“, die bei ihrem anonymen Erscheinen allgemein für eine Schrift Kants gehalten wurde. Nach der Aufklärung des Irrtums wurde Fichte mit einem Schlag bekannt. Und so konnte auch seine zeitweilige Begeisterung für die Französische Revolution nicht verhindern, dass er 1794 in Jena Professor für Philosophie wurde. In dieser Zeit veröffentliche Fichte zahlreiche Schriften, seine Wissenschaftslehre, eine Abhandlung über Naturrecht und eine Sittenlehre, die seinen Ruf als führender Philosoph begründeten.

Wenn man seine Biografie betrachtet, ist es konsequent, dass er seine Philosophie auf die Absolutsetzung des Ichs aufbaut. Das „Ich“ ist es, was der Welt ihren Sinn verleiht und von dem aus alle schöpferische Handlung erfolgt. In diesem Sinne begriff Fichte Philosophie als eine Lehre, die sich praktisch zu bewähren hatte und sich nicht in logischen Spitzfindigkeiten ergehen sollte. Diese Auffassung machte ihn zu einem erfolgreichen akademischen Lehrer, mit seinem schroffen Selbstbewusstsein und undiplomatischen Verhalten stieß er aber auch viele vor den Kopf und machte sich Feinde unter den Kollegen. Der sogenannte Atheismusstreit kostete ihn 1800 seine Professur in Jena, ohne dass er eine Alternative in Aussicht gehabt hätte.

Der Weggang aus Jena barg jedoch die Chance zu Neuem, das Fichte in Berlin vermutete. In der preußischen Metropole wurde Fichte erst zu dem, als der er der gebildeten Öffentlichkeit lange präsent blieb: als Zeitkritiker, Nationalerzieher und Bildungsreformer. In Berlin hielt er, unter der Drohung, durch die Franzosen verhaftet und gar hingerichtet zu werden, seine berühmten „Reden an die deutsche Nation“. Er hielt sie nicht vor Studenten, sondern vor einer gebildeten Öffentlichkeit, die sich aus hohen Beamten und Militärs ebenso zusammensetze, wie aus Persönlichkeiten des Berliner Bürgertums.

Fichte sah seine Gegenwart im Stand der „vollendeten Sündhaftigkeit“, die durch die totale Emanzipation von Autorität gekennzeichnet sei. Ziel aller Erziehung musste daher der Aufbau neuer Bindungen sein, die nicht durch Zwang oder Glauben, sondern durch Vernunft und Einsicht gewährleistet sein sollten. Fichte konzipierte seine „Reden“ als Aufriss dieser Erziehung und verschwieg auch nicht, dass er die Deutschen für besonders geeignet hielt, auf diesem Weg voranzugehen. Er selbst stand nicht abseits, als der Kampf gegen Napoleon wieder aufgenommen wurde, meldete sich zum Landsturm und erlag am 29. Januar 1814 einem Fieber, mit dem ihn seine Frau, die im Lazarett Verwundete pflegte, angesteckt hatte.

Fichte gab dem deutschen Idealismus mit seinen „Reden“ das Programm, an dem sich die folgenden Reformen in Preußen orientieren konnten. Dieses Programm hat den Deutschen eine Sittlichkeit verliehen, die nahezu 200 Jahre Bestand hatte und stellenweise noch heute zu finden ist. Ewig aktuell bleibt Fichtes Forderung, dass wir dafür zu sorgen haben, dass die Kette der Generationen, die eine Nation ausmachen, bei uns nicht abreißt, sodass sich auch die Nachkommen unserer „rühmen können“.

Erik Lehnert

IN KÜRZE

Schwerin bekommt Spritze

Der künftige Generalmusikdirektor am Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin, der erst 31 Jahre junge Daniel Huppert (Bild), kann zunächst aufatmen. Die Landesregierung entschied sich vergangene Woche, dem pekuniär in der Klemme steckenden ersten Haus am Platze mit außerplanmäßigen zwei Millionen Euro unter die Arme zu greifen – letztmalig, wie Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) betonte. Das Geld solle helfen, die nächste Spielzeit 2012/13 zu überbrücken.

Voraussetzung sei die Bereitschaft Schwerins gewesen, einen „wesentlichen Beitrag“ zur beabsichtigten Reform der Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu leisten. Mit der Finanzspritze solle verhindert werden, dass bestehende Strukturen zerschlagen würden, bevor im Herbst das von Kultusminister Mathias Brodkorb (SPD) auszuarbeitende Gesamtkonzept des Bundeslandes für die künftige Theater- und Orchesterstruktur vorgelegt werde, begründete Sellering die Entscheidung des Koalitionsausschusses in Schwerin. CDU-Landeschef und Innenminister Lorenz Caffier hatte der nicht unumstrittenen Maßnahme letztendlich doch zugestimmt: „Auch die CDU will nicht, dass in einem Theater vorzeitig die Lichter ausgehen, ehe alle am Verhandlungstisch sitzen.“

Dem im Dirigieren und am Violoncello ausgebildeten Musikwissenschaftler Daniel Huppert, der derzeit noch als 1. Kapellmeister am Staatstheater tätig ist, wird ein Stein vom Herzen gefallen sein. *CR*

Engagiert für die Frau, doch nicht feministisch

»Gott verhüte, dass wir den Deutschen unsere Hilfe versagen«: Zum 130. Geburtstag der norwegischen Dichterin Sigrid Undset

Wer historische Romane auf höchstem literarischem Niveau liebt, ist bei der vor 130 Jahren am 20. Mai 1882 im dänischen Kalundborg geborenen Sigrid Undset immer noch an der richtigen Adresse. Sie ist Norwegens größte und bedeutendste Dichterin, deren Werke auch im Ausland viele begeisterte Leser gefunden haben. Im Jahr 1928 war der damals erst 46-jährigen Schriftstellerin der Literaturnobelpreis zuerkannt worden. Wie es hieß, „hauptsächlich im Hinblick auf ihre gewaltige Schilderung norwegischen Lebens im Mittelalter“.

Infolge des frühen Todes ihres Vaters, eines bedeutenden Historikers und Archäologen, war die malerisch sehr begabte Sigrid Undset in ihren jungen Jahren gezwungen gewesen, den Traum von einer künstlerischen Ausbildung aufzugeben und stattdessen eine Stelle als Büroangestellte anzunehmen. Sie lernt das triste, schlecht bezahlte Leben der jungen, unverheirateten berufstätigen Frauen kennen. Aus der Banalität ihres unglücklichen Alltags flüchten manche in eine nicht weniger glückliche Ehe, die vielfach nur eine Versorgungsehe darstellt. Oder sie gehen Liebschaften ein, die sie am Ende doch nicht erfüllen. Sigrid Undsets frühes literarisches Werk handelt vom Alltag dieser Frauen. Von ihren ungestillten Sehnsüchten. Auch von ihrer Haltlosigkeit.

Später findet Undset die Themen und Motive ihrer Romane

> Ihre Konversion zum Katholizismus war damals ein Skandal

mehr in der Zeit des Mittelalters. In der ersten Hälfte der zwanziger Jahre erscheinen die drei Bände „Kristin Lavranstochter“ (1920–1923) sowie ihr nicht weniger umfangreicher Roman „Olav Audunssohn“ (1925). Es sind Epen von großer sprachlicher Ausdruckskraft und Intensität, mit grandiosen, geradezu plastischen Natur- und Landschaftsbeschreibungen. Die spannungsreiche Entwicklung der Hauptpersonen, ihre vielfältigen inneren wie äußeren Bedrängnisse und Probleme werden auf eine psychologisch nachvollziehbare Weise entfaltet. Dabei blendet die 1924 von der lutherischen Staatskirche zum Katholizismus konvertierte Autorin das religiöse Leben in seinen Auswirkungen auf Personen und Geschehnisse nicht aus.

Sowohl Kristin Lavranstochter als auch Olav Audunssohn verkörpern das Schicksal von Menschen, die von den Folgen ihrer Eigenmächtigkeit und Sünde immer wieder eingeholt werden und deren Leben auf tragische Weise scheitert, da sie es nicht wirklich wagen, dem an sie ergangenen Ruf Gottes zu folgen. Dass Gott aber „vom Ursprung der Zeiten an bis zum heutigen Tag auf die Menschen wartet“, das wird schließlich nicht nur Olav Audunssohn am Ende seines Lebens bewusst, sondern das könnte als Leitmotiv auch über dem Leben der so eigenwilligen Kristin Lavranstochter stehen.

Der Zweite Weltkrieg brachte für Undset große Erschütterungen und schweres Leid mit sich. Als im Frühjahr 1940 deutsche Truppen das neutrale Norwegen besetzen und sich schon bald ihrem Wohnort Lillehammer bedrohlich nähern, drängen die Lokalbehörden die Schriftstellerin zur Flucht. Und auch Undset selbst muss sich eingestehen, dass sie, eine erklärte, kompromisslose Gegnerin des Nationalsozialismus, dessen Rassenwahn sie schon früh geißelte, von den Eindringlingen nichts Gutes zu erwarten hat. Überstürzt und nur mit dem Notwendigsten versehen, tritt sie die mühselige Flucht nach Schweden über verschneites und vereistes Gebirge an. Als sie endlich Schweden erreicht hat, muss sie erfahren, dass ihr ältester Sohn Anders als norwegischer Soldat im Kampf gegen die Deutschen gefallen ist.



Schuf Epen von großer sprachlicher Ausdruckskraft mit Stoffen aus dem norwegischen Leben des Mittelalters: Sigrid Undset

Bild: Archiv

Wenige Monate später macht sich Undset gemeinsam mit ihrem Sohn Hans auf den Weg in die Vereinigten Staaten, die ihr Asyl angeboten haben. Mutter und Sohn fliegen zunächst nach Moskau, von wo aus sie mit der Transsibirischen Eisenbahn nach Wladiwostok weiterreisen. Anschließend geht es mit dem Schiff nach Japan und von dort aus – ebenfalls per Schiff – nach San Francisco. In New York lässt sich Undset dann für die nächsten fünf Jahre nieder. In Ansprachen und Artikeln setzt sie ihren antifaschistischen Kampf gegen Nazideutschland fort. Und wenngleich sie dem deutschen Volk gegenüber kritisch eingestellt war und blieb, so fand sie doch in ihrem 1942 erschienenen Buch „Wieder in die Zukunft“ im Hinblick auf die Nachkriegszeit die programmatischen Worte: „Gott verhüte, dass wir den Deutschen unsere Hilfe versagen, mit der sie sich wieder aufraffen können aus dem moralischen und wirtschaftlichen Elend, in das sie bereits hineingeraten sind und das sie ganz zu verschlingen droht, wenn sie diesen Krieg verlieren.“

Im August 1945 konnte Undset endlich in ihr geliebtes Heimatland zurückkehren. Kaum vier Jahre später, am 10. Juni 1949, starb sie nach einer schweren Nierenerkrankung. Eine große Enttäuschung war für sie das Ausmaß norwegischer Kollaboration mit dem Feind. Sie musste erkennen, dass auch Norwegen „seine Folterknechte, Kriegsspekulanten und Lakaien der Nationalsozialisten“ gehabt hatte.

Matthias Hilbert

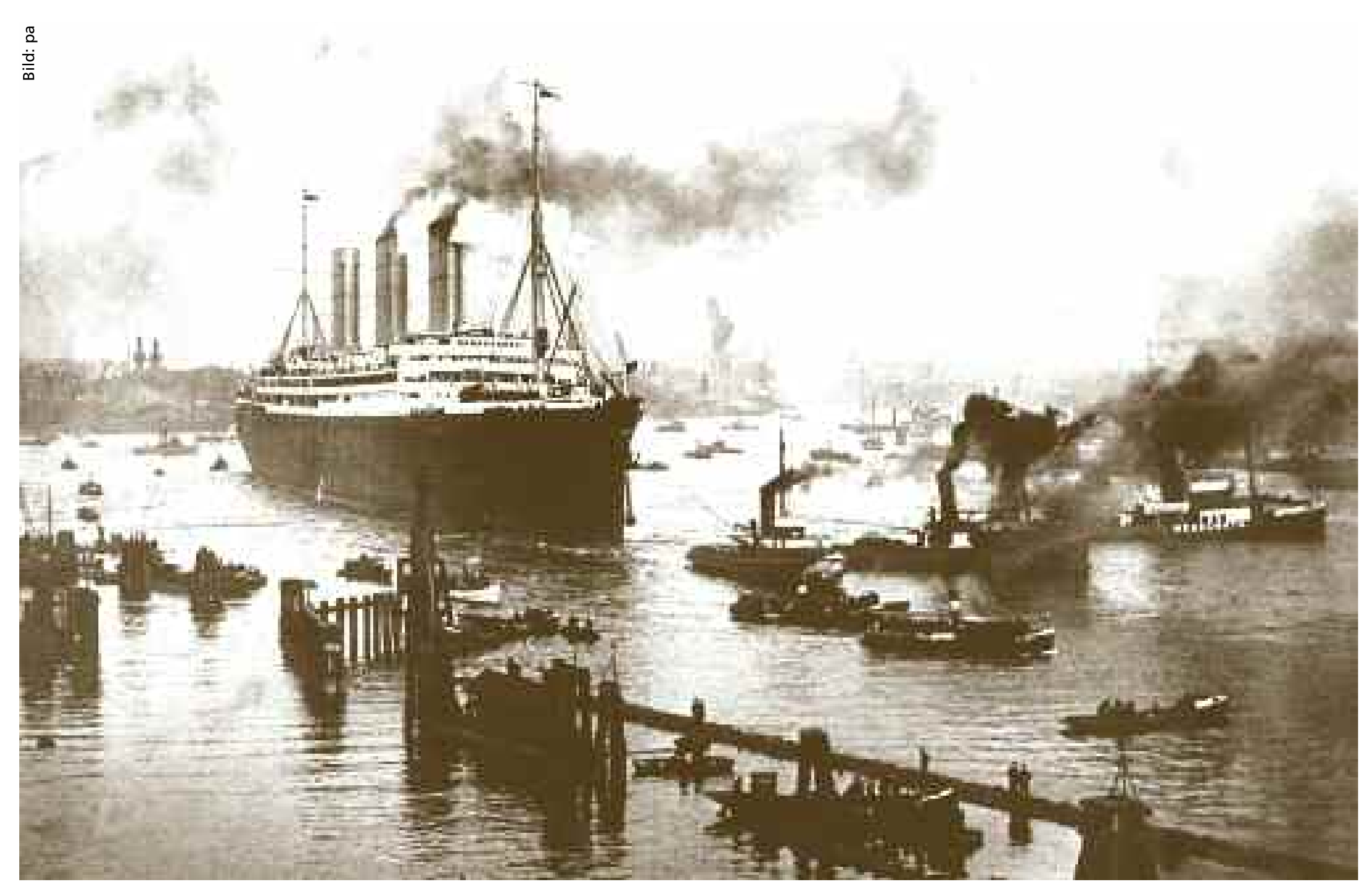
Länger, breiter, luxuriöser

Im friedlichen deutsch-britischen Vorkriegs-Wettkampf der Reedereien setzte der »Imperator« neue Maßstäbe

Zahlreiche Gäste versammelten sich vor 100 Jahren, um den Stapellauf des damals größten Passagierschiffs der Welt zu verfolgen: Der „Imperator“, das neue Flaggschiff der Hamburger Reederei Hapag, glitt von der Helling der Vulcan-Werft in die Elbe, persönlich getauft von Kaiser Wilhelm II.

Anfang des 20. Jahrhunderts war ein wilder Wettstreit nicht nur um die militärische Seeherrschaft, sondern auch im Linienverkehr der großen Reedereien der Welt im Gange. Der Norddeutsche Lloyd hatte seine beliebten schnellen Vier-Schornstein-Dampfer auf der Nordamerikaroute in Fahrt, zur englischen Cunard-Line gehörte mit der „Mauretania“ als Trägerin des „Blauen Bandes“ seit 1907 das schnellste Schiff überhaupt, und die White Star Line setzte mit der Planung für ihre riesigen luxuriösen 45000-Tonner „Titanic“ und „Olympic“ neue Maßstäbe. Nur die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (Hapag) fuhr mit einer bunt gemischten Flotte aus unterschiedlichen mittelgroßen Dampfern der Konkurrenz immer mehr hinterher. Deren Reederei-Chef Albert Ballin vergab dann 1909 den Auftrag für den Bau des ersten von drei gigantischen Schiffen mit mehr als 50000 Tonnen an die Hamburger Vulcan-Werft – für den Riesendampfer „Imperator“, so benannt zu Ehren des Deutschen Kaisers.

Bild: pa



Ausfahrt aus dem Hamburger Hafen: Der Hapag-Dampfer „Imperator“ im Jahre seiner Indienststellung 1913

Es war Neuland für deutsche Werften, da es Berechnungen für Schiffe dieser Größe hier noch nicht gab. Mit einer Länge von 280,30 Meter einschließlich der Galionsfigur in Form eines bronzenen Adlers, einer Breite von fast 30 Metern und einer Tonnage von 52117 Bruttoregistertonnen (BRT) wurden die Abmessungen aller bisher gebauten Schiffe übertroffen. Ein Riesendampfer, geschaffen für 4175 Passagiere und 1100 Besatzungsmitglieder, der schon in der Bauphase für großes Aufsehen sorgte. Nach dem Untergang der Titanic im April 1912 wurde die Anzahl der Rettungsboote noch kurz vor dem Stapellauf erhöht, es gab insgesamt 83 Boote, darunter zwei Motorboote, stationiert auf dem Bootsdeck, dem Promenadendeck und dem Vordeck.

Zum Stapellauf am 23. Mai 1912 war ganz Hamburg in gespannter Erwartung. Der Kaiser selbst sollte die Taufe vornehmen, der Schulunterricht fiel an diesem Donnerstag aus. Es gab verschiedene Tribünen für geladene Gäste, aber auch die Möglichkeit, das Spektakel vom Köhlbrand-Deich aus zu beobachten. Der Hamburger Bürgermeister Johann Heinrich Burchard hielt die Taufrede, und der Kaiser ließ von einer hoch errichteten Tauftribüne mit den Worten „Ich taufe Dich ‚Imperator‘“ die traditionelle Sektflasche am Bug zerschellen.

Das riesige Schiff stand im In- und Ausland im Mittelpunkt des Interesses, denn es war der Hapag gelungen, mit der Innenausstattung alles bislang dagewesene zu übertreffen. Das Ritz-Carlton-Restaurant, in dem man unabhängig von der gebuchten Bordverpflegung à la carte essen konnte, war außerordentlich beliebt, ging es hier doch auch darum, sich bewusst abzugrenzen. Dafür konnten die Gäste mit großem Auftritt – sehen und gesehen werden – die Treppe emporschreiten, zwischen Palmen und Hortensien im Wintergarten andere Reisende begrüßen und je nach Stimmung im Restaurant in großer Runde oder diskret in einer Nische dinieren. Aufgrund der bühnenartigen Verbindung mit dem Wintergarten mit massiven, schmiedeeisernen Geländern entstand eine Komposition in Mahagoni und Gold.

Der Wintergarten war riesig, und durch die landschaftliche Illusionsmalerei erinnerte nichts mehr an den Bordaufenthalt auf einem Schiff, zumal die großen Fenster zehn Decks über dem Wasserniveau nur noch den Ausblick auf den unendlichen Horizont boten. Außerdem gab es ein Schwimmbad im pompejischen Stil und einen Rauchsalon, der an eine bayrische Jagdhütte erinnerte. Auch wenn die Hapag oft für die pompöse Ausstaffierung kritisiert wurde, entsprach diese doch dem Zeitgeist und so dem damaligen Geschmack der Passagiere.

> Der »Imperator« galt bis 1914 als das größte Schiff der Welt

Allerdings hatten die aufwendigen Innenausbauten auch Auswirkungen auf die Stabilität des Schiffes, und am Ende der ersten Saison kam der „Imperator“ zur Überholung in die Vulcan-Werft. Die Schornsteine wurden gekürzt; der Grillraum auf dem Promenadendeck wurde in ein offenes Verandacafé umgewandelt, außerdem wurde die schwere Wandverkleidung im Ritz-Carlton-Restaurant durch eine leichte feuerfeste Verschalung ersetzt. Auf der ersten Reise nach dem Umbau stellte der „Imperator“ gleich seine Seefestigkeit unter Beweis, als in einem schweren Sturm der Adler am Bug zerstört und vier Rettungsboote losgerissen wurden, das Schiff selbst jedoch problemlos seine Reise fortsetzte.

Im Juli 1914 fuhr der Riesendampfer das letzte Mal unter deutscher Flagge über den Nordatlantik. Der Erste Weltkrieg brachte für die deutschen Reedereien das Ende einer prunkvollen Ära auf hoher See. Der „Imperator“ wurde in Hamburg aufgelegt und lediglich zu Ausbildungszwecken genutzt.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges mussten fast alle deutschen Schiffe gemäß den Bedingungen des Versailler Vertrages an die Siegermächte übergeben werden. Der „Imperator“ wurde der US Navy als Truppentransporter zugesprochen und später an Großbritannien abgegeben. Bei der Cunard-Reederei wurde das Schiff in „Berengaria“ umbenannt und nach ausgiebigen Umbauarbeiten wieder im Nordatlantikdienst eingesetzt, darunter viele Jahre unter dem Kommando von Kapitän Arthur Ronstron, der 1912 mit seinem kleinen Dampfer „Carpathia“ die Überlebenden der „Titanic“-Katastrophe gerettet hatte. Die Passagierzahlen auf der Transatlantikroute gingen in den 30er Jahren generell stark zurück, zuletzt wurde das Schiff auch für Kreuzfahrten zu den Bermudas und in das Karibische Meer eingesetzt. 1938 wurde die „Berengaria“ bei einem Brand im New Yorker Hafen stark beschädigt. Das Schiff war inzwischen in die Jahre gekommen, die notwendigen Sanierungs- und Umbauarbeiten lohnten sich für die Reederei nicht mehr, und so wurde es an eine englische Abwrackwerft verkauft. Kriegsbedingt zogen sich die letzten Abwrackarbeiten bis nach dem Zweiten Weltkrieg hin. Der „Imperator“, einst der Stolz der deutschen Passagierschifffahrt, hatte endgültig aufgehört zu existieren.

Britta Heitmann

Wie es zu Italiens Anlehnung an den Zweibund kam

Vor 130 Jahren schloss das Königreich den Dreibundvertrag mit dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn

Zehn Jahre vor dem Deutschen Reich war 1861 das Königreich Italien gegründet worden. Die italienische Einigung war gegen den militärischen Widerstand Österreichs erfolgt, das aus dem Wiener Kongress von 1814/15 als Vormacht (Nord-)Italiens hervorgegangen war. Und sie war unterstützt worden vom Kaiserreich Napoleons III., der in klassischer französischer Außenpolitik dadurch die damalige Führungsmacht Deutschlands schwächen wollte. Allerdings hatten im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 auch die Beziehungen des jungen italienischen Nationalstaates zum französischen Nachbarn gelitten, hatte er doch Frankreichs kriegsbedingte Phase der Schwäche ausgenutzt, um den unter Napoleons Schutz stehenden Kirchenstaat des Papstes zu annektieren.

Vor diesem Hintergrund schien der ebenfalls noch junge deutsche Nationalstaat Italiens idealer Verbündeter zu sein. Es gab keine Grenzkonflikte, das Herrscherhaus des Reiches war protestantisch, also nicht unbedingt papstfreundlich, und wie die italienische war auch die deutsche Einigung gegen österreichischen Widerstand gelungen. Das junge Königreich schlug deshalb dem jungen Kaiserreich vor, das Habsburgerreich wie weiland im Deutschen Krieg von 1866 erneut in die Zange zu nehmen. Dann sollte das Deutsche Reich die deutschen Teile Österreichs übernehmen und Italien wollte die vermeintlich italienischen sogenannten unerlösten Gebiete (terre irredente) annektieren.

Die Zeiten hatten sich jedoch geändert. Der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck hielt das Reich für saturiert und an einer weiteren Schwächung Österreichs war er aus Gründen der Austarierung Russlands nicht interessiert, zumal das Habsburgerreich sich mit der preußisch-kleindeutschen Lösung der deutschen Frage arrangiert zu haben schien. 1879 schlossen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn den Zweibund. Das Deutsche Reich war für Italien nur im Doppelpack mit Österreich als Verbündeter zu haben. Noch aber glaubte Italien, notfalls auch ohne Verbündete auskommen zu können.

Das änderte sich 1881. Unter dem Vorwand, Nomadeneinfälle bekämpfen zu müssen, marschierten französische Truppen im Frühjahr von Algerien aus in Tunesien ein, und Frankreich machte das Land zu seinem Protektorat. Dieses wurde in Italien als „tunesische Ohrfeige“ (schiaffo di tunisi) empfunden, hatte doch Tunis eine beachtliche italienische Kolonie und der verspätete Nationalstaat selber Interesse an der ihm gegenüberliegenden Mittelmeerküste.

> Italien wünschte Unterstützung gegen Frankreich und den Papst

Wenige Monate später erlitt Italien einen schweren Imageschaden. Der Leichenzug Papst Pius IX. wurde auf seinem Weg vom Vatikan nach San Lorenzo im Zentrum der italienischen Hauptstadt Rom von Demonstranten überfallen. Die italienische Polizei zeigte sich überfordert, und der päpstlichen Partei gelang es, international den Eindruck zu erwecken, die Staatsmacht habe klammheimlich mit den Demonstranten sympathisiert und der italienische Nationalstaat würde dem Papst noch nicht einmal im Tode seine Ruhe gönnen.

International isoliert und mit dem französischen Imperialismus konfrontiert, suchte Italien nun das Bündnis mit dem Zweibund. Von diesem wünschte es Beistand gegen Frankreich und eine Garantie seiner Grenzen.

Beiden Wünschen standen die Zweibundstaaten skeptisch gegenüber. Bismarck wollte nicht durch Italien in Händel mit Frankreich hineingezogen werden, zumal er seit der Krieg-in-Sicht-Krise von 1875 wusste, dass die Staatengemeinschaft nach dem Deutsch-Französischen Krieg eine weitere Schwächung Frankreichs zum Nutzen Deutschlands nicht widerstandslos hinnehmen würde. Die katholischen Habsburger wiederum hatten Probleme, Italien seine Grenzen zu garantieren, bedeutete das doch, dass Österreich den italienischen Nationalstaat auch gegen Versuche des Papstes oder anderer katholischer Mächte, die Annexion des Kirchenstaates zu revidieren, hätte unterstützen müssen.

Überhaupt war der Zweibund im Allgemeinen und Bismarck im Besonderen ungleich weniger an einem Bündnis interessiert als Italien. Er hielt das politische System in dem französisch geprägten Königreich für labil, das Land deshalb als Bündnispartner für unzuverlässig und dessen Streitkräfte für ziemlich unbedeutend. Aus diesen Gründen wünschte er eine Mischung aus Heiliger Allianz und Neutralitätspakt. Durch Eingriffe in die inneren Angelegenheiten der Vertragsstaaten sollte die Monarchie gegenüber republikanischen Tendenzen nach französischem Vorbild gestützt werden. Und da der militärische Wert Italiens gering eingeschätzt wurde, wurde auf dessen Unterstützung kein gesteigerter Wert gelegt. Es genügte, wenn Italien sich im Kriegsfall nur neutral verhielt und sich nicht auf die Seite der Feinde des Zweibundes schlug, um die „unerlösten Gebiete“ zu erhalten (was es im Ersten Weltkrieg dann ja tatsächlich tun sollte).

> Der Zweibund wünschte Mischung aus Heiliger Allianz und Neutralitätspakt

Eine mögliche Einmischung Österreichs in seine inneren Angelegenheiten versuchte der souveräne und konstitutionelle italienische Nationalstaat auf jeden Fall zu verhindern. Und ein Neutralitätspakt wurde als mit der nationalen Ehre (dignità nazionale) unvereinbar abgelehnt. Denn dadurch würde der Eindruck entstehen, so die Italiener, sie würden sich weigern, „irgendein Kriegsrisiko zu laufen; und das wäre ein schwerer, irreparabler moralischer Schaden für eine Nation, die noch nicht von der Aura militärischen Ruhms umgeben ist, der die nationale Würde unantastbar macht“.

Der am 20. Mai 1892 in Wien abgeschlossene italienisch-deutsch-österreichische Dreibundvertrag, in dem sich die vertragschließenden Parteien Frieden und Freundschaft versprechen, war ein Kompromiss.

Der vom Zweibund gewünschte innen- und außenpolitisch konservative Charakter des Geheimbundes prägt die Präambel. Dort bekennen sich die drei Staaten zu dem Ziel, „das monarchische Prinzip zu befestigen“ sowie den inner- und außerstaatlichen Status quo zu verteidigen. Ganz im Sinne des Zweibundes sind auch die Artikel I und IV, in denen sich die Partner Frieden und Freundschaft sowie zumindest wohlwollende Neutralität im Falle eines Krieges mit einer anderen Großmacht versprechen.

Hingegen nicht nur auf wohlwollende Neutralität, sondern auf Deutschlands und Österreichs „Hilfe und Beistand“ „mit allen ihren Kräften“ durften die Italiener im Kriege mit Frankreich hoffen, sofern denn – und das war wieder ein Zugeständnis an das friedliebende Reich – „Italien ohne unmittelbare Herausforderung“ angegriffen wurde. Eine analoge Verpflichtung ging Italien gegenüber dem Deutschen Reich ein.

Österreich gegenüber ging Italien jedoch keine analoge Verpflichtung ein. Nun könnte man sagen, Österreich hatte ja keine Grenze mit Frankreich. Aber Italien hätte sich ja beispielsweise verpflichten können, Österreich im Falle eines unprovozierten russischen Angriffs zu unterstützen. Aber das war unnötig. Wurde Österreich ohne Schuld mit Russland alleine in einen Krieg verwickelt, genügte die italienische Neutralität gemäß Artikel IV, denn in dem Fall würde die Unterstützung des Zweibundpartners ausreichen. Sollte Russland jedoch von Frankreich unterstützt werden, griff der Artikel III, demzufolge bei einem unprovozierten Angriff von mehr als einer Großmacht der Bündnisfall gegeben und damit Italien zur Unterstützung des Zweibundes verpflichtet war.

Dem Dreibundvertrag wurde die sogenannte Mancini-Deklaration angehängt. Diese Erklärung, dass sich der Vertrag „in keinem Falle gegen England richte“, geschah auf Wunsch Italiens, das wegen seiner langen Küste die Feindschaft der englischen Seemacht fürchtete, und stieß auf keinen Widerstand bei den Zweibundmächten, die mit Großbritannien das Interesse am Fortbestand des Gleichgewichts verband. Der Dreibund wurde für fünf Jahre abgeschlossen und immer wieder verlängert – bis er bei seiner ersten Bewährungsprobe, dem Ersten Weltkrieg, zerbrach.

Manuel Ruoff

Wat de Buer nich kennt, dat fret he nich

Friedrich der Große hatte es nicht leicht mit der Einführung der Kartoffel in seinem Land

„Ich will, dass jeder Bauer sonntags ein Huhn im Topf hat", soll der französische König Henri IV. (1553–1610) gesagt haben. Ob es gelang, bleibt zweifelhaft. Friedrich war bescheidener und hatte mehr Erfolg. Er legte seinen Untertanen auf den Teller, was bald bei keiner Mittagsmahlzeit in Preußen und später in vielen Ländern Europas fehlen durfte: die Kartoffel.

Hungersnöte waren in Preußen einschließlich Schlesiens eine schlimme Plage. Dürre und Unwetter vernichteten die Getreideernten, Kriege verwüsteten die Felder der Landwirte. Tausende Menschen starben an Unterernährung, als ob die Schlachten nicht schon genug Opfer gefordert hätten.

Bald nach Friedrichs Thronbesteigung suchte eine schreckliche Hungersnot Pommern heim. Der in Kolberg geborene Seefahrer und Bierbrauer Joachim Nettelbeck berichtet in seiner Autobiografie über die katastrophale Versorgungslage in seiner Stadt: „Ich mochte wohl ein Bürschchen von fünf oder sechs Jahren sein und noch in meinem ersten Höschen stecken, als es hier bei uns im Lande und weit umher eine so schrecklich knappe und teure Zeit gab, dass viele Menschen vor Hunger starben ... Es kamen von landeinwärts her viele arme Leute nach Colberg, die ihre kleinen hungrigen Würmer auf Schiebkarren mit sich brachten ..., weil man Getreideschiffe in unserem Hafen erwartete ... Alle Straßen bei uns lagen voll von diesen unglücklichen ausgehungerten Menschen."

Schon Friedrich Wilhelm I. hatte in seinem Lustgarten Kartoffeln angepflanzt, vermutlich wegen der exotischen Blüten, die als sehr kostbar galten. Sein Sohn Friedrich hörte von dem hohen Nährwert der Kartoffel und der Robustheit der Pflanze. Die von den Inkas kultivierten Stauden gediehen auch auf schlechten, sandigen Böden, und davon gab es in seinen Provinzen genug. Zudem konnten sie die Frauen allein pflanzen und ernten und waren nicht auf die Arbeitskraft ihrer Männer angewiesen – ein Vorteil für den König, denn er brauchte immer Soldaten für seine Kriege.

Es erwies sich allerdings als schwierig, die Bevölkerung von dem Nutzen der „Tartoffel" zu überzeugen. Friedrich startete das, was man heute einen Werbefeldzug nennt. Joachim Nettelbeck berichtet, wie im Jahr 1744 zur großen Verwunderung der Kolberger ein Frachtwagen voller braunschrumpeliger Früchte auf dem Marktplatz ankam. „Durch Trommelschlag in der Stadt und in den Vorstädten erging die Bekanntmachung, dass jeder Gartenbesitzer sich zu einer bestimmten Stunde vor dem Rathaus einzufinden habe, indem des Königs Majestät ihnen eine besondere Wohltat zugedacht habe ... Die Herren vom Rahte zeigten nunmehr der versammelten Menge die neue Frucht vor, die hier noch nie ein menschliches Auge erblickt hatte. Daneben ward eine umständliche Anweisung verlesen, wie diese Kartoffeln gepflanzt und bewirtschaftet desgleichen wie sie gekocht und zubereitet werden sollten."



Bild: Archiv

Auf Inspektionsreisen begutachtete der Alte Fritz den Kartoffelanbau: Robert Warthmüllers „Der König überall"

Nettelbeck kritisiert in seinem Buch – ein Bestseller der damaligen Zeit –, dass den Bürgern Anbau und Zubereitung der Kartoffel völlig unzureichend erklärt worden seien, und er behielt Recht. Die königliche Kampagne verlief im Sande. Die Menschen leckten an den Kartoffeln, bissen hinein und befanden sie für ungenießbar. Friedrich sah sich gezwungen, ein Gesetz zum Anbau der Kartoffel zu erlassen. Die Bauern sollten zehn Prozent ihrer Ackerfläche mit Kartoffeln bepflanzen. Der Erlass wurde kaum befolgt. Zum schlechten Ruf der Kartoffel, ungenießbar zu sein, kamen noch Meldungen, dass sich Bauern an ihr vergiftet hätten. Statt der Knollen hatten die Unwissenden die Beeren des Nachtschattengewächses gegessen, die das starke Gift Solanin enthalten.

Im März 1756 befahl der König den preußischen Beamten in einer „Circular-Ordre", „seinen Unterthanen den Nutzen von Anpflantzung dieses Erd-Gewächses begreiflich zu machen und denselben anzurathen, dass sie noch dieses Früh-Jahr die Pflantzung der Tartoffeln als eine sehr nahrhafte Speise zu unternehmen ... Übrigens müßt ihr es beym bloßen Bekanntwerden der Instruction nicht bewenden, sondern durch die Land-Dragoner und andere Creißbediente Anfang May revidieren lassen, ob auch Fleiß bey der Anpflantzung gebraucht worden, wie Ihr denn auch selbst bey Euren Bereysungen untersuchen müsset, ob man sich deren Anpflantzung angelegen seyn lasse."

Weil er der Überzeugungskraft seiner Beamten nicht traute, legte der Alte Fritz in der Nähe von Berlin eigene Felder mit Kartoffeln an und ließ sie von seinem Soldaten scharf bewachen, um den Wert der Pflanzen zu dokumentieren. Bei Inspektionsreisen verzehrte er in Dorfgasthäusern mit offensichtlich größtem Genuss Erdäpfel zu seinem geliebten, scharf gewürzten Kalbsbraten. Karikaturisten machten sich lustig über die Leidenschaft des Königs für die „Tartoffel" und verpassten seinem Porträt in den Gazetten eine dicke Kartoffelnase.

Trotz all seiner Bemühungen dauerte es Jahrzehnte, bis die Kartoffel als Grundnahrungsmittel akzeptiert wurde. Getreide-Missernten in den Jahren 1770 bis 1777 überzeugten schließlich auch die dickköpfigen pommerschen Bauern von ihrem Nutzen. Chronist Nettelbeck schreibt, dass er erst 1785, also 30 Jahre nach dem Kartoffel-Erlass, zu seiner „angenehmen Verwunderung bei Stargard die ersten Kartoffeln auf freiem Felde ausgesetzt gefunden habe".

Das Sprichwort „Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln" für widersprüchliche Anordnungen stammt übrigens auch aus der Zeit des Alten Fritz. Einige Kommandeure verboten ihren Soldaten, Kartoffelfelder zu betreten, andere wiederum erlaubten es.

Gisela Groth

Alexandra: Unvergessener Star und Mythos

Vor 70 Jahren in Heydekrug geboren – Die Memelländerin bekannte sich zu ihrer ostpreußischen Heimat

Der Mythos „Alexandra" lebt. Das beweist nicht nur die Tatsache, dass die Platten der 1969 mit nur 27 Jahren bei einem Autounfall verstorbenen Sängerin auch heute noch Absatz finden, sondern auch, dass in Berlin ein Musical über das Leben des Stars aufgeführt wurde. Im Oktober 2011 fand im Berliner Schlosspark-Theater die Uraufführung statt. Pop-Sängerin Jasmin Wagner, in den 90er Jahren als „Blümchen" bekannt geworden, schlüpft darin in die Rolle Alexandras. Kein Geringerer als Michael Kunze, Deutschlands produktivster Musical-Autor, hatte das musikalische Theaterstück geschrieben. Zwar mit einigen Spekulationen über die Hintergründe des mysteriösen Todes der Künstlerin, aber immerhin. Alexandras Sohn Alexander Nefedov hatte das Stück begutachtet und trotz einiger Kritikpunkte sein Einverständnis zu der Geschichte gegeben.

> Höhepunkt der Ehrungen: Tafel am Geburtshaus

Alexandra erblickte am 19. Mai vor 70 Jahren als Doris Treitz im memelländischen Heydekrug das Licht der Welt. Von ihrer Heimat hat sie nicht viel mitbekommen, denn 1944 musste Mutter Wally Treitz mit ihren drei Töchtern vor den anrückenden Russen fliehen. Vater August war zum Volkssturm eingezogen worden. Ihre ebenso energische wie temperamentvolle Mutter sorgte dafür, dass ihr Nesthäkchen Doris trotz vieler Schwierigkeiten in der Nachkriegszeit eine Musik- und Schauspielausbildung erhielt. Die Mutter war es auch, die mit Erzählungen, denen die Kinder gebannt lauschten, die Erinnerung an die Heimat wach hielt. Gegenüber dem *Ostpreußenblatt* äußerte Alexandra einmal mit Stolz: „Ich bin Memelländerin."

Von Zigeunern, die mit ihren Tanzbären ins Memelland kamen, erzählte die Mutter. „Zigeunerjunge" war deshalb eines von Alexandras Lieblingsliedern. Ob man ihr heute noch ein Lied mit solch politisch unkorrektem Titel durchgehen ließe? Interessant wäre es gewesen, zu erfahren, was aus Alexandras vielseitigem Talent – sie spielte mehrere Instrumente, komponierte, textete und schauspielerte – geworden wäre. Hatte es ihr anfangs gefallen, auf der damals populären „Russenwelle" zu schwimmen, wollte sie nach zwei Jahren, in denen sie von Termin zu Termin gehetzt war und singen musste, was im Vertrag stand, etwas anderes. Talentiert, ehrgeizig und fleißig, wie sie war, und mit der Fähigkeit, sich durchzusetzen, hätte ihr eine Karriere als Liedermacherin und Schauspielerin gelingen können. Den Grundstein hatte sie am 31. Juli 1969, ihrem Todestag bereits gelegt: Sie unterzeichnete einen Fünfjahresvertrag mit der Phonogramm in Hamburg und plante ihre Rückkehr von München in die Hansestadt. Sie wollte Chansons singen, mit eigenen Texten und Kompositionen. „Zu schwermütig, unverkäuflich", urteilte ihr Management. Der Begriff „Liedermacher" wurde erst ein paar Jahre später erfunden, Jahre, die ihr nicht mehr blieben.



Dunkler Typ, melancholisches Timbre: Schlagersängerin Alexandra — Bild: Archiv

Nicht zuletzt durch den Einsatz des seit 2003 bestehenden „Alexandra-Freunde-Vereins" wird das Gedenken an das Ausnahme-Talent wachgehalten. So konnten Vereinsmitglieder Städte und Orte, die mit Alexandras Schicksal verbunden sind, dazu bewegen, etwas zum Gedenken an die Sängerin zu tun: Die Gemeinde Tellingstedt in Schlewig-Holstein, wo die recht ungeübte Autofahrerin Alexandra an einer berüchtigten Todeskreuzung verunglückte, stimmte zu, am 31. Juli 2006, dem 37. Todestag, an der Unfallstelle einen Gedenkstein aufzustellen. 2007 benannte die Freie und Hansestadt Hamburg am 65. Geburtstag einen kleinen Weg in der Nähe des Wohnhauses in der Arbeitersiedlung Rothenburgsort, in dem Alexandra vor ihrem Durchbruch gewohnt hatte, in „Alexandra-Stieg" um. Zur Einweihung waren neben Vertretern der Politik und Fans auch der damalige litauische Botschafter Evaldas Ignatavicius gekommen. Zum 67. Geburtstag benannte die Stadt Kiel einen kleinen Platz in „Alexandra-Platz" um, auf dem später die Alexandra-Freunde einen Baum pflanzen ließen und eine Parkbank mit Widmungstafel aufstellten. Im Knooper Weg 163, ganz in der Nähe des Alexandra-Platzes, hatte Familie Treitz, nachdem der Vater aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekommen war, eine Bleibe in einer geräumigen Altbauwohnung gefunden.

Als Höhepunkt in der Reihe der Ehrungen kann sicherlich das Anbringen einer Gedenktafel an dem Ort, wo Alexandras Geburtshaus stand, gesehen werden. Evaldas Ignatavicius hatte sein Versprechen von 2007 wahr gemacht und sich für die Einrichtung einer Alexandra-Stube im Museum von Heydekrug eingesetzt. Während des Heydekruger Stadtfestes wurde am 24. September 2011 dann die Gedenktafel enthüllt.

Neben solchen Ehrungen bleibt Alexandra auch in Hörfunk und Fernsehen präsent. Viele Sender spielen ihre größten Hits „Zigeunerjunge", „Sehnsucht" und „Mein Freund der Baum". Im Fernsehen werden Marc Böttchers Dokumentarfilm „Alexandra – Legende einer Sängerin" und Dunja Stamers Dokumentation in der Reihe „Legenden" des NDR im Spätprogramm oft wiederholt.

Manuela Rosenthal-Kappi

Renaissance eines Ordens

Nach dem verlorenen Vierten Koalitionskrieg und den ihn beendenden Tilsiter Frieden von 1807 stand Preußens König Friedrich Wilhelm III. vor gewaltigen finanziellen Problemen. In Tilsit hatte sich Preußen zu hohen Zahlungen an Frankreich verpflichtet. Als Ende Oktober 1810 im Rahmen der preußischen Säkularisierung aller geistlichen Güter die Ballei Brandenburg des Johanniterordens und die zugehörigen Kommenden aufgelöst wurden, sollte mit den Erträgen aus dessen Eigentum auch der Schuldenberg abgetragen und Paris zufriedengestellt werden. Eine Welle der Empörung ging durchs Land. Es war verständlicherweise vor allem der Adel, der sich nicht damit abfinden wollte, dass ihm eine wichtige Standesvertretung verloren ging. Immer größer wurde der Druck auf Berlin. So groß, dass der König den Orden erneut ins Leben rief, vorerst allerdings nur als Verdienstorden.

Vor 200 Jahren, am 23. Mai 1812, stiftete der Hohenzoller den Königlich Preußischen St. Johanniter-Orden. Das kostete das regierende Haus fast gar nichts, galt aber als Beweis königlicher Gnade und würdigte die Ergebenheit der Ordensritter gegenüber den Kurfürsten. 1852 revidierte Friedrich Wilhelm IV. per Kabinettsordre die Entscheidungen seines Vater insofern, als die Johanniter formell in ihre alten Rechte wiedereingesetzt wurden. Das galt allerdings nicht für ihren einstigen Besitzstand. Prinz Carl von Preußen übernahm das Herrenmeisteramt. Als 1945 die Rote Armee den deutschen Osten besetzte, verlor der Orden rechts und links der Oder alle Wirkungsmöglichkeiten. Er verlegte seine Arbeit in den Westen. Seit 1948 können auch Nichtadlige aufgenommen werden, sofern es denn zwei Bürgen gibt. Knapp 4000 Mitglieder soll der Orden zählen, etwa zwei Drittel adlig und ein Drittel bürgerlich. An der Spitze steht als Herrenmeister mit Oskar Prinz von Preußen einmal mehr ein Hohenzoller. Verwaltet wird der Orden seit 2001 von Berlin-Lichterfelde aus. Die Johanniter betreiben die gleichnamige Unfallhilfe, Krankenhäuser und Altenpflegeheime. *K.C.*

Geschichte der Spekulation

Am Nachmittag des diesjährigen Internationalen Museumstages, am Sonntag, dem 20. Mai, ab 15 Uhr unternimmt Aloys Bödecker im Brandenburg-Preußen Museum, Eichenallee 7a, 16818 Wustrau, einen „Ausflug in die Geschichte der Spekulation". An Hand von vier Beispielen will er in seinem Vortrag zeigen, dass sich seit dem Beginn der modernen Geldwirtschaft in der Renaissance Spekulationskrisen – mit dramatischen Folgen für die Betroffenen – quasi naturgesetzlich immer wieder nach bestimmten Mustern vollziehen. Zur Feier des Tages ist der Eintritt frei und passend zum Monat wird Maibowle gereicht. Wie jeden Sonntag von April bis Oktober ist das Museum auch an diesem von 10 bis 18 Uhr geöffnet. *PAZ*

Konditor und Unternehmer

Tiefgekühlte Torten, Kuchen oder Brötchen von „Coppenrath & Wiese" kennt wohl jeder. Dabei gründete erst 1975 Josef Wiese mit seinem Vetter Aloys Coppenrath das Unternehmen. In Mettingen, Kreis Steinfurt kam der gebürtige Preuße am 21. Mai vor 80 Jahren zur Welt. Und dort starb er auch am 16. September 2009. *M.R.*

Die Wertschätzung Polens teile ich nicht!

Zu: „Gaucks Freiheit“ (Nr. 13)

Gaucks Wertschätzung Polens vermag ich als Deutscher mit Wurzeln in Masuren nicht zu teilen. Polen ist nachweislich der weltweit größte Vernichter deutscher Kultur. Polen geben schamlos große Schöpfungen deutscher Künstler und Bürger als polnische Leistungen aus, sie haben Tausende deutscher Kirchen zerstört oder beraubt, Zehntausende von deutschen Friedhöfen geschändet.

Das Singuläre, bis heute ungesühnte Verbrechen der Polen bleibt jedoch die „ethnische Säuberung“ der deutschen Ostgebiete. Das war und ist nach international gültigen Kriterien Völkermord. Der verjährt nicht und schafft auch keine Rechtsansprüche auf das Eigentum der Ermordeten und Vertriebenen.

Natürlich kommt jetzt das Gegenargument von den Leiden der Polen durch das Hitlerregime. Doch kein Verbrechen findet seine Rechtfertigung durch ein anderes. Man muss zudem wissen, dass schon lange vor Hitler die Deutschen in Polen derart drangsaliert wurden, dass rund eine Million die Heimat verließen. Tausende von Deutschen wurden ermordet: Von der Grausamkeit der Täter zeugen die Fotos von den Opfern des „Bromberger Blutsonntags“.

Vom Wüten der Polen nach dem Krieg spricht zum Beispiel das 2008 entdeckte Massengrab in Marienburg mit den Gebeinen von mehr als 2000 Toten. Die Menschen wurden nackt erschossen, von Polen, nicht von Russen; ihre Kleidung wäre für die Rote Armee uninteressant gewesen.

Der Raub der deutschen Ostgebiete war keine Folge des Hitlerkriegs, sondern dieser nur die von Polen schon lange erwünschte gute Gelegenheit. Bereits meine Großeltern hatten in der Volksabstimmung von 1921 dazu beitragen müssen, die polnische Gier nach deutschem Land abzuwehren. Im Übrigen wäre es nicht nötig gewesen, zur Ansiedlung von 1,5 Millionen Polen aus russischen Gebieten 15 Millionen Deutsche zu verjagen. So bleiben für mich und viele andere die Polen Todfeinde, was Positives auch immer deutsche Politiker über das Volk herbeten. **Adolf Frerk, Geldern**

Nur ein Spielball der Politik

Zu: „Agnes Miegel: Straßen bleiben“ (Nr. 15)

Schon 2011 hatte ich einen Briefwechsel mit dem Oberbürgermeister der Stadt Celle. Doch es war vergeblich. Der Name Agnes Miegel wurde aus dem Straßenverzeichnis genommen. Jetzt las ich den Artikel und schrieb wieder an den Bürgermeister und stellte einen Fragekatalog zusammen; denn ich stellte für das Leben Miegels Doppelentscheidungen fest, zum Beispiel: Wie kommen Experten auf der einen, Schüler auf der anderen Seite zu verschiedenen Ergebnissen?

Die Antwort vom OB Dirk-Ulrich Mende dieses Jahr kam schnell. Er beantwortete die Fragen nicht, sondern berief sich auf den Schluss von 2011:

„Vor gut einem Jahr hat der Rat der Stadt Celle entschieden, die Agnes-Miegel-Straße umzubenennen. In dem Zusammenhang haben wir einen intensiven Schriftverkehr gehabt. Neue Aspekte, die anzumerken wären, sind nicht ersichtlich. Von daher werde ich auf eine weitere Stellungnahme verzichten.“

Nun weiß ich es genau: Agnes Miegel ist nur ein Spielball der Politik gewesen. Meine neue Frage: Wie kann Politik eine über 45 Jahre tote Dichterin diskriminieren, aber eine eigene Entscheidung, die erst ein Jahr alt ist, nicht mehr anrühren?

Elisabeth Krahn, Celle

EUdSSR

Zu: „Hoffen und bangen“ (Nr. 19)

Hans Heckel schreibt in der Schlussbetrachtung seines Aufmachers, dass die wirtschaftlichen, kulturellen und historischen Realitäten über das ideologische Konstrukt der EU siegen werden.

Beim Lesen dieser Zeilen fiel mir ein historischer Vergleich ein: Es gab einmal einen großen Vielvölkerstaat, der nannte sich UdSSR und bestand aus verschiedenen Sowjetrepubliken. Dieser Staat wurde zentralistisch von Moskau gesteuert. Es gab eine gemeinsame Währung, den Rubel. Die Amtssprache war Russisch, und innerhalb des Riesenreiches (also zwischen den einzelnen Sowjetrepubliken) gab es keine Grenzkontrollen. Das Riesenreich schien für die Ewigkeit gemacht ...

Vor 20 Jahren fiel das Gebilde auseinander. Aus den Sowjetrepubliken wurden wieder souveräne Nationalstaaten, mit eigener Währung, eigener Amtssprache und normalen Grenzkontrollen.

Ralf Müller, Dresden

Ist das so gewollt?

Zu: „Geschenk zu Lasten der Kinder“ (Nr. 17)

Wir haben unsere zwei Kinder bekommen, weil wir sie wollten. Es scheint, als wenn diese Generation Kinder bekommt, um an das Geld zu kommen, das ihnen der Staat nachwirft. Es gab noch nie so viele alleinerziehende Mütter wie heute. Haben diese Frauen nur das Kindergeld im Kopf, aber keine Verantwortung? Wir haben früher auf unserer Lohnsteuerkarte Kinderermäßigung eingetragen bekommen, warum geht das heute nicht mehr?

Zum Betreuungsgeld: Ich kenne einige, die heute schon darauf warten. Sie können sich damit ein paar Schachteln Zigaretten, ein paar Kisten Bier und Flaschen Schnaps mehr leisten. An die Kinder, für die es gedacht ist, kommt das Geld nicht. Ist das vom Staat so gewollt? Ich warte nur darauf, dass Angela ab dem fünften Kind die Patenschaft übernimmt.

Gerhard Minuth, Frankfurt/Main



Das deutsche Gefallenen-Ehrenmal aus dem Ersten Weltkrieg im französischen Sedan – Zustand April 2012: Keine deutsche Behörde oder Organisation fühlt sich verantwortlich Bild: S. Becker

Übler Zustand

Zu: „Ehrenmal vor Abriss“ (Nr. 13)

Aufgeschreckt durch Ihren Bericht in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* Nr. 13 über das vom Abriss bedrohte deutsche Ehrenmal in Sedan (Ardennen), habe ich selbst eine Fahrt dorthin unternommen.

Über den bemitleidenswerten Zustand bin auch ich entsetzt. Kindskopfgroße, überall verstreute Gesteinsbrocken zeugen von der Baufälligkeit und der damit einhergehenden Gefährdung für Besucher des Friedhofs St. Charles.

Anbei ein von mir geschossenes Foto, das dieses Trauerspiel dokumentiert. Warum fühlt sich keine deutsche Behörde oder Organisation für das Denkmal verantwortlich? Darf das würdevolle Gedenken an unsere Gefallenen nicht Teil der staatlich geförderten „Erinnerungskultur“ sein?

Sylvie Becker, Bad Homburg

Ich bin enttäuscht

Zu: „Stück für Stück Erinnerung“ (Nr. 19)

Ich bin dem Aufruf gefolgt und habe mit der Stiftung Kontakt aufgenommen. Der dauerhaften Ausstellung habe ich mein handgeschriebenes Tagebuch sowie einige Fotografien von 1945 übergeben. Heute habe ich nun die sehr „kleine Ausstellung“ gesehen sowie die Pressemitteilung gelesen. Ich bin enttäuscht.

Es geht doch um Gerechtigkeit, um das Recht auf Heimat und auf ein auch öffentliches Gedenken, das keinem Volk verweigert werden darf. Und hierzu gehört die historische Wahrheit der Flucht und der Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten, und die Vertreiber waren die Polen und Russen. **I. Pfeiffer, Berlin**

»Piraten«: Auf Befehl der Hafenbehörde ihren eigenen Mann versenkt

Zu: „Zur Person: Kämpfer für Meinungsfreiheit“ (Nr. 16)

Mit dirigistischer Geschichtspolitik – statt unabhängiger Geschichtswissenschaft mit offener Debatte – ist auch der deutsch-polnische Krieg 1939 mit staatlicher Macht als Überfall kanonisiert worden, mithin dem Bereich unbehelligter konträrer Meinungsäußerung entzogen. Das gilt selbst für Politiker der Provinz wie Bodo Thiesen.

In der Sache – Angriff statt krimineller Überfall – hat der Pirat Recht. Für einen Überfallenen fehlt das Element der Ahnungslosigkeit wie auch der Schuldlosigkeit. Polen war mit der Versailler Regelung unzufrieden; es strebte den Besitz von ganz Oberschlesien und Danzig an, teilweise auch noch mehr. Es wollte zweimal zwischen 1919 und 1939 mit Frankreich einen „Präventivkrieg“ gegen Deutschland führen, blitzte aber ab. Nach der britischen Garantie verfügte Warschau erst eine Teilmobilisierung im März 1939 und Ende August die volle Mobilisierung. Die polnische Bevölkerung ergriff größtenteils ein antideutsches Kriegsfieber; zuletzt hat dies Reich-Ranicki in seinen Memoiren bestätigt. Die polnische Armee wurde offensiv aufgestellt, nachzulesen in jedem ausführlichen Werk zur Militärgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Außerdem fürchtete ganz Europa im Sommer 1939: Wenn die Verhandlungen um Danzig und den polnischen Korridor scheitern, dann gibt es Krieg.

Die neudeutsche Überfallthese ignoriert oder bagatellisiert diese Vorgeschichte. Aber allein die zuletzt auch mörderische Verfolgung der deutschen Minderheit durch polnische Chauvinisten hätte keine deutsche Regierung auf Dauer ignorieren können. Heutige westliche Regierungen bleiben auch nicht tatenlos, wenn sie auch nur eine Bedrohung der Bürger oder sogar der Menschenrechte allgemein im Ausland feststellen.

Theisen hat die historische Wahrheit ganz überwiegend auf seiner Seite. Daher vertritt er nicht bloß eine mehr oder weniger beliebige Meinung. Er relativiert auch keine deutsche Schuld, wie Rosenthal-Kappi leider schreibt. Denn in Sachen Kriegsursachen und -ausbruch gibt es, wie eben skizziert, keine deutsche Haupt- oder Alleinschuld. Entscheidend ist ohnehin nicht der erste Schuss, sondern was diesem vorausgegangen ist. Das unheilvolle Konstrukt Freistadt Danzig und polnischer Korridor haben zuerst die Siegermächte des Ersten Weltkrieges zu verantworten und erst dann Polen oder Deutschland, das in Versailles nur Objekt war.

Bleibt die Drangsalierung des Piraten Bodo Thiesen wegen Verstoßes gegen die BRD-Schuldidentität, gegen die offizielle Sprach- und Gedankenregelung. Seine Parteigenossen in der Bundesspitze zeigen sich als brave Kapitäne, welche den verminten Gewässern der Zeitgeschichte ausweichen und vor dem Proteststurm politischer Korrektheit in den Hafen des Konformismus geflohen sind. Wahrscheinlich werden sie auf Befehl der Hafenbehörde auch noch ihren eigenen Mann versenken, mindestens aber degradieren.

Bleiben folgende Erkenntnisse: Die Piraten als Partei sind nicht in der Lage oder willens, der Geschichtspolitik zu Lasten der Nation Paroli zu bieten. Zweitens gibt es unbeschränkte und folgenlose Meinungsfreiheit nur für Vertreter der Staatsraison. Diese Scheinfreiheit gibt es freilich auch in jedem volksfernen autoritären Staat. Ein solcher ist die BRD in Sachen Zeitgeschichte und Identität längst, siehe die Kampagnen um Walser, Hohmann, Sarazzin, jetzt sogar Grass. Ein Ende ist leider nicht in Sicht, denn ein sich schuldig fühlendes Volk lässt sich besser dirigieren, auseinanderdividieren und disziplinieren als eine selbstbewusste Nation.

Rudolf Kreffzick, Hainau

Geplünderte Bürger

Zum Leserbrief: „Die Fragen verdienen reflektiert zu werden“ (Nr. 19)

„Der US-Philosoph Henry David Thoreau hat bekanntlich die Dienstverweigerung aus Gewissensgründen wie auch die Steuerverweigerung als die beiden legitimen Säulen des Widerstands gegen die Staatsgewalt bezeichnet. Sofern eben diese Staatsgewalt auf Unrecht, Ausbeutung und Ausgrenzung beruft. Dies ist in Deutschland wohl grundsätzlich nicht der Fall.“ (Zitat aus dem Brief)

Die begründeten Zweifel an diesem Grundsatz aber mehren sich. Wie kann beispielsweise ein Steuergesetzesdschungel von 33 000 teils widersprüchlichen Paragrafen nebst per ordre de mufti nicht anzuwendenden und verschwundenen (siehe Günter Ederer) höchstrichterlichen Urteilen, die wenige Menschen lesen und noch weniger verstehen können, noch Recht darstellen? Es war und ist zu kritisieren, dass Schweizer Banken geheime Konten von Kriminellen und Diktatoren führen. Was aber ist ein Kontovertrag mit zwielichtigen Gestalten gegen ein Abkommen mit einer Steuerwüste zulasten Dritter, nämlich der dort geplünderten Bürger? **Frank Martin, Basel**

Die Geschichte soll ohne Beteiligung von Zeitzeugen festgeschrieben werden

Zu: „Stück für Stück Erinnerung“ (Nr. 19)

Sie sind damals nach 1945 irgendwann angekommen. In einem Deutschland, welches total zerstört am Boden lag. Kaum Unterkunft, nichts zu essen, Heimat und Besitz verloren. Nur vom Überlebenswillen getrieben. Sie wurden entlaust und in Baracken gesteckt. Willkommen in einer kalten Heimat, wo es nur darum ging, Essen für die Kinder zu bekommen und das Überleben zu sichern.

Diese Flüchtlinge und Vertriebenen waren keine Täter. Sie waren Opfer eines Weltkrieges, auch im Ergebnis der rivalisierenden Ansprüche der Sowjetunion, Deutschlands, Italiens, Englands, der USA und Japans.

Nun hatte sich die im Jahre 2008 gegründete Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ das Ziel gesetzt: „im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachzuhalten.“

Im Deutschlandhaus in Berlin-Kreuzberg sollte eine Dauerausstellung über Flucht und Vertreibung der Deutschen während und nach dem Zweiten Weltkrieg informieren. Das 1930 erbaute Deutschlandhaus wurde im Krieg zerstört und erst 1960 wieder aufgebaut. Der Bund der Vertriebenen hatte hier bis 1999 seine Büroräume, also solange, bis die finanzielle Förderung des Bundes eingestellt wurde.

Nun wurde offiziell bekannt, dass ein österreichisches Architekturbüro der Brüder Marte unter 21 Entwürfen den Wettbewerb für den Umbau des Deutschlandhauses gewonnen hat. Eine viergeschossige Lichtfuge und flexibel bespielbare Ausstellungsflächen passen zu einem zeitgenössischen Museumsumbau, wie die Architekten betonten. Warum allerdings eine Ausschreibung für einen Umbau ganze vier Jahre dauern muss, erschließt sich dem aufmerksamen Beobachter nicht.

Darüber hinaus sind die Vorbereitungen für die Gestaltung des Zentrums „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ von linksgerichteten Kreisen und von polnischer Seite massiv behindert worden. Selbst die Bundesregierung zeigte wenig Interesse und Initiative. Im Gegenteil. So ist es doch wieder ein sehr langer Weg, den die deutschen Vertriebenen zu gehen haben.

Es sieht wirklich so aus: „Bis niemand mehr von uns weiß.“ Die Geschichte soll möglichst ohne Beteiligung von betroffenen Zeitzeugen geschrieben werden. Nur antifaschistische Widerstandskämpfer, verfolgte Juden und polnische Staatsbürger dürfen über ihr Leid berichten, als ob es eine klare Trennungslinie zwischen Gut und Böse, zwischen Tätern und Opfern gegeben hätte.

Schwere Schuld durch brutale Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung haben sowohl die Rote Armee als auch Polen und Tschechen auf sich geladen. An dieser Wahrheit führt kein Weg vorbei.

Bis Ende 2015 soll nun der Umbau des Deutschlandhauses erfolgt sein. Warum dieses alles nun erst 70 Jahre nach dem Kriegsende erfolgen kann, liegt an den Siegern des Krieges, welche Flucht und Vertreibung am besten gar nicht erwähnen wollen.

Es kann nicht sein, dass Deutschland Milliarden Euro in Rettungspakete für Europa steckt, das eigene Volk dafür zur Kasse bittet und die Aufarbeitung der nationalen Geschichte aussitzen möchte.

Wenn einer bitter und zu Unrecht bezahlt hat, dann waren es die Flüchtlinge und Vertriebenen. Sie haben Deutschland wieder aufgebaut und dafür gebührt ihnen der höchste Respekt. „Heimat ist der Ort, an dem man sich nicht zu erklären braucht.“ Mögen daran recht viele teilhaben. Auch die Deutschen, welche in anderen Ländern eine neue Heimat gefunden haben, jedoch die alte in dankbarer Erinnerung in ihrem Herzen tragen. **Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 20 – 19. Mai 2012

MELDUNGEN

Grüne beginnen in Königsberg

Königsberg – Oleg Mitwol, ehemals Präfekt des Nördlichen Verwaltungsbezirks von Moskau und Leiter des staatlichen Amtes zum Schutz der Naturressourcen, hat eine „Allianz der Grünen / Volkspartei“ gegründet. Erstmals zur Wahl stellen will sich die neue Partei bei den Königsberger Regionalwahlen in diesem Herbst. Die russische Staatsduma hatte im März ein Gesetz beschlossen, durch das die formalen Anforderungen für die Zulassung neuer Parteien erheblich gesenkt worden sind. Faktisch bedeutet dies, dass erstmals seit Jahren neue Parteien entstehen können. Mitwols Partei dürfte nach Lage der Dinge bei den Wahlen in der Exklave durchaus Chancen haben – schließlich betreibt die staatliche Rosatom dort den Bau eines großen Kernkraftwerkes, das in der Bevölkerung nicht nur auf Zustimmung stößt. Als Kandidat der neuen Partei für das Königsberger Stadtoberhaupt wird der in der Pregelstadt wirkende Ökologe Wladimir Sliwjak gehandelt.

T.W.W.

Zusammenarbeit mit China

Königsberg – Nikolaj Zukanow, Gouverneur des Königsberger Gebiets, hat während einer Reise nach China ein Abkommen zur Zusammenarbeit mit der chinesischen Region Hainan geschlossen. Die tropische Südprovinz hat sich in den letzten Jahren zu einem Zentrum des chinesischen Binnentourismus entwickelt und will beim Aufbau der touristischen Infrastruktur mit dem Königsberger Gebiet kooperieren. Zukanow lud die chinesischen Luftfahrtgesellschaften dazu ein, Königsberg in ihr Programm aufzunehmen. Von hier aus würden die Passagiere nach Westeuropa weiterfliegen können. Außerdem wolle er „chinesischen Wind“ in die weiter lahmende Wirtschaftsentwicklung des Königsberger Gebietes bringen. Hainans Gouverneur Dschang Dingschi zeigte sich vor allem an Möglichkeiten für Investitionen in die angedachte „Glücksspielzone“ auf der Kurischen Nehrung interessiert.

T.W.W.

Verurteilt wegen Rassenhass

Königsberg – Ein Königsberger Gericht hat einen 27-jährigen Russen wegen Aufstachelung zum Rassenhass zu einer Geldstrafe von 110 000 Rubel (2800 Euro) verurteilt. Der Mann hatte Videos ins Internet gestellt, in denen er vor allem gegen Zentralasiaten und Kaukasier hetzte. Im Königsberger Gebiet ist es in der Vergangenheit wiederholt zu Übergriffen gegen fremdrassige Ausländer gekommen, bei denen mehrere Personen getötet wurden, was zu einer massiven Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte geführt hatte.

T.W.W.

Niemand hatte das Kleinod erkannt

Vermeintlich verschollenes Gemälde im Hauptaltar der Kirche von Ukta entdeckt

Krzysztof Worobiec, Vorsitzender des Vereins zum Schutz der Kulturlandschaft Masurens „Sadyba“, hat entdeckt, dass es sich beim Gemälde im Hauptaltar der Kirche von Ukta um ein verschollen geglaubtes Kunstwerk des frühneuzeitlichen italienischen Malers Girolamo Muziano handelt.

Das 24 Kilometer südöstlich von Sensburg am Kruttinner Fluss liegende masurische Dorf Ukta war bislang vorwiegend durch familiäre Bindungen von Klaus Bednarz bekannt. Vor kurzem machte es unerwartet wegen einer sensationellen Entdeckung Schlagzeilen. Krzysztof Worobiec, Vorsitzender des Vereins zum Schutz der Kulturlandschaft Masurens „Sadyba“, der sich unlängst unter anderem durch seinen persönlichen Einsatz für die Bewahrung der Naturlandschaft Masurens als Sprecher im polnischen Sejm hervorgetan hatte, gelang es festzustellen, von wem das Gemälde im Hauptaltar der Uktaer Kirche stammt. Lange Zeit war man sich in der Öffentlichkeit nicht bewusst, dass die dortige „Beweinung Christi“ ein wertvolles Gemälde des italienischen Malers Girolamo Muziano (1532–1592) ist. Das Kunstwerk von Muziano galt lange als verschollen und war von den Mitarbeitern der Koordinierungsstelle in Magdeburg in die Liste der verschollenen Kulturgüter „Lost Art Datenbank“ eingetragen worden. Worobiec, ein profunder Kenner der ostpreußischen Kulturgeschichte, verglich das ihm sonderbar vorkommende Gemälde während seiner Studienreise durch Italien mit den Werken anderer Meister der italienischen Renaissance, nachdem er die ausführlichen Informationen über die Innenausstattung der Uktaer Kirche gelesen hatte. Aufgrund seiner genauen Betrachtung des Hauptaltars von Ukta kam er zu dem Schluss, dass das in den Kriegswirren verloren geglaubte Bild doch das von Muziano sein müsse. Die Authentizität der „Beweinung“ wurde dann durch entsprechende Untersuchungen von sachkundigen Kunstdenkmalschützern bestätigt. Es handelt sich also um eine Entdeckung in dem Sinne, dass Worobiec das bis dahin eigentlich als wertlos geltende Kunstwerk dem richtigen Schöpfer zuordnen konnte. So kann es nun von der Magdeburger Liste gestrichen werden. Dank dem katholischen Pfarrer Waldemar Sawicki konnte es schnell und fachkundig restauriert werden und erfreut seitdem die Blicke sowohl örtlicher Kirchgänger wie auch anderer Besucher.

> Den Polen interessiert alles, was mit der Kirche zu tun hat



Entdecker und Hausherr mit Kunstwerk: Krzysztof Worobiec (rechts) und der Pfarrer der Kirche von Ukta vor dem Altargemälde „Beweinung Christi“ Bild: Archiv

Doch nicht nur dem Gemälde im Hauptaltar, sondern dem gesamten Gotteshaus und seiner Geschichte gilt Worobiec's Interesse. Er forschte und veröffentlichte sowohl über die Entstehungsgeschichte des Sakralbaus als auch über die Frage, wie das Kunstwerk Muzianos nach Masuren gelangte. Dieser Entdecker ähnelt gewissermaßen Alexander von Humboldt, der durch seine emsige Forschungsarbeit quasi zum zweiten Mal die Insel Kuba entdeckte. In der Lokalpresse stellte Worobiec die Geschichte der Kirche akribisch dar. Dieser Darstellung ist zu entnehmen, dass ihr Bau 1860 beschlossen wurde und kurz darauf der Grundstein gelegt wurde. Der Entwurf stammte von Johann Groß, wahrscheinlich unter Mitwirkung des Architekten Friedrich August Stüler. Die Schirmherrschaft übernahm der damalige Prinzregent und Thronfolger Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen, der spätere Kaiser und König Wilhelm I. Im Jahr 1864 wurde der neogotische Backsteinneubau feierlich eingeweiht. Durch Flucht und Vertreibung sank nach 1945 die Zahl der evangelischen Gemeindemitglieder zusehends. Seit 1981 ist das Haus im Besitz der katholischen Kirche.

In seinem Innenraum fällt eine reiche Ausstattung auf. In der erhaltenen Kirchenchronik ist nachzulesen, dass die Orgel in der Werkstatt des berühmten Orgelbauers Wilhelm Sauer aus Frankfurt an der Oder stammt. Der Unterbau des Altars entstand dagegen in der Tischlerei des königlichen Tischlermeisters C.W. Franke in Berlin. Das Bild selbst, das damals eines der Schaustücke des Königlichen Museums in Berlin war, wurde auf Verordnung König Wilhelms I. in der ostpreußischen Kirche deponiert. Da der Monarch um den Wert der „Beweinung“ wusste, gebot er strengstens, das Werk gebührend zu schützen und zu pflegen. Im gegenteiligen Fall sollte es sofort wieder unter die Obhut des Königlichen Museums zu Berlin kommen. In den Ende des 19. Jahrhunderts herausgegebenen Katalogen der Kunstwerke von West- und Ostpreußen wurde bestätigt, dass es in der Uktaer Pfarrkirche ausgestellt und entsprechend behandelt wird. Später geriet es langsam in Vergessenheit, ein Umstand, der sich im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg als günstig für Muzianos Gemälde erweisen sollte. Denn nicht nur im Zweiten, sondern auch schon im Ersten Weltkrieg besetzten die Russen Ukta. Zwar plünderten sie viele wertvolle Gegenstände im okkupierten Dorf, darunter auch mehrere Kunstwerke, doch ließen sie das Bild im Hauptaltar unversehrt, unterstreicht Worobiec. Vielleicht wird seine Entdeckung den vielen Außenstehenden zu einer ernsten Einsicht in die Verflechtung der masurischen Kulturlandschaft mit der deutschen Vergangenheit verhelfen.

Grzegorz Supady

»Gib mir den salzigen Wind meiner Ostsee«

Der Bundespräsident betonte auf den »Ostseetagen« die besondere Stellung des Königsberger Gebiets

Am 1. Juli wird die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz des Ostseerates an Russland übergeben. Eine der letzten großen Veranstaltungen unter deutscher Leitung waren die „Ostseetage“, zu denen Hunderte Gäste nach Berlin kamen, auch aus Ostpreußen. Ziel der Veranstaltung, zu der Vertreter staatlicher wie privater Organisationen eingeladen waren, war die Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts für die Ostseeregion, mit dem die Zusammenarbeit der nationalen Organisationen koordiniert werden soll. Die Arbeit wurde in vier Abschnitte aufgeteilt: Erwachsenenbildung und Bürgerbeteiligung, Menschenrechte, Jugend und soziale Kontakte, Ökologie. Jeder Teilnehmer sollte seine Ideen und Vorschläge einbringen, um anschließend gemeinsam über sie zu diskutieren.

Am ersten Tag des Forums besuchten die Teilnehmer die Vertretung des Landes Schleswig-Holstein in Berlin, wo man sich Ausschnitte der Sendung „Ostseereport“ anschaute. Die Fernsehreihe des Norddeutschen Rundfunks (NDR) beging ihr 25. Jubiläum. Im Archiv des „Ostseereports“ befinden sich viele Filme über Ostpreußen. Zwei Reportagen, die in den 90er Jahren und in jüngster Vergangenheit gedreht wurden, zeigen, wie sich das Königsberger Gebiet in den vergangenen 20 Jahren sichtbar verändert hat.

Ein Höhepunkt der „Ostseetage“ war der Auftritt von Bundespräsident Joachim Gauck beim Festabend. Der Mecklenburger beleuchtete in seiner kurzen, aber eindrucksvollen Rede einige Seiten der reichen Geschichte des Ostseeraums. Er begann mit dem poetischen Satz aus einem Lied der Chansonsängerin Hildegard Knef „Gib mir den salzigen Wind meiner Ostsee“. Gauck erinnerte an die Trennung der Ostsee wie auch des übrigen Europas durch den Eisernen Vorhang, streifte die reiche Handels- und Kulturgeschichte der Hanse, erinnerte an die tragischen Ereignisse im Zweiten Weltkrieg, beleuchtete die Aufgaben und Perspektiven des Ostseerates und schloss mit Illustrationen aus dem heutigen Leben der Region.

> Vor dem Stabwechsel im Ostseerat lobte Gauck noch einmal das vereinfachte Visaregime

Ein großer Teil seiner Rede war Russland und dem Königsberger Gebiet gewidmet. „Russlands Rolle innerhalb der Ostseekooperation ist eine besondere. Seit Zar Peter dem Großen ist der Ostseeraum für Russland ‚ein Fenster nach Europa‘. Hier ist Russland in Nord- und Westeuropa historisch verwoben. Heute wollen wir die Region gemeinsam zu einem Raum für Frieden und gute Nachbarschaft machen. Für den zwischenmenschlichen Austausch wichtig ist das vereinfachte Visaregime. So können mit dem Schiff ankommende Touristen leichter in russische Ostseehäfen einreisen.“

Das Staatsoberhaupt sagte, dass das Königsberger Gebiet eine besondere Stellung in der Ostseezusammenarbeit einnehme, weil es mit der EU-Erweiterung zu einer Exklave geworden sei. Umso wichtiger sei es, dass Königsberg Standort für eine Reihe gemeinsamer Projekte geworden sei. „Ein Erfolg war zum Beispiel das Euro-Fakultät-Programm zur Ausbildung von Fachkräften in Wirtschaft, Management und Recht.“

Nach der Festansprache erklang klassische Musik von Komponisten aller Ostseeanrainerstaaten. Die Gäste hatten auch die Möglichkeit, sich mit den kulinarischen Spezialitäten der Nachbarn bekannt zu machen.

Der Abend endete mit einem musikalischen Unterhaltungsprogramm und Diskotänzen. Die versammelten Diplomaten, Abgeordneten und Unternehmer tanzten in Abendgarderobe zu den rockigen Rhythmen der russischen Band „Dr. Bajan Sovietabilly“. Hätte die Feier nicht in den Räumen des Auswärtigen Amtes stattgefunden, hätte man meinen können, sich in einer gewöhnlichen Diskothek zu befinden.

Jurij Tschernyschew



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

nun ist es aber Zeit, auf einige der Zuschriften, die auf die verschiedensten Veröffentlichungen in unserer Kolumne erfolgt sind, einzugehen – die zu dem „letzten Zug“ ausgeklammert. Der ist noch lange nicht auf das Abstellgleis geschoben, braucht aber mal Pause. Also da war in Folge 12 die Ankündigung eines „Gedächtnis-Flugtages“ in unserm ehemaligen deutschen Segelflugparadies Rossitten auf der Kurischen Nehrung, der zwischen dem 10. und 12. August unter deutsch-russischer Ägide stattfinden soll, wie uns die Segelfluglehrerin **Rosmarie Zantow** aus Fassberg mitgeteilt hatte. Da hat sich ein Zeitzeuge gemeldet, Herr **Alfred Losch** aus Bochum, der unseren Bericht „Nun fliegen sie wieder am Predin“ noch mit interessanten Ausführungen ergänzt. Er geht vor allem auf den „vorletzten“ Start von **Willy Poschmann** am 18. Januar 1945 ein. Alfred Losch schreibt: „Ich war seit Anfang September 1944 auf der Reichssegelflugschule Rossitten. Die Segelflugausbildung war noch ganz normal. Als Mitte Oktober die Ostfront immer näher rückte, wurde es immer kritischer zu fliegen. Quer über den Flugplatz wurde von der Luftwaffe ein Stacheldrahtverhau gelegt, in allen Gebäuden wurden Sandkisten mit Bomben zur Sprengung aufgestellt. Durch die verkürzte Landebahn ist es zu einer Bruchlandung gekommen. Als der Russe Ende Oktober auf der gegenüberliegenden Haffseite angekommen war, wurde der Flugbetrieb eingestellt. Wir Flugschüler wurden eine Volkssturmeinheit, erhielten Gewehre, Maschinenpistolen, Eierhandgranaten und wurden an Panzerfaust und Panzerschreck ausgebildet. Auf der Düne mussten wir Baumstämme schleppen und einen Maschinengewehr–Unterstand bauen und besetzen. An der Haffseite machten wir tags und nachts Doppelpostengänge. Die Flugzeuge und Schleppwinden waren inzwischen abtransportiert worden. Meines Erachtens war Herr Poschmann nicht mehr in Rossitten. Ich erinnere mich an Herrn **Schulze** als Schulleiter. Anfang Dezember 1944 wurden wir Flugschüler zum Fliegerhorst Brüsterort gebracht. Dort starteten wir mit Schwerpunktfesselung, nicht wie in Rossitten mit Bugfesselung. In Brüsterort war ich bis kurz vor Weihnachten 1944. Dort wurde auch noch im Januar 1945 geschult! Es interessiert mich, wie ist Herr Poschmann noch am 18. Januar 1945 gestartet? Ist dort wirklich noch ein Grunau Baby übrig geblieben?“ Wir haben seine Zuschrift an die Informantin weitergeleitet.

Über den Volksschullehrer **Ferdinand Schulz**, der auf der Kurischen Nehrung den ersten Weltrekord im Dauersegelflug erzielte, konnten wir in Folge 12 nur kurz berichten. Zu dem berühmten Ostpreußen, der leider viel zu früh verstarb, schreibt Frau **Eve-Maria Ludwig** aus Hamburg: „Ferdinand Schulz wurde auf dem Heilsberger Friedhof bestattet, nachdem er am 16. Juni 1929 in Stuhm tödlich verunglückt war. Als er auf Wunsch seiner Mutter nach Heilsberg überführt wurde, soll es eine sehr große Anteilnahme der Bevölkerung gegeben haben, die ein Spalier für den Zug mit seinem Sarg bildete. So berichtete man uns, als meine Eltern mit mir 1934 nach Heilsberg kamen und ich an seinem Grab mit dem großen Gedenkstein stehen konnte, der ein Segelflugzeug im Gleitflug zeigt. In dieser Form ist er heute noch erhalten und wird gepflegt. Ganz in der Nähe steht dort seit kurzer Zeit auch der Gedenkstein für die ehemaligen Bewohner von Heilsberg, die in fremder Erde ihre letzte Ruhe finden mussten. Eine stadtauswärts führende Straße, die zu den heute von den Polen genutzten Kasernen führt, trug damals den Namen Ferdinand Schulz-Straße.“

Manchmal genügt nur ein Name, und schon ist eine Erinnerung da – so erging es auch unserem Landsmann **Heinz Schlagenhauf** aus Lensahn. Ich hatte unser „Ännchen von Tharau“ nur kurz in einer Danksagung für die kürzlich verstorbene Pianistin **Eleonor Reck** erwähnt, die unsere LO-Seminare musikalisch bereichert hatte, und sofort dachte Herr Schlagenhauf an seinen Heimatort Trempen und an die Ännchen-Linde, die sozusagen das „Aushängeschild“ des im damaligen Amtsbezirk Insterburg gelegenen Kirchdorfes gewesen war. Die im natangischen Tharau geborene Pfarrerstochter **Anna Neander**, zu deren Hochzeit mit dem jungen Pfarrer **Johann Portatius** der Königsberger Poet **Simon Dach** sein „Anke van Tharau“ als plattdeutsche Carmina schrieb – sozusagen die Urform des Liedes –, zog nach der Eheschließung nach Trempen, der ersten Pfarrstelle ihrs Mannes. Hier verlebte das junge Paar seine glücklichsten Jahre, die durch den frühen Tod des Mannes in seiner nächsten Pfarrstelle Laukischken beendet wurden. In Trempen pflanzte man ihr zu Ehren die Linde, an die sich Herr Schlagenhauf noch gut erinnert. Als er 1943 eingezogen wurde, war der Baum schon so altersschwach, dass er mit Eisenringen und Beton zusammengehalten werden musste. 1944 soll die Linde durch einen Blitzschlag zerstört worden sein. Genau ein halbes Jahrhundert später wurde von Herrn **Hohmeister** vom Vorstand der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen, der aus einem Nachbarort stammte, und der russischen Bürgermeisterin von Trempen eine neue Linde neben dem Pfarrhaus gepflanzt. Als Herr Schlagenhauf im Jahr 1995 Trempen besuchte, stand dieses junge Bäumchen noch, allerdings leicht beschädigt. Die Kirche, in der er getauft und konfirmiert wurde, ist nicht mehr vorhanden. Und die Linde? Wer kann unserem Landsmann etwas über die neue Ännchen-Linde berichten, er würde sich freuen. (Heinz Schlagenhauf, Langer Acker 32 in 23738 Lensahn/Holstein, Telefon 04363/3310, Telefax 04363/3320.)



Entdeckt: Figur an einem alten Haus in Amalienau Bild: privat

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Wie gesagt: Manchmal genügt ein Name – und für Frau **Roswitha Kulikowski** aus Hemmingen war es der Familienname „**Rüdiger**“, der vor einiger Zeit auf unserer Familienseite auftauchte. Da schrillten bei ihr sofort die Alarmglokken, denn er ist auch in ihrer Familiengeschichte vorhanden, wenn auch oft verschwiegen worden. In jeder Sippe gibt es Geschichten, über die nicht gerne – oder auch überhaupt nicht – gesprochen wird. Es handelt sich dann um das sprichwörtliche „schwarze Schaf“ der Familie, das – wenn weiblichen Geschlechts – zumeist ein „gefallenes Mädchen“ war. Jedenfalls vor über 120 Jahren, denn diese Geschichte spielte sich etwa um die vorletzte Jahrhundertwende ab. „Meine Großmutter **Gertrud Saßnick** geborene Rüdiger, erzählte einmal meiner Schwester im Vertrauen, dass sie eigentlich eine Schwester habe“, so berichtet Frau Kulikowski. „Und diese Schwester sei mit einem Schauspieler durchgebrannt. Großmutter war der Meinung, dass es sich bei diesem Schauspieler um **Paul Hartmann** handeln müsste, sie hatte ihn einmal in einem Film gesehen und glaubte fest, dass er der Freund ihrer Schwester sei. Über die Abtrünnige wurde nie gesprochen, auch im Stammbaum unserer Familie ist sie nicht aufgeführt.“ Was ist dran an dieser Familien-Fama? Frau Kulikowskis Bruder hat nun bei den Mormonen nachgefragt, ob Gertrud Ruediger, *12. Juli 1877 in Danzig als Tochter von **Heinrich Ruediger** und seiner Ehefrau **Marie** geborene **Scharmacher**, außer ihrem Bruder **Georg** noch eine Schwester hatte. Die Antwort: Ja, **Elise Eleonore Ruediger**, *5. Oktober 1878 in Danzig! Sie hat also tatsächlich existiert, diese mysteriöse Schwester von Frau Kulikowskis Großmutter, deren Vater wohl sehr streng gewesen ist. Denn ihr Bruder Georg wurde nur 20 Jahre alt – er hatte Spielschulden und wagte nicht, diese seinem Vater zu beichten.

Was nun? Dass der Schauspieler Paul Hartmann der Liebhaber von Elise Eleonore Rüdiger war, ist höchst unwahrscheinlich. Alles spricht dagegen: Nicht nur, dass er erheblich jünger als die angeblich „Entführte“ ist, seine Vita weist auch keine Skandale auf. Ein Danzig Aufenthalt ist nirgends vermerkt. Paul Hartmann heiratete bereits als Mittzwanziger eine Ballettmeisterin und drei Jahre nach deren Tod 1952 seine zweite Frau, die Malerin **Elfriede Lieberun**. Er galt als einer der am meisten beschäftigten deutschen Schauspieler, seine Filmografie listet fast 50 Titel auf – darunter auch den 1955 gedrehten Film „Die Barrings“ –, wurde als Staatsschauspieler geehrt und 1964 mit dem Filmband in Gold ausgezeichnet. Nein, diesen seriösen Schauspieler können wir getrost abhaken. Der mit der Rüdigertochter durchgebrannte Schauspieler könnte vielleicht eine gewisse Ähnlichkeit mit dem jungen Hartmann aus seiner Zeit als jugendlicher Liebhaber gehabt haben, ehe er in das Charakterfach wechselte. Was bleibt, ist die Frage von Roswitha Kulikowski: Ist die in unserer Zeitung genannte Leserin namens Ruediger vielleicht eine Nachfahrin ihrer verschwiegenen Großtante, oder ist jemandem aus unserm Leserkreis einmal dieser Elise Eleonore Ruediger aus Danzig begegnet und könnte ihr unbekanntes Schicksal aufhellen? (Roswitha Kulikowski, Arnumer Straße 28 in 30966 Hemmingen, O.T. Harkenbleck, Telefon 05101/2530.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Bedanken muss ich mich bei einem „nachgeborenen“ Ostpreußen und eifrigen Leser unserer Zeitung, Herrn **Jörn Pekrul** aus Frankfurt. Er hat mir eine große Freude mit einem ganzen Stapel Fotos gemacht, die er im letzten Jahr auf seinen „Königsberger Wanderungen“ aufgenommen hat, wobei er bewusst auf Spurensuche nach der deutschen Vergangenheit ging. Es entstand ein facettenreiches Bild des heutigen Lebens in Königsberg mit sichtbaren Zeugnissen deutscher Geschichte. Besonderes Augenmerk hat er auf weniger bekannte Gebäude gerichtet wie das Landwirtschaftliche Institut in der Tragheimer Kirchenstraße oder alte Häuser in Amalienau, wo ihn eine Figur an dem Haus Stägemannstraße 41/Ecke Boysenstraße verzauberte. „Sie hat so vieles schon erlebt, trotzdem bewahrt sie Haltung“, meint er zu dieser Aufnahme. Vielleicht erinnern sich alte Amalienauer an diese Figur, die inmitten rissiger Mauern Standhaftigkeit bewahrt hat. Ich werde mit Sicherheit dieses oder jenes Bild auf unserer Seite bringen, wenn es zum Thema passt. Für Herrn Pekrul brachten seine „Königsberger Wanderungen“ noch eine besondere Begegnung. Ein junger Russe hatte bemerkt, dass er mit einem deutschen Stadtplan von 1931 alleine durch die Straßen ging. Es kamen ins Gespräch und der etwa 30-Jährige ließ sich von Herrn Pekrul die Herkunft der erhaltenen Gebäude erklären, welche Bedeutung sie für die Stadt gehabt und wie die Menschen hier gelebt hatten. „Zwei Männer, beides Kinder der Erlebnisgeneration mit entsprechender Prägung durch die Eltern. Beide am gleichen Ort, aber beide zur gleichen Zeit in zwei verschiedenen Städten, er in Kaliningrad, ich in Königsberg. Es wurde eine intensive Begegnung, und wir beschlossen, Kontakt zu halten.“

Eure

Ruth Geede

Generation Flucht – Projekt einer jungen Fotografin

Verena Berg sucht Vertriebene, die ihr ihre Fluchtgeschichte erzählen und sich von ihr porträtieren lassen

Manches von uns behandelte Vertriebenenschicksal, das vorher noch nie angesprochen wurde, hat nicht nur mich, sondern auch viele Leserinnen und Leser beschäftigt. Besonders erfreut war ich über das Interesse, das die Fluchterinnerungen bei der jüngeren Generation bewirkt haben, selbst wenn sie keine ostpreußischen Eltern oder Großeltern hatten. Endlich besinnt man sich auf uns, die wir die Flucht bewusst erlebt haben, dass wir authentische Zeitzeugen sind und nicht vom Heute das Gestern beurteilen. So sieht das auch die junge Fotografin **Verena Berg**, die nach abgeschlossenem Studium jetzt als Bildredakteurin bei einem großen Hamburger Verlag tätig ist und, seit sie die ersten Kontakte mit Vertriebenen erhielt, an einem Projekt arbeitet, das sie „Generation Flucht“ nennt. Und wir, die wir ja dazu gehören, können ihr dabei helfen. In einem langen Gespräch hat mir die engagierte junge Frau ihr Vorhaben erläutert, und so erklärt sie es auch unseren Leserinnen und Lesern:

„Durch das Projekt ‚Generation Flucht‘ möchte ich ein sichtbares Zeichen der Erinnerung an Flucht und Vertreibung entstehen lassen. Für mich, die dritte Generation nach dem Zweiten Weltkrieg ist es noch fassbare Geschichte. Ich möchte Zeitzeugen porträtieren, und so der Geschichte ein Gesicht geben, darauf aufmerksam machen und daran erinnern, was Krieg und Vertreibung auslösen. Mit diesem Projekt entsteht die Möglichkeit, auch bei jüngeren Generationen – durch die Sprache der neuen Medien – Interesse und Wachsamkeit zu erwecken, für die eigene Geschichte. Mittels fotografischer Portraits und schriftlicher Dokumentation möchte ich Flüchtlingen und Vertriebenen aus dieser Zeit ein visuelles Gesicht geben. Noch ist auch für meine Generation die Möglichkeit gegeben, das Erlebte zu dokumentieren und über die Erfahrungen miteinander zu sprechen. Die Porträts und die dazu gehörenden Landschaftsaufnahmen, die aus der erzählten Geschichte von mir metaphorisch umgesetzt werden, sollen ein Gefühl vermitteln, das an das ‚Nicht Vergessen‘ appelliert.“

Durch erste Kontakte und Recherchen konnte Verena Berg schon einige Vertriebene aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien porträtieren und ihre ganz persönliche Fluchtgeschichte aufnehmen. Nun sucht sie weitere Zeitzeugen, die bereit sind, ihre eigene Geschichte zu erzählen und sich porträtieren zu lassen. Mit Aufnahmen aus der Heimat ergibt sich so ein Lebensbild von großer Aussagekraft, das mehr ist als eine bloße Dokumentation. Da Verena Berg beruflich an Hamburg gebunden ist, möchte ich ihre Bitte, sich bei ihr zu melden, in erster Linie an Vertriebene mit Wohnsitz in Norddeutschland weitergeben. Wobei nicht nur unsere ostpreußischen Leserinnen und Leser, sondern auch westpreußische, pommersche, schlesische und weitere Vertriebene gefragt sind. Am Ende dieses aufwendigen Projektes soll eine Ausstellung oder ein Buch entstehen, auch eine andere dokumentarische Präsentation ist denkbar. Über den Fortgang dieser Aktion werden wir von Zeit zu Zeit berichten. (Verena Berg, Eimsbütteler Straße 81 in 22769 Hamburg, Telefon 040/38071860, Mobil 0176/718 60, E-Mail: contact@verenaberg.de)



„Ich trag meiner Heimat Gesicht“ Bild: privat

Als sie mich besuchte, dehnten sich unsere Gespräche weit über die vorgegebene Zeit aus, so groß war das Interesse der Fotografin. Dabei hatte sie bisher keine Verbindungen zu Vertriebenen, schon gar nicht familiäre, sie stammt aus dem Bergischen Land, studierte in Kassel und wurde Meisterschülerin an der Ostkreuzschule für Fotografie in Berlin, ehe sie in Hamburg Bildredakteurin bei einer internationalen Wirtschaftszeitung wurde. Als sie das Projekt „Generation Flucht“ aufgriff, stieß sie auch auf „Unverständnis wegen Unkenntnis“, vor allem bei jüngeren Menschen, und dem will sie nun begegnen. Mich berührt vor allem der Gedanke, dass sie das Porträt eines älteren Menschen wie einen Spiegel des Erlebten und Verlorenen sieht. Mir fiel bei dem Gespräch ein Gedicht des tauben Königsberger Dichters **Walter Scheffler** ein, „Der Ostpreuße“ betitelt. Ich sehe die vierte Strophe als eine Art Leitmotiv für dieses Projekt:

„Um meine Wiege schlich Krieg und Not,
man lehrte mich Arbeit und Pflicht.
Ich aß meiner kämpfenden Heimat Brot,
ich trag meiner Heimat Gesicht“.

R.G.



ZUM 99. GEBURTSTAG

Madeya, Gisela, geb. **Modricker**, aus Lötzen, am 22. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Görtz, Heinrich, aus Wehlau, am 22. Mai

Kullik, Martha, geb. **Wutzka**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 25,. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Struppek, Martha, geb. **Wawrzyn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Rader, Heinz, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 25. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kurrat, Lina, geb. **Schützler**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Mai

Ortmann, Ulrich, früher Freese, aus Lyck, am 26. Mai

Schmidt, Herbert, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 26. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dröse, Elma, geb. **Siegmund**, aus Warnikam/Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 21. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bärthel, Ingeborg, geb. **Walden**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 25. Mai

Herrmann, Herbert, aus Stobingen, Ripkeim, Kreis Wehlau, am 21. Mai

Schunk, Hildegard, geb. **Fortak**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. Mai

Walden, Irmgard, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 25. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bergener, Helene, geb. **Rimke**, aus Klein Gnie, Kreis Gerdauen, am 23. Mai

Bittmann, Gertrud, geb. **Dorroch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. Mai

Bombor, Ernst, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 21. Mai

Glatzel, Hildegard, geb. **Reisgies**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Mai

Küch, Lieselotte, geb. **Olschewski**, aus Heiligenbeil, Bismarkstraße 36, am 22. Mai

Kundt, Gretel, geb. **Kuckuck**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 26. Mai

Labesius, Horst Karl Wilhelm, aus Damfelde, Kreis Angerburg, am 15. Mai

Mittag, Helene, geb. **Lange**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 21. Mai

Pakusch, Irmgard, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 24. Mai

Plauk, Edith, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

Schnakenberg, Margarete, geb. **Römpke**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 22. Mai

Tiedemann, Martha, geb. **Pissarek**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 21. Mai

Wenk, Bruno, aus Lissau, Kreis Lyck, und Poppendorf, Kreis Wehlau, am 26. Mai

Zollek, Anna, geb. **Bernatzki**, aus Ortelsburg, am 22. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beckmann, Elli, geb. **Röhl**, aus Goldbach Nord, Kreis Wehlau, am 25. Mai

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden. Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont

16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein

21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont

8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont

19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont

5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.

15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Cramer, Ursula, geb. **Hecht**, aus Wehlau, Große Vorstadt, Kreis Wehlau, am 21. Mai

Günther, Frieda, geb. **Scharnowski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 24. Mai

Hillmert, Herta, geb. **Kirschner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 27. Mai

Hübner, Herbert, aus Rothenen, Kreis Samland, am 22. Mai

Kirsch, Ella, geb. **Lasogga**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 22. Mai

Krautwurst, Wallburga, geb. **Schliebenow**, aus Lyck, Yorkstraße 24, am 25. Mai

Krosse, Ida, geb. **Laskowitzki**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 26. Mai

Lange, Friedel, geb. **Jakubzik**, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 27. Mai

Lucks, Hildegard, geb. **Meyer**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai

May, Erna, geb. **Käding**, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 23. Mai

Moser, Heinz, aus Pillau, Kreis Samland, am 26. Mai

Popken, Erika, geb. **Ijewski**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 26. Mai

Rautenstrauch, Eva, geb. **Schmidt**, aus Selsen, Kreis Elchniederung, am 21. Mai

Roschkowski, Kurt, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 24. Mai

Schicke, Edith, aus Tilsit, am 24. Mai

Siedler, Gerda, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 26. Mai

Stadie, Hanna, aus Randau, Kreis Ebenrode, am 27. Mai

Treczoks, Liesbeth, geb. **Bolz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 143, am 21. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Arnoldt, Renate, geb. **Pawlitzek**, aus Westpreußen, Kreis Samland, am 21. Mai

Bendig, Erich, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Mai

Best, Ilse, geb. **Ströhl**, aus Eichen, Kreis Preußisch Eylau, am 23. Mai

Buczilowski, Martha, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 27. Mai

Czymoch, Klaus, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 25. Mai

Dagott-Becker, Ilse, aus Rauschen, Kreis Samland, am 21. Mai

Daul, Eva, geb. **Melis**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

Gallinger, Eva-Maria, geb. **Haake**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 22. Mai

Heling, Auguste, geb. **Serowy**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 24. Mai

Hentschel, Irmgard, geb. **Will**, aus Darkehmen, Kreis Angerapp, am 27. Mai

Heusing, Ruth, geb. **Höllger**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. Mai

König, Emma, geb. **Conrad**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 21. Mai

Krink, Eva, geb. **Horn**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

Liebenau, Eva, geb. **Schmidt**, aus Lyck, am 27. Mai

Lorfing, Arthur, aus Groß Aßlacken, Kreis Wehlau, am 23. Mai

Otto, Helmut, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 22. Mai

Platat, Ewald, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

Reichardt, Ruth, geb. **Berger**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 27. Mai

Rogowski, Maria, geb. **Hoos**, aus Lyck, am 24. Mai

Schettkat, Gerda, geb. **Borm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

Seifert, Waltraud, geb. **Schmidt**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

Sembach, Hermann, aus Ebenrode, am 25. Mai

Zwiener, Ottilie, geb. **Kondritz**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 21. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Becker, Horst, aus Treuburg, am 26. Mai

Berg, Gerda, aus Adelau, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

Bonk, Richard, aus Lötzen, am 22. Mai

Bosch, Klaus, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. Mai

Doblonski, Waltraut, geb. **Kilimann**, aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai

Flath, Frieda, geb. **Szillat**, aus Kieslau, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

Gentek, Anneliese, geb. **Jakob**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 27. Mai

Goskowitz, Rudolf, aus Wehlau, Klosterplatz, am 21. Mai

Härtig, Ursula, geb. **Brech**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

Karohs, Friedrich, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 27. Mai

Klietzing, Margarete, geb. **Seidler**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 21. Mai

Priebe, Gerda, geb. **Sych**, aus Seesken, Kreis Treuburg, und Hallenfelde, Kreis Goldap, am 27. Mai

Pyrags, Friedrich, aus Kämpen, Kreis Elchniederung, am 22. Mai

Schäfer, Maria, aus Lyck, am 25. Mai

Scharf, Käte, geb. **Habacker**, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 21. Mai

Schimnossek, Helmut, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 27. Mai

Strunz, Siegfried, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai

Thiel, Elisabeth, geb. **Gehrmann**, aus Heiligenbeil, Rosenberger Landstraße 13, am 24. Mai

Trinker, Paul, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 25. Mai

Wegner, Waltraut, geb. **Krüger**, aus Malissen, Kreis Ebenrode, am 24. Mai

Wilke, Hans, aus Rensekow, Pommern, am 22. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bär, Margarete, geb. **Broschk**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 23. Mai

Blaskowski, Rudolf, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 21. Mai

Bronkowski, Edith, geb. **Laborge**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 22. Mai

Christoleit, Gerda, geb. **Wenzel**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 22. Mai

Czypull, Benno, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 25. Mai

Hammann, Helga, geb. **Gerullis**, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 27. Mai

Henrich, Gisela, geb. **Kuhnke**, aus Wehlau, Parkstraße, am 22. Mai

Hillebrandt, Edith, geb. **Napiwotski**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 27. Mai

Hirsch, Lotti, geb. **Treder**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 22. Mai

Ignaciuk, Alfreda, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. Mai

Joswig, Erwin, aus Gusken, Kreis Lyck, am 23. Mai

Kapust, Horst, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 24. Mai

Kosmowski, Hans-Georg, aus Allenburg, Eiserwager Straße, Kreis Wehlau, am 21. Mai

Moos, Hans, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 21. Mai

Pattschull, Karl-Heinz, aus Heiligenbeil, Wolf-Weg 14, am 22. Mai

Pelka, Rudolf, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 24. Mai

Schild, Siegfried, aus Neidenburg, am 27. Mai

Schmidt, Magdalena, geb. **Walterkewitz**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 23. Mai

Schwarzin, Günter, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 23. Mai

Siekerski, Walter, aus Barthengut, Kreis Neidenburg, am 24. Mai

Stanke, Günther, aus Osterode, am 16. Mai

Staub, Annemarie, geb. **Langanke**, aus Wehlau, Nadolnystraße, am 24. Mai

Strauch, Ingeborg, geb. **Skorzik**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai

Waliczek, Irmgard, geb. **Telczian**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 26. Mai

Weber, Fritz, aus Nikolaiken, Kreis Sensburg, am 18. Mai

Wiese, Renate, geb. **Zippel**, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 27. Mai

Wisniewska, Irena, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Deutesfeld, Marlies Ruth, geb. **Wallesch**, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 25. Mai

Duchna, Georg, aus Neidenburg, am 22. Mai

Eder, Gerhard, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 24. Mai

Eggert, Herta, geb. **Schlemminge**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 27. Mai

Hillmann, Edith, geb. **Gehrau-Morr**, aus Bardau, Kreis Samland, am 22. Mai

Jotzo, Werner, aus Funken, Kreis Lötzen, am 27. Mai

Konetzka, Inge, geb. **Koriath**, aus Baldenofen, Kreis Neidenburg, am 24. Mai

Lange, Eva, geb. **Mett**, aus Schapten, Kreis Ebenrode, am 27. Mai

Lehmann, Dieter, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 22. Mai

Leyk, Günter, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. Mai

Mueller, Gisela, geb. **Möhrke**, aus Klein Hubnicken, Kreis Samland, am 21. Mai

Preukschat, Günter, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai

Rohde, Ruth Rita, geb. **Magdowski**, aus Murawken, Kreis Neidenburg, am 23. Mai

Szernitzki, Gisela, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 20. Mai

Wilkens, Christa, geb. **Preuß**, aus Deutsch Thierau, Kreis Heiligenbeil, am 22. Mai

Wilzer, Rudi, aus Schwengels, OT Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 25. Mai

Wulf, Elsbeth, geb. **Meyer**, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 27. Mai



Thiel, Gerhard, aus Königsberg Pr., Alter Garten 59, und Frau Inge, am 10. Mai

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 19. Mai, 20.15 Uhr, Arte: Pioniere: Stahlkrieg an der Ruhr.

Sonnabend, 19. Mai, 22.05 Uhr, N-TV: Hannial – Erzfeind der Römer.

Sonntag, 20. Mai, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 20. Mai, 19.05 Uhr, Pro Sieben: Alles bio, alles gut? Verbrauchertest.

Sonntag, 20. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Napoleon und die Deutschen.

Montag, 21. Mai, 19.30 Uhr, Arte: Wildes Deutschland: Der Thüringer Wald.

Montag, 21. Mai, 20.15 Uhr, ARD: Der adidas-Check. Was ist das Erfolgsgeheimnis des einstigen Turnschuhherstellers?

Montag, 21. Mai, 23.30 Uhr, ARD: Der Kremlflieger. Matthias Rust und die Landung auf dem Roten Platz.

Dienstag, 22. Mai, 20.15 Uhr, RBB: Letzter Aufruf Tegel.

Dienstag, 22. Mai, 23.25 Uhr 3sat: Kleist on the road. Die Reisen Heinrich von Kleists.

Mittwoch, 23. Mai, 11.30 Uhr, NDR: Die Oder – Schlesiens wilder Strom.

Mittwoch, 23. Mai, 20.15 Uhr, Arte: Wilder Balkan. Die letzten Urwälder Europas.

Mittwoch, 23. Mai, 20.45, MDR: Weggesperrt. Täter im Maßregelvollzug.

Mittwoch, 23. Mai, 21.15 Uhr, MDR: Im Tal der Thüringer Könige. „Reitergräber aus der Zeit des Thüringer Kaiserreichs“.

Mittwoch, 23. Mai, 22.15 Uhr, N24: Das letzte Gefecht der Bismarck.

Donnerstag, 24. Mai, 21 Uhr, MDR: Hauptsache gesund. Abnehmen ohne Ernährungsterror.

Donnerstag, 24. Mai, 22.35 Uhr, MDR: Gestrandet. Minderjährige Flüchtlinge in Deutschland.

Freitag, 25. Mai, 11.30 Uhr, NDR: Die Oder – Von der Neiße bis zur Ostsee.

Freitag, 25. Mai, 20.15 Uhr, 21.15, NDR: Unser Kaufhaus schließt. Aus nach 140 Jahren.

Freitag, 25. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Wer war Jesus?

Freitag, 25. Mai, 22.03 Uhr, N-TV: Giganten der Moderne: Bohrinseln.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Montag, 21. Mai, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Treffen der Gruppe.

Reutlingen – Bericht vom Maifest der Ost- und Westpreußen – Der Einladung zu dem Maifest unserer Landsmannschaft im „Treffpunkt für Ältere“ in Reutlingen sind neben den Mitgliedern unserer Reutlinger Gruppe Gäste von Ost-West-Preußen-Verbänden von Tübingen – trotz Störungen im Bahnverkehr – und Metzingen sowie die Vorsitzende des Reutlinger Schlesierverbandes, Frau Vogel, gefolgt. Unsere erste Vorsitzende Ilse Hunger begrüßte alle und eröffnete das Treffen mit der Kaffeerunde. Erstmalig spielte dazu eine kleine Musikgruppe zur Unterhaltung. „Steffis Trio“ aus Rothenburg hat es verstanden, in die wie sonst eher ruhig verlaufende Versammlung Stimmung und auch Bewegung – es wurde sogar getanzt – zu bringen. Hildegard Zaiss trug passend Gedichte und Kurzgeschichten zum „Frühling in Ostpreußen“ in Ostpreußisch-Platt aber auch jedermann verständlich vor. Zur geplanten Busausfahrt am 23. Juni wurden weitere Hinweise gegeben und auf das Erntedankfest am 6. Oktober mit historischen Filmbeiträgen hingewiesen.





BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ingolstadt – Sonntag, 20. Mai, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Landshut – Freitag, 1. Juni: Spaziergang im Naturschutzgebiet Auloh bei Landshut. Anschließend Unterhaltung im Café Auloh (Zeitplan folgt).

Weiden – Muttertag bei den Ost- und Westpreußen. – Zur Muttertagsfeier konnte der 1. Vorsitzende Norbert Uschald die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste in der Gaststätte Heimgarten begrüßen. Er hielt einen Rückblick auf den Literaturabend des Heimatrings sowie den Maibaumaufbau, bei dem sich die Landsmannschaft beim Festzug beteiligt hat. Danach wurden die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gesungen. Im Anschluss daran gratulierte Uschald der Kassiererin Ingrid Uschald zu ihrem Geburtstag. Zur Entstehung und der Geschichte des Muttertags wusste der Vorsitzende viele interessante Informationen zu berichten. Vom Ursprung in den Frauenbewegungen in den USA, der Entwicklung in der Schweiz, Österreich und Deutschland und vom Siegeszug in alle Welt, der mit einem deutlichen kommerziellen Hintergrund vonstatten gegangen ist, konnten die Anwesenden erfahren. Danach brachte Andreas Uschald ein Muttertagsgedicht zu Gehör. Katharina Uschald spielte mit der Blockflöte ein festliches Musikstück und trug zwei weitere Gedichte vor. Danach sangen die Mitglieder die Maienlieder, die von Anita und Norbert Uschald musikalisch begleitet wurden. Auch Barbara Uschald konnte mit einem kleinen Flötenstück zur Unterhaltung beitragen. Ilse Stark trug ebenfalls ein Gedicht zum Muttertag vor. Die Mütter wurden schließlich mit vitaminreichen Getränken beschenkt, die Väter erhielten dagegen etwas Hochprozentiges. Mit dem Lied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich bis zum Heimatnachmittag am 3. Juni im Heimgarten.

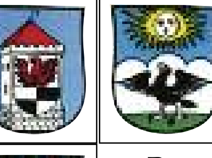


BERLIN

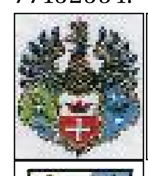
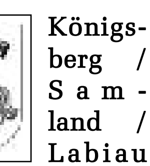
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



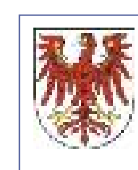
Rastenburg – Sonntag, 20. Mai, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.




Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 24. Mai, 14 Uhr, Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Muttertag. Kurzreferat über Pferdemarkt und Wehlau. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 77132354.


Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 25. Mai, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Telefon (04521) 4094-830, Fax (04521) 4094-831, Mobil (0173) 6254277, E-Mail: elard.gottberg@gottberg-logistik.de.

Brandenburg/Havel – Sonntag, 20. Mai, 10 bis 17 Uhr, Museum für Ostdeutsche Geschichte und Kultur, Pauliner Straße 11, Eingang Neustädtische Heidestraße: 35. Internationaler Museumstag. Anfragen bei Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 300 703. – Dienstag, 22. Mai, 12 Uhr, Vielfruchthof Mötzow: Spargelessen und Besuch im Ostalgiemuseum. Anfragen bei Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 300 703. – Donnerstag, 24. Mai: Landsmannschaftlicher Nachmittag. Vortrag über Breslau und Informationen über die vorgesehene Busfahrt nach Breslau vom 26. bis 28. September. Anfragen bei Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 300703.

Luckenwalde – Freitag, 18. Mai, 14.30 Uhr, Seniorenbüro „Haus Sonnenschein“, Schützenstraße 37: Jahreshauptversammlung. Anfragen bei Heinz Fröhlich (03371) 612607.

Oranienburg – Sonnabend, 2. Juni, 10 Uhr, Regine-Hildebrandt-Haus, Sachsenhausener Straße 1: Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stehen die Berichte des Vorstandes und Neuwahlen. Vorschläge für die Bereitschaft, im neu zu wählenden Vorstand mitzuwirken sind willkommen. Anfragen bei Horst Trimkowski, Telefon (03301) 582496.



HAMBURG

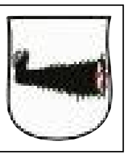
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

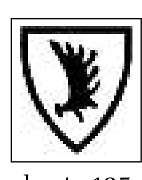
Hamburg-Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 21. Mai, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit Omnibus Nr. 443 bis „Waldquelle“): Heimatnachmittag zum Thema „Pfingsten in der Heimat“.

KREISGRUPPE

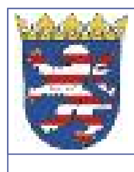


Sensburg – Sonntag, 20. Mai, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein mit Singen. Gäste sind herzlich willkommen.

FRAUENGRUPPE



Freitag, 25. Mai, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: Thema „Ernst Wiechert, 125. Geburtstag. Auf der Suche nach dem einfachen Leben“. Außerdem: Pfingstbräuche. Gäste sind willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Trebur – Medikamentensammlung für die Deutsche Gruppe Mauersee in Angerburg. Apotheker Jörg Rott, Rathaus Apotheke, 65468 Trebur, Hauptstraße 50, hat sich wieder bereit erklärt, die Medikamentensammlung zu übernehmen. Die Medikamente müssen mindestens noch zwei Jahre gültig sein. Auch in der Zahnarztpraxis von Dr. Hans-Ulrich Kugies in Trebur, Rüsselsheimerstraße 58, können die Medikamente abgegeben werden. Die Deutsche Gruppe Mauersee unter der Führung von Herta Andrulonis hat die Station der Johanniter in Angerburg übernommen. Schon drei Mal konnten bisher Medikamente gesammelt und übergeben werden. Und zweimal sogar Krankenfahrstühle, die das Seniorenheim in Trebur zur Verfügung stellte. Am 16. Juni fährt Dr. Hans-Ulrich Kugies nach Angerburg, um Urlaub in Masuren zu verbringen. Er wird die Medikamente dort persönlich übergeben.



NIEDERSACHSEN

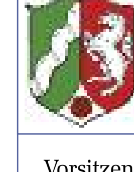
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 23. Mai, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Seniorenclub Stadtpark), Jägerallee 42: Treffen der Gruppe. Erich Kiemann, Rektor i.R., hält einen Vortrag über „Friedrich der Große aus heutiger Sicht“. Gäste sind herzlich willkommen.

Buxtehude – Donnerstag, 24. Mai, 8 Uhr, ab Buxtehude: Tagesfahrt nach Zarrentin und zum Schaalsee. Programm: Führung durch das Zisterzienser Nonnenkloster, Besuch einer Schäferei mit Bioladen, Bootsfahrt über den Schaalsee, den tiefsten Norddeutschlands, Spaziergang über herrliche Wanderwege im Naturschutzgebiet mit seltener Vogel- und Tierwelt (ehemals Zonensperrgebiet der DDR), gemeinsames Mittagessen und Kaffeepause. Die genauen Kostens stehen noch nicht fest. Anfragen und Anmeldung bis zum 12. Mai bei Familie Wander, Telefon (04161) 879181.

Oldenburg – Bericht über den Ausflug am 9. Mai. – Zusammen mit den anderen Landsmannschaften Oldenburgs unternahm die Gruppe am 9. Mai eine Kulturfahrt zum Ostdeutschen Heimatmuseum Nienburg, seit einem Jahr in einem neuen Domizil in der Innenstadt an der Kulturmeile Nienburgs gelegen. Die große Gruppe musste in drei Einheiten geführt werden. Alle konnten sich von dem Sachverständnis des Ausstellungsaufbaus und der Kompetenz der freiwilligen Helfer ein Bild machen. Viele fleißige Hände bewirteten die Teilnehmer im Haus mit Kaffee und Kuchen. Die Gruppe wünscht dem Museum viele Besuche dieser Art, damit das Engagement der Freiwilligen gewürdigt wird. Die etwas längere Busfahrt gestalteten die Teilnehmer mit Gesang von landsmannschaftlichen und Frühlingsliedern kurzweilig.

Osnabrück – Dienstag, 5. Juni, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Donnerstag, 31. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 20. Mai, ab 15 Uhr, Parksaal, Stadthalle Bad Godesberg: Kleine Maifeier unter dem Motto „Mit Musik, Gesang und Tanz in den Mai“. Die Gruppe wird an die alten Mailieder erinnern, zu denen Rolf Oettgen und Karlheinz Stang aufspielen werden. Auch die Tanzgruppe „Mädche und Junge vum Ring“ unter der Leitung von Anneliese Dumjahn wird auftreten. Natürlich wird auch ein Blick auf das Brauchtum der Heimat nicht fehlen, angereichert durch fröhliche Geschichten und Gedichte. Ein lustiger Sketch wird dieses Programm abrunden. Und wie es guter Brauch geworden ist, wird auch in diesem Jahr wieder eine Maikönigin mittels Maikäferlos gekürt. Die Feierstunde beginnt mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken von 15 bis 16 Uhr. Anschließend findet das farbenfrohe Programm statt. Die Gruppe freut sich über Gäste. Der Eintritt ist frei.

Bielefeld – Donnerstag, 24. Mai, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Literaturkreis. – Donnerstag, 31. Mai, 12 Uhr: Fahrt zum Preußenmuseum in Minden (Sonderausstellung Friedrich II. anlässlich seines 300. Geburtstages).

Dortmund – Montag, 21. Mai, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Sonnabend, 19. Mai, 8.30 Uhr: Muttertagsfahrt der Sudeten nach Leutersdorf am Rhein. Infos bei Karin Fuhrmann, Telefon (02159) 7375. – Sonnabend, 19. Mai, 10.30 Uhr, Infostand Düsseldorfer Hauptbahnhof: Wandertreff, 11 Uhr Stadtrundfahrt mit City-Tours, Haltepunkt Eingang Hauptpost. – Dienstag, 22. Mai, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Filmvorführung „Die geteilte Klasse“ (Deutschland/Polen 2011). – Mittwoch, 23. Mai, 19.15 Uhr, GHH / Konferenzraum: Vortrag und Buchvorstellung von Karin Feuerstein-Prasser „Elisabeth Christine – Preußens unbekannte Königin“. – Donnerstag, 31. Mai, 19.15 Uhr, GHH / Konferenzraum: Vortrag von Professor Dr. Manfred Kittel „Das sichtbare Zeichen nimmt Gestalt an – Stand und Perspektiven der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. – Montag, 4. Juni, 19 Uhr, GHH / Ausstellungsraum: Ausstellungseröffnung „Tout le monde kaputt“. Der Erste Weltkrieg in der Region. – Dienstag, 5. Juni, 19.15 Uhr, GHH/Konferenzsaal: Vortrag von Dr. Peter Koura „Das Grauen – Die brutale Vernichtung Lidices vor 70 Jahren“. – Mittwoch, 6. Juni, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

Ennepetal – Donnerstag, 24. Mai, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Gladbeck – Sonnabend, 19. Mai, 15 Uhr, Fritz-Lange-Haus, Friedrichstraße 7: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlung. Zur Kaffeetafel bitte ein Gedeck mitbringen.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Neuss – Bei frühlingshaften Temperaturen konnte Kreisgruppe Neuss mit vielen Gästen das **Frühlingsfest** feiern. Der Vorsitzende, Peter Pott, konnte auch einige Ehrengäste begrüßen, es waren Dr. Jörg Geerlings, Fraktionsvorsitzender der Neusser CDU und Landtagsabgeordneter, die Stadtverordnete Anna Maria Holt, Ursula von Nollendorf und Ingrid Schäfer anwesend. Ebenfalls waren gekommen die Vorsitzende der Lebenshilfe Neuss, Angelika Quiring-Perl, die Ehrenvorsitzenden des BdV mit

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

ihren Gattinnen, Kaarst-Büttgen, Gustav Obereiner und der Vorsitzende des Eifelvereins Neuss, Karl-Heinz Steinbeck. Bürgermeister Herbert Napp und seine Stellvertreter haben sich wegen Krankheit und anderen Terminen entschuldigt, ebenso die Vorsitzenden der anderen Landmannschaften. Ein Grußwort sprach Dr. Geerlings. Das Musik-Duo Achim Heik und Alfred Schultz spielten zum Tanz auf und sorgten auch für die musikalische Unterhaltung. Eine große Tombola mit vielen schönen Preisen verschönerte ebenfalls das Fest. Traditionsgemäß wurde auch die Maikönigin unter den anwesenden Frauen gewählt. Es wurde Liselotte Köhler, die erst nach der letzten großen Ostpreußenreise in die Landsmannschaft eingetreten war. Peter Pott hat auch schon auf die große Jubiläumsfeier „60 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss“ am 11. November hingewiesen. Zu dieser Veranstaltung werden viele Ehrengäste eingeladen und es gibt auch einige Überraschungen. Bei Kaffee und Kuchen und ostpreußischen Spezialitäten war es ein gelungenes und harmonisches Fest, das wieder den großen Zusammenhalt der Ostpreußen dokumentierte.

Witten – Montag, 21. Mai, 15 Uhr, Ev. Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Filmvortrag „Klein-Moskau in Berlin-Karlshorst“.

Wuppertal – Freitag, 25. Mai, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Stennert 8, Alte Färberei, Wuppertal-Oberbarmen: Zweites Ostpreußisches Maifest. Die Gruppe begeht das Fest mit Musik, Tanz und lustigen Beiträgen. Es wirken mit die Tanzgruppe von Ursel Knacks, der Chor „Harmonie“ unter der Leitung von Nelly Illinich. Für Unterhaltung sorgt Christof Marr, er spielt zum Tanz auf. Kaffee und selbstgebackener Kuchen sind im Unkostenbeitrag enthalten. Gäste sind wie immer herzlich willkommen!



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 2. Juni, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße 20: Heimatnachmittag. Im Juli und August finden wegen der Sommerpause keine Treffen statt.

Mainz – Donnerstag, 24. Mai, 13 Uhr Treffpunkt Bahnhofsplatz, vor dem Hauptbahnhof Mainz: Bahnfahrt nach Darmstadt mit Spaziergang auf der Mathildenhöhe und Einkehr. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

Neustadt a.d. Weinstraße – Sonnabend, 2. Juni: Jahresausflug. Start mit Pkw um 9.30 Uhr vom Bahnhofsvorplatz in Neustadt. In Haßloch Besichtigung des Vogelparks. Das Mittagessen mit gemütlichem Beisammensein ist im Restaurant des Vogelparks geplant. Anmeldung bis zum 12. Mai bei Manfred Schusziara, Telefon (06321) 13368. – In den Monaten Juli und August finden keine Veranstaltungen statt.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonntag, 20. bis Freitag, 25. Mai, Fintel, Lüneburger Heide: Treffen im Eurostrand. Es findet ein abwechslungsreiches Programm statt und interessante Ausfahrten. Alle Landsleute von Treuburg und Umgebung werden gebeten, sich für dieses Ostpreußentreffen anzumelden bei Fritz Pulla, Wattstraße 7, 23566 Lübeck, Telefon (0451) 596521. – Freitag, 8. Juni, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Clausstraße 27: Vortrag „Medizin im Wandel der Zeit – Vom Landarzt zur modernen Medizin“. Referent ist Lothar Hahn. Er spricht über die Augenakupunktur. Frau Dr. Langer spricht über Medizin im Alter. – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Der Kulturkreis „Simon Dach“ unter der Leitung von Ingrid Labuhn trifft sich zur Chorprobe.

Leipzig – Frühling in der Heimat. – Der BdV Kreisverband Leipzig, das Deutsch-Russische Zentrum und die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland hatten am 10. April zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Motto „Frühling in der Heimat“ eingeladen. Der BdV-Vorsitzende Peter Wolf wies in seinen Begrüßungsworten darauf hin, dass die Deutschen aus Russland und die deutschen Vertriebenen das gleiche Schicksal vereint. Da seit einiger Zeit die Vereine ihren Sitz unter einem Dach im „Haus der Demokratie“ haben, ist es nur folgerichtig, dass auch gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt werden können. Waldemar Schmidt von den Deutschen aus Russland stimmte dem zu und ergänzte, dass bei den deutschen Vertriebenen ebenso wie bei den Deutschen aus Russland die Liebe zu ihrer Heimat weiterbesteht und ihre Kultur nicht vergessen wird.

Vor Beginn des Programmablaufs wurde in Anwesenheit des „Leipzig Fernsehens“ Rosa Wegelin, die Chorleiterin des Chores „Lied der Heimat“, mit einem prachtvollen Blumenstrauß geehrt. Peter Wolf überreichte die Blumen und dankte Rosa Wegelin für ihre langjährige gute Arbeit und ihren unermüdlichen Einsatz als Chorleiterin. Eingeschlossen in den Dank wurde auch Peter Wegelin, ein exzellenter Musiker auf den Tasteninstrumenten und Begleiter des Chores. Den Auftakt in der Programmfolge machte der Kinderchor „Sonnenschein“ unter der Leitung von Frau Eichler und erfreute mit seinen hellen Stimmen und auch dadurch, dass die Kinder alle Liedtexte auswendig gelernt hatten. Zwei kleine Solistinnen zeigten ihr Können auf der Dombra, einem Zupfinstrument. Es gab viel Beifall für die Kinder und einen bunten Strauß mit kleinen Naschereien. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Videofilm mit dem Titel „Russland zwischen Zuversicht und Vergangenheit“. Im Film wurde das Schicksal der Menschen gezeigt, die bereits im 18. Jahrhundert von der Zarin Katharina zur Besiedlung Russlands aus allen Teilen Deutschlands in das Land geholt worden sind. Nach den guten Zeiten der Ansiedlung, des Aufbaus und der wirtschaftlichen Erfolge, die sich durch den Fleiß und das Können der Zuwanderer bald einstellten, folgten die schweren Zeiten der Repressalien und Verfolgungen, ausgelöst auch durch die Kriege. Besonders unter der Terrorherrschaft Stalins wurden die Menschen aus ihren Ansiedlungen an der Wolga nach Kasachstan, in den Ural und nach Sibirien vertrieben. Das Leben in den Lagern und schwerste Arbeit in Steinbrüchen und Bergwerken forderte viele Opfer. Erst nach der Wende gab es für die Menschen wieder Hoffnung und die Möglichkeit, in das Land ihrer Vorfahren nach Deutschland auszureisen. An Hand von Beispielen wurde das Schicksal von Menschen gezeigt, die nach Deutschland ausgereist sind. Es gab für sie viele Schwierigkeiten zu überwinden und nicht alle sind hier heimisch und glücklich geworden. Integration ist nach wie vor für die Deutschen aus Russland ein aktuelles Thema. Der Film beeindruckte besonders durch die persönlichen Aussagen. Der BdV-Chor „Lied der Heimat“ trug mit Heimatliedern, Frühlingsliedern und Gedichten zum Kulturprogramm bei. Waldemar Schmidt begleitete seine Tochter Christina mit der Gitarre, die mit ihrer schönen Stimme drei Lieder sang, dabei auch das berühmte Lied „Sag mir, wo die Blumen sind“. Auch trug Waldemar Schmidt ein Gedicht vor, das er über seine neue Heimatstadt Leipzig geschrieben hat. Als Überraschung bereicherten Erna, Galina und Walentina als Solistinnen mit Liedern in russischer, französischer und kasachischer Sprache das Programm. Alle Mitwirkenden erhielten herzlichen Beifall und der Leiter des Deutsch Russischen Zentrums Dr. Helmund dankte allen für ihre Darbietungen. Er zeigte sich sehr zufrieden mit der gelungenen Veranstaltung, der man gerne noch mehr Zuschauer gewünscht hätte. Sicher kann man in der Vorbereitung einiges noch verbessern, aber ein Anfang wurde gemacht und bestimmt werden weitere gemeinsame Veranstaltungen folgen.



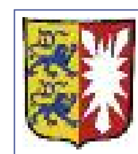
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Gardelegen – Mittwoch, 23. Mai: Busfahrt nach Walsrode zum „Backtheater“. – Mittwoch, 30. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Plachandernachmittag.

Halle – Freitag, 8. Juni, 14 Uhr, Reilstraße 54, Begegnungsstätte der Volkssolidarität: Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Freitag, 25. Mai, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TUS-Fortschritt, Zielitzer Straße: Singproben des Singekreises. – Freitag, 8. Juni, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singproben des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Mittwoch, 23. Mai, 13 Uhr: Ausflug nach Schleswig zum 2. Dänischen Gymnasium, Kurzinformation (A. P. Möller Skolen), dann Rundgang durch das Holmviertel, Kaffeerunde am Rathausmarkt, danach zum Schleswiger Dom (St.-Petri-Kirche), Besichtigung, Fußweg zirka 800 Meter. Ab ZOB 13 Uhr, ab Exe, Markthalle 13.10 Uhr.

Mölln – Mittwoch, 23. Mai, Quellenhof Mölln: Treffen der Gruppei 12 zur monatlichen Versammlung. Es wird ein überarbeiteter Videofilm der Fünfzig-Jahr-Feier im Augustinum aus dem Jahr 1999 gezeigt. Wer seinerzeit diese Veranstaltung mitgemacht hat oder sich noch erinnert, muss diesen phantastischen Videofilm sehen. Allein der Einzug der Gäste in den Festsaal, die Ansprachen, die gehaltenen wurden, die Vorführungen der Spielmannzüge und der Liedertafel Mölln. Es waren doch schöne Stunden, die in Erinnerung gerufen wurden. Die 1. Vorsitzende Irmingard Alex, die damals dabei war, und mitorganisiert hatte, wird auch von diesem Tag etwas erzählen. Danach wird man sich bestimmt noch lebhaft an das eine oder andere Schöne erinnern. Wenn dann noch Zeit ist, werden sicher noch ein paar Frühlingslieder gesungen oder Frühlingsgeschichten erzählt. Zu diesem Nachmittag lädt die Gruppe auch die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich ein.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Uetersen – Zur Fortsetzung seines Vortrags vom April vorigen Jahres über die Urbevölkerung Ostpreußens, die Prussen, die dem späteren Preußen seinen Namen gaben, hatte der Vorsitzende der Uetersener Ostpreußen-Gruppe Joachim Rudat wieder im April zur Mitgliederversammlung ins Haus „Ueterst End“ eingeladen. Er konnte abermals eine große Zahl von Mitgliedern und Gästen begrüßen, die seinen weiteren Ausführungen interessiert lauschten. Die Missionierung der Prussen begann schon im Jahre 997, als der böhmische Bischof Adalbert von Prag den ersten Versuch machte, die heidnischen Prussen zum Christentum zu bekehren. Dieses stieß aber auf wenig Gegenliebe. Er wurde getötet. Dasselbe Schicksal erlitt aber auch sein Nachfolger Brun von Querfurt, der 1009 von den Prussen erschlagen wurde. Danach ließ man die Prussen 200 Jahre lang in Ruhe. Um 1200 wurde der Deutsche Ritterorden vom polnischen König zur Bekehrung und Unterwerfung der Prussen ins Land gerufen. Diesem gelang es aber erst nach langen Kämpfen. Der Grund dafür war, dass die Prussen keine einheitliche Staatsführung hatten. Die Stammesfürsten der zwölf Stämme konnten ihre Abwehr nicht koordinieren. Die erzwungene Annahme der Bekehrung durch die Ritter konnte aber die heidnischen Bräuche nicht ausmerzen. Dem Ritterorden war vom polnischen König das Prussenland zur Besiedlung und Besitznahme versprochen worden. Die Prussen mussten zunächst Arbeitskräfte zum Bau vieler Burgen stellen. Danach rief der Orden Siedler aus dem deutschen Raum zur Errichtung von Dörfern und Städten ins Land. Bei der Gründung des Herzogtums Preußen 1525 wurde offiziell der lutherisch-reformierte Glaube angenommen, während Kurland und das Bistum Ermland, die damals zu Polen gehörten, katholisch blieben. Die Zuhörer bedankten sich nach diesen Ausführungen des Vorsitzenden mit kräftigem Beifall.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt @kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

In der letzten Zeit kam es widerholt zu Störungen beim Netzanbieter unserer Internetseite. Dies hat uns dazu veranlasst, den Anbieter zu wechseln. Unsere Internetseite ist nun wieder in zuverlässiger Qualität unter den Adressen www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de und www.heiligenbeil-ostpreussen.de zu erreichen.

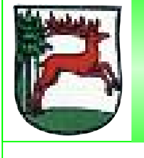


MOHRUNGEN

Geschäftsführender Vorstand: Gisela Harder stellvertr. Kreisvertreterin, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon/Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, stellvertr. Kreisvertreterin, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Frank Panke, Schatzmeister, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462)2452. Geschäftsstelle Lothar Gräf, Dr. Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, Fax (02333) 5570.

Nachruf auf Siegfried Krause. Siegfried Krause wurde am 17. November 1930 in Weinsdorf/Kreis Mohrungen geboren. Sein Lebensweg war gezeichnet vom Zweiten Weltkrieg und dem Leben in der DDR. Nach der kleinen Wiedervereinigung suchte er bald den Kontakt zur Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. Schon 1998 wurde er zum Kreisvertreter gewählt. Er achtete seit der Amtsübernahme auf Gesetze, ohne die die Arbeit der Kreisgemeinschaft nicht möglich gewesen wäre oder sie möglich machte. Der erste Erfolg konnte 2000 verzeichnet werden. Dank Krauses Wissen konnte der Partnerschaftsvertrag mit der polnischen Gemeinde Mohrungen [Morag] erarbeitet werden. Viel Zeit und Übersicht brauchte es, damit zwischen uns Mohrungern und den Moragern das Dokument unterzeichnet werden konnte. Dies geschah während des Hauptkreistreffens 2001. Dann zeigte Siegfried Krause den Weg in die Gemeinschaft. Das Vertrauen nahm auf beiden Seiten zu. In Mohrungen waren wir nicht mehr die „schlimmen“ Deutschen, sondern die deutschen Mohrunger, die ihre Heimat besuchen. So hatte sich auch die polnische Seite geöffnet. Schon 2002 erhielt Siegfried Krause von Frau Bartos, Leiterin des Herder-Museums Mohrungen [Morag], die Herder-Plakette überreicht. Der segensreiche Vertrag machte es möglich, dass 2002 auch die Feier „675 Jahre Mohrungen“ von Polen und Deutschen gemeinsam gestaltet wurde. Im gleichen Jahr nahmen unter Siegfried Krauses Leitung die Überlegungen zu den Themen „Lapidarium“ und „Mohrunger Stuben“ Gestalt an. Siegfried Krause hatte durch seine Ideen und Initiative die Tür zur Heimat geöffnet. Die Mohrunger sind ihm dafür unendlich dankbar. Selbst später wirkte er als Kreistagsmitglied aktiv in der Funktion des Kassenprüfers mit. Bis zum Schluss betreute er als EDV-Bearbeiter die Internetseite von Mohrungen. Siegfried Krause starb nach schwerer Krankheit am 22. April 2012 in Berlin. Die Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. wird ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Elisabeth Krahn



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357931, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Kirchspieltreffen Willenberg

Fünfundsechzig Landsleute füllten den Cranger Saal in Herne, als mit dem Lied „Der Mai ist gekommen ...“ die Feierstunde eingeleitet wurde. Helga Frankiewicz begrüßte die Anwesenden, unter ihnen den Kreisvorsitzenden Dieter Chilla mit seiner Frau, den Ehrenvorsitzenden Edelfried Baginski, seinen Vorgänger Wilhelm Geyer mit seiner Frau sowie die anwesenden Mitglieder von Kreistag und Kreisausschuss. Sie bedankte sich für das zahlreiche Erscheinen, rief die einzelnen Dörfer des Kirchspiels auf und wies auf die Wahlurne nebst Stimmzetteln für die Wahl zum nächsten Ortelsburger Kreistag hin. Auf ihre Bitte stellte sich Landsmann Gregor Gonsowski vor, der für den Kreistag kandidiert. Er schilderte kurz seinen Lebenslauf und stellte sein besonderes Anliegen vor, auf dem Friedhof in Montwitz eine Gedenktafel mit den Namen aller dort ruhenden deutschen Montwitzer zu errichten. Die anschließende Totenehrung sprach Christel Sender und nach dem gemeinsam gesungenen Lied „Kein schöner Land in dieser Zeit“ hielt Dieter Chilla die Festansprache. Er erinnerte an Beispiele aus der Geschichte von Menschenvertreibungen, die aber in ihren Dimensionen nicht vergleichbar mit der Vertreibung der Ostdeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg sind. Dieses Vertreibungsunrecht darf auch bei unseren Kindern und Enkelkindern nie in Vergessenheit geraten. Dennoch müssen unsere Anstrengungen auf Frieden und Versöhnung gerichtet sein, zumal auch in Polen heute die Bereitschaft dazu vorhanden ist. Zusammenfassend wies er darauf hin, dass es nicht um ein Gedenken in historischem Sinn geht, sondern auch um die lebenspraktische Umsetzung des vierten Gebotes „Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren“. Gedenken an Flucht und Vertreibung drückt auch den Respekt vor dem Schicksal der Eltern und Großeltern aus. Nach dem Lied „Im grünen Wald da wo die Drossel singt“ sprach Edelfried Baginski die Schlussworte. Er stellte sie unter ein Leitwort einer Zeile dieses Liedes: „Wo Tann und Fichten steh‘n am Waldessaum erlebt ich meiner Jugend schönsten Traum.“ Wie viele Landsleute, so hat auch ihn dieses Lied ein Leben lang begleitet und an die Schönheit der dunklen Wälder und kristallnen Seen erinnert. Anhand von Beispielen zeigte er, dass die Heimat uns bis heute nicht loslässt und Heimatliebe und Heimatverbundenheit heute etwas Besonderes und vielleicht etwas Unerklärbares sind. Abschließend berichtete er von der Einführung des neuen evangelischen Pfarrers Szymon Czembor am 31. März in Ortelsburg [Szczytno], wo er gemeinsam mit Helga Frankiewicz die Kreisgemeinschaft vertreten hat. Die Feierstunde endete mit dem Ostpreußenlied. Es folgten angeregte, harmonische Stunden, bis die Letzten gegen 17 Uhr den Saal verließen. Rückblickend war es ein wirklich schönes Heimattreffen.

Neuer evangelischer Pfarrer in Ortelsburg. – Im Dezember 2011 verstarb in Ortelsburg Pfarrer Dr. Alfred Tschirschnitz, der über zwei Jahrzehnte dort die kirchliche Arbeit vor allem für unsere deutschen Landsleute geleistet hat. Vorübergehend übernahm der uns allen gut bekannte Pfarrer Witold Twardzik aus Passenheim die seelsorgerische Betreuung der etwa 200 vorwiegend deutschen Gemeindemitglieder. Seitdem bemühte sich die Kirchenleitung um einen Nachfolger für die vakante Pfarrerstelle. Nach Ausschreibung, Probegottesdienst und Zustimmung der Gemeinde fiel die Wahl auf den Pfarrer Szymon Czembor. Die Familie stammt aus Oberschlesien, wo Alfred 1970 als Sohn eines evangelischen Pfarrers geboren wurde. Nach seiner Ordination im Jahre 1994 arbeitete er als Seelsorger ein Jahr in Toronto/Kanada, zwei Jahre in Warschau und dreizehn Jahre in Tarnowitz [Tarnowskie Góry]. Zu seiner feierlichen Einweihung am 31. März in der evangelischen Kirche in Ortelsburg lud er mehrere Vorstandsmitglieder der Kreisgemeinschaft persönlich ein. So reiste ich als Ehrenvorsitzender mit meiner Lebensgefährtin und Schatzmeisterin Helga Frankiewicz am 29. März in die Heimat, um die Kreisgemeinschaft bei diesem wichtigen Ereignis zu vertreten. Am Sonnabend, 31. März, fanden sich etwa 70 Personen in unserer alten, aber schön renovierten evangelischen Kirche ein, unter ihnen viele evangelische, aber auch katholische Geistliche aus dem masurischen Raum sowie die Bürgermeisterin Danuta Górska und der Landrat Jarosław Matlach. Die feierliche Einführung wurde durch den Bischof der Masurischen Diözese Pfr. Rudolf Bazanowski vorgenommen. Gegen Ende des Gottes-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

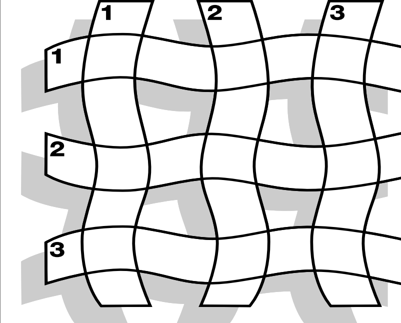
CEGKO, ARST, FFIKN, FNORT, AIKN, EFIT, ELTZ, IRTZ, BEENS, EIIN OR, AEFKK LNRU, FFOR, AFTT

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Zierpflanze, Schnittblume.

1	KINDER		RAD
2	STUBEN		ZELLE
3	WINTER		HERZ
4	STADT		KREUZ
5	MUSKEL		STIMMUNG
6	EHREN		MEISTER
7	EHE		VERTRAG

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Stückmaß
2 mexikanisches Indianervolk
3 Prahler

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

G		K		F		
B	E	S	E	N		R	I	T	Z
	C	T		I	R	O	N	I	E
K	A	R	F	U	N	K	E	L
O	R	F		F		T	A	F	T

Mittelworträtsel: 1. Wagen, 2. Arrest, 3. Sportler, 4. Autobahn, 5. Kater, 6. Buerger, 7. Berater – Gerbera

Magisch: 1. Dutzend, 2. Azteken, 3. Angeber

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

dienstes ergab sich für einige Repräsentanten die Gelegenheit für persönliche Begrüßungsworte und Übergabe von kleinen Aufmerksamkeiten an den neuen Pfarrer. Vor dem Altar übermittelte ich vor allen Anwesenden die Grüße der ehemaligen Einwohner von Stadt und Kreis Ortelsburg und übergab ihm eine Geldspende der Kreisgemeinschaft für die Renovierung seiner Dienstwohnung, wobei ich besonders darauf hinwies, dass dieses Geld aus Spenden der ehemaligen Ortelsburger stammt. Abschließend wünschte ich ihm Gottes Segen und Glück bei seiner Arbeit für die Gemeinde in Ortelsburg. Pfarrer Twardzik übersetzte meine Worte ins Polnische.

Nach dem Gottesdienst am nächsten Tag, dem Palmsonntag, ergab sich die Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch mit Pfarrer Czembor in seiner Wohnung. Unsere kurze Reise diente natürlich auch dazu, die Verbindung zum deutschen Kulturverein „Heimat“ zu pflegen und mit dem neu gewählten Vorstand zusammen zu kommen. Schlussbemerkung: In Ortelsburg war es wesentlich kälter als im Ruhrgebiet und die Natur ließ noch keine Anzeichen des kommenden Frühlings erkennen.

Edelfried Baginski



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Kreistagssitzung in Halle/Saale – Im Vorfeld des Regionaltreffens der drei Kreisgemeinschaften Elchniederung, Tilsit-Stadt und Tilsit-Ragnit trafen sich die Mitglieder des Kreistages Tilsit-Ragnit am 27. April in Halle/Saale zur ihrer ersten Sitzung in diesem Jahr. Die Sitzung wurde durch den Vorstand und den Kreisausschuss vorbereitet. Kreisvertreter Dieter Neukamm dankte zu Beginn der Sitzung besonders Manfred Malien und Klaus-Dieter Metschulat, die mit dem Jahreswechsel ihre Funktionen als Schriftleiter und Schatzmeister an ihre Nachfolger Heinz Powils und Helmut Subroweit übergeben haben. Beide haben sich bereits – so Dieter Neukamm – gut in ihren jeweiligen Aufgabenbereich eingearbeitet.

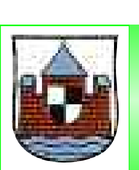
Die Geschäftsführerin Eva Lüders wies in ihrem Bericht auf die Schwierigkeiten hin, die beim Versand des gemeinsamen Heimatrundbriefes „Land an der Memel“ und „Tilsiter Rundbrief“ entstanden sind. Hier müsse unbedingt ein Adressenabgleich erfolgen.

Kassenbericht: Klaus-Dieter Metschulat bedankte sich bei den Kreistagsmitgliedern für eine 12-jährige vertrauensvolle Zusammenarbeit. Nachdem der Haushalt 2011 nur durch eine Entnahme aus der Rücklage ausgeglichen werden konnte, seien im Jahr 2012 die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt. Metschulat forderte jedoch eine sparsame Haushaltsführung. Die Prüfung der Kasse durch die Revisorinnen Betty Römer-Götzelmann und Edeltraut Zenke ergab wie gewohnt keinerlei Beanstandungen. Sie bescheinigten dem ehemaligen Schatzmeister eine hervorragende Amtsführung. Einer Entlastung des ehemaligen Schatzmeisters und des Kreisausschusses stand somit nichts im Wege.

Martin Lipsch hatte sich im Vorfeld der Kreistagssitzung bereit erklärt, die Aufgabe des Jugendvertreters zu übernehmen. Allerdings gibt es hierzu noch Klärungsbedarf über das Tätigkeitsfeld und auch darüber, wer in den Kreisgemeinschaften zur Jugend gerechnet wird. Die Öffentlichkeitsarbeit der Kreisgemeinschaft soll auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Hierüber herrschte im Kreistag weitgehende Einigkeit. Winfried Knocks hatte vorgeschlagen, auch zur Ortspresse und zu regionalen Radio- und Fernsehsendern Kontakt aufzunehmen. Das für die Öffentlichkeitsarbeit zuständige Kreistagsmitglied wurde beauftragt, diese Kontakte zu koordinieren. Auch auf der Internetseite der Kreisgemeinschaft sollen Informationen veröffentlicht werden, zudem ist die Erstellung eines Handzettels beabsichtigt.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion über die Gestaltung künftiger Kirchspieltreffen ein. Einige Kirchspielvertreter beklagten, dass für solche Treffen nicht mehr genügend Teilnehmer zusammenkommen. Eine Möglichkeit sei die Zusammenlegung von mehreren Treffen. Schließlich wurde beschlossen, Kirchspieltreffen bei ausreichender Beteiligung jährlich durchzuführen. Falls überregionale Veranstaltungen stattfinden, sollen die Kirchspieltreffen auch aus Kostengründen im Zusammenhang mit diesen abgehalten werden.

Regionaltreffen 2013 – Das nächste Regionaltreffen der drei Kreisgemeinschaften ist für den 5. Oktober des nächsten Jahres in Osnabrück / Niedersachsen geplant. Osnabrück ist sowohl mit der Bahn als auch mit dem Auto gut zu erreichen. Winfried Knocks berichtete hierzu über den Stand der Vorbereitungen. Es wurde angeregt, möglichst nur solche Hotels zu buchen, in denen sowohl die Kreistagsmitglieder gemeinsam untergebracht als auch die Sitzungen der Kreisgemeinschaft stattfinden können. Über die Ehrung der Kreistagsmitglieder, die in diesem Jahr 80 Jahre alt wurden, wird noch gesondert berichtet.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Realgymnasium/Oberschule für Jungen – Als Treffpunkt für das 69. Schultreffen wurde Halle an der Saale ausgewählt, weil das Schultreffen mit dem großen Heimattreffen der drei Nachbarkreise Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit und Elchniederung kombiniert wurde.

Gernot Grübler hatte mit gewohnter Perfektion den Ablauf vorbereitet und im Hotel „Ankerhof“ ein Zimmerkontingent reserviert. 40 Teilnehmer waren nach Halle gekommen. Am Sonnabend, 28. April, stand vor dem Hotel ein Bus, der die Gruppe zum Kongress- und Kulturzentrum brachte, wo im großen Festsaal das Heimattreffen stattfand. Für die SRT waren Tische reserviert. Nach dem Gesang des „Ostpreußenliedes“ richteten die drei Kreisvertreter das Wort an die Teilnehmer, gefolgt vom Ostpreußenchor Magdeburg mit einem unterhaltsamen Programm an Heimatliedern und Rezitationen.

Mit einem interessanten Vortrag machte Bruno Buntschu die Teilnehmer mit der Tradition des Tilsiter Käses vertraut, schilderte die Entstehung von Tilsiter in der Schweiz und erläuterte sein Projekt, mit dem er den Tilsiter Käse wieder am Memelstrom heimisch machen wolle.

Die Tilsiter Museumsdirektorin Angelika Spiljowa sprach in ihrem Vortrag über die Entdeckung der historischen Vergangenheit der Heimatstadt, über die Einweihung des Herzog-Albrecht-Gedenksteins und über den Besuch von Armin Mueller-Stahl in Tilsit. Sie verlas auch eine Grußadresse des Oberbürgermeisters Nikolaj Wojstschew und übergab Hans Dzieran die kürzlich eingeführte Stadtflagge in den alten Tilsiter Farben Grün-weiß-rot mit dem historischen Wappen von 1552.

Den Abschluss des Programms bildeten die Darbietungen des A-cappella-Ensembles „Cantabile“. Der Abend vereinte die Schulkameraden beim Abendessen im Restaurant „Saalekahn“. Hans Dzieran appellierte an die Schulkameraden, einen neuen Schulsprecher zu wählen. Wegen seiner Doppelbelastung müsse er das Amt niederlegen. Es gilt, für die Führung der Schulgemeinschaft einen neuen Schulsprecher zu finden.

Am Sonntag wurde Halle genauer erkundet. Nach dem Frühstück startete der Bus zu einer Stadtrundfahrt, bei der die Gruppe die interessantesten Sehenswürdigkeiten zu Gesicht bekam. Dazu gehörte der Markt mit der spätgotischen Marktkirche und dem Roten Turm, das Händeldenkmal, der Dom, die Moritzburg, die Franckeschen Stiftungen, die spätklassizistischen Gebäude der Martin-Luther-Universität und vieles mehr. Die Rundfahrt endete am Saaleufer. Hier ging die Gruppe an Bord eines Saaledampfers und genoss bei herrlichem Sonnenschein die Fahrt entlang „der Saale hellem Strande“. Der Tag wurde mit der Kaffeetafel und weiteren Diskussionen über die Zukunft der Schulgemeinschaft fortgesetzt. Bei einem gemeinsamen Abendessen klangen die Ereignisse der erlebnisreichen Tage aus.

Kein schöner Land

Frühlingsfest beim FHwO

Mit Frühlingsgedichten und dem schönen Volkslied „Der Mai ist gekommen“ begann das traditionelle Frühlingsfest des Freundschafts- und Hilfswerk-Ost e.V (FHwO) zum nunmehr 45. Male in Folge, stets am 1. Mai. Der Vorsitzende Klaus Hoffmann begrüßte neben dem Vorstand und Beirat die Mitglieder und Gäste der FHwO-Stützpunkte des Großraums der Lüneburger Heide, aber auch Gäste aus Bromberg/Westpreußen und den Jugendchor „Karolinka“ aus Gleiwitz in Oberschlesien. Grüße von einigen Deutschen Freundschaftskreisen (DFK) aus dem südlichen Ostpreußen, Hinterpommern und Schlesien und auch Grüße von Ehrenmitgliedern und bundesweiten Förderern des FHwO wurden verlesen, darunter auch das Grußwort des FHwO-Schirmherrn Professor Karl-Heinz Kuhlmann, der leider aus gesundheitlichen Gründen verhindert war. Besonders herzlich wurde die 12-jährige hochbegabte Pianistin Rebecca-Freiya Krause begrüßt, die im Verlaufe des Frühlingsfestes einige musikalische, sehr gekonnte Kostproben am Klavier gab.

Es folgten Gesangseinlagen durch den Jugendchor „Karolinka“. Mit dem Lied der Oberschlesier, die oberschlesische Hymne, machten die fröhlichen Kinder im Alter von zehn bis siebzehn Jahren den Anfang und es folgten die schönsten und bekanntesten deutschen Volks- und Wanderlieder. Der Jugendchor „Karolinka“ besteht aus 20 Jugendlichen, die sehr fleißig die deutschen Liedertexte lernen und dann auswendig singen. Man merkte, dass der Gesang den Jugendlichen viel Freude macht. Neben dem Tanz für alle in den Wonnemonat Mai wurde auch eine große Tombola verlost. Spitzenpreise waren ein Touren-Fahrrad und ein zehn Kilogramm schwerer Heideschinken sowie viele weitere große und kleine Preise.

Ein großer FHwO-Informationsstand mit Fotoausstellung und Bücherangebot sowie eine Ausstellung zum 300. Geburtstag des „Alten Fritz“ befanden sich im Saal. Auch die Heimatzeitungen, die *PAZ*, die „Pommersche Zeitung“, „Der Westpreuße“ und „Der Schlesier“ befanden sich in der Auslage und wurden gerne von den Teilnehmern als Leseprobe mitgenommen.

Im Wechsel mit den Gesangseinlagen des Jugendchors „Karolinka“ und dem Tanz für alle vergingen die fröhlichen Feststunden viel zu schnell. Mit dem Schlusslied „Kein schöner Land“ und den Dankesworten an alle Mitwirkenden, Helfer sowie Bedienungspersonal des Hauses durch den Vorsitzenden Klaus Hoffmann endete das Frühlingsfest. Mit dem Jugendchor „Kalinka“ folgten am 2. und 3. Mai noch zwei weitere sehr gut besuchte Heimatnachmittage bei landsmannschaftlichen Gruppen in Oebisfelde und Munster.



Foto: Ch. Rudolf

Honorarkonsulat der Bundesrepublik im ukrainischen Lemberg: Im deutschen Text steht „Lemberg“. Komisch: Hier geht es umstandslos. Nach dem Willen Westerwelles (s. *PAZ* Nr. 3/2012) soll das für Königsberg „aus historischer Sicht“ nicht möglich sein.

Freier Eintritt in Lüneburg!

Internationaler Museumstag im Ostpreußischen Landesmuseum

Der Internationale Museumstag am 20. Mai 2012 steht in diesem Jahr unter dem Motto: „Welt im Wandel – Museen im Wandel“. Dazu lädt das Ostpreußische Landesmuseum mit einem vielseitig anregenden Programm für die ganze Familie ein. Ab 11 Uhr gibt es Vorträge und Themenführungen durch die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Hauses und Gästen wie Christian von Redecker und Christa Hunzinger. Mit dabei ist aber auch die Künstlerin Elena Steinke, die durch die Ausstellung „Versöhnender Schmerz“ führt. Im Rahmen dieser Sonderausstellung unterstützt das Ostpreußische Landesmuseum auch das Spendenprojekt „Jablonka“ der Nordelbischen Kirche, dessen Erlös Straßenkindern aus Kaliningrad, dem ehemaligem Königsberg, zu Gute kommt.

Wie sieht ein Museum aus Kinderperspektive aus? Dieser spannende Perspektivenwandel kann mit Hilfe der Kinder des Museumsclubs erlebet werden. Die Kinder stellen Besuchern ihre Lieblingsausstellungsstücke in zwei unterhaltsamen Führungen vor. Daneben lockt ein Programm für Neugierige, Kreative und Mutige. Unter dem Motto „Mischt Euch farbig ein“ malen Kinder Postkarten, die für das Spendenprojekt „Jablonka“ verkauft werden sollen. In Zusammenarbeit mit dem Naturwissenschaftlichen Verein Lüneburg entdecken Kinder und Erwachsene zudem die „Welt des Kleinsten“ – auch ein Perspektivenwandel, diesmal spannend-gruselig mit Algen, Pollen und „Monstern“.

Ab 11 Uhr Vorträge und Führungen:

11 bis 11:30 Uhr: „Museum im Wandel – Wandel im Museum?“ mit Dr. Jörn Barfod

11:30 bis 12:00 Uhr: Vorstellung des Spenden-Projekts „Kunst für Königsberg“ mit Pastorin Christa Hunzinger, Europareferentin der Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland

12 bis 12:30 Uhr und 13 bis 13:30 Uhr – Kinderführung: Kinder des Museumskinderclubs stellen ihre Lieblingsausstellungsstücke vor

14 bis 14:30 Uhr: „Der Wolf als Nutznießer einer sich wandelnden Welt“ mit Dr. Christoph Hinkelmann

15 bis 15:45 Uhr: Führung durch die Ausstellung „Versöhnender Schmerz“ mit der Künstlerin Elena Steinke

16 bis 16:45 Uhr: „Eichmedien / Nakomiady. Große Vergangenheit, glänzende Zukunft?“ mit Christian von Redecker

Ab 11 Uhr buntes Kinder- und Familienprogramm:

Von 11 bis 17 Uhr: Unter dem Motto „Mischt Euch farbig ein“ malen Kinder Postkarten, die für einen guten Zweck verkauft werden sollen. Der Erlös geht an „Jablonka“, ein Rehabilitationszentrum für verwahrloste Straßenkinder in Königsberg, ein Hilfsprojekt der Nordelbischen Kirche.

Ab 14 Uhr: Kinder und Erwachsene erforschen mit dem Naturwissenschaftlichen Verein Lüneburg die „Welt der Kleinsten“. Unheimlich, was für „Monster“ unter dem Mikroskop sichtbar werden können. Ein spannend-gruseliger Perspektivenwandel mit Algen, Pollen und „Monstern“.

Freier Eintritt am Internationalen Museumstag!

Verkehrsverbindungen: Vom Lüneburger Bahnhof Buslinien in Richtung „Am Sande“.

Am Zaun

Aus den »Spaziergängen einer Ostpreußin« von Agnes Miegel

O sanfter süßer Hauch!“ Ja, heute kann man es wirklich sagen. Ganz plötzlich, nicht über Nacht, sondern mit dem Wind, der nach Südosten umsprang, ist es gekommen. Die Knospen an dem alten Ahornbaum überm Wasser schwellen zusehends, drei Stare, glänzend wie Spielhähne, fliegen um den Nistkasten, schmelzend und lieblich, noch ganz kurz klingt ihr flötender Ruf durch die feuchte Luft, wie die Stimme des Frühlings selbst. Ein fremder, weicher Duft kommt mit warmem stoßweisem Wind. Es ist nicht der Duft von Veilchen und jungem Laub, wie ihn der Frühlingswind in Thüringen und im Weserland bringt, nicht das heiße Föhnbrausen, das über Süddeutschlands blühende Talwiesen streicht, in dem noch ein Hauch von schmelzendem Schnee zu spüren ist. Unser Frühling kommt nicht von den Alpen, nicht über den Ozean, er kommt von Südosten her von den endlosen Steppen, und etwas von ihrem Licht, ihrer Unendlichkeit, von dem rasenden kurzen Überschwang ihrer Blüte kommt mit ihm. Und wir sehn in die Welt, die endlose, von dem flimmernden Frühlingsdunst erfüllte Welt des Ostens, wie wir als Kinder von den Wällen über die besonnten Äcker draußen blickten.

> Unser Frühling kommt her von den endlosen Steppen des Ostens

Die Wälle sind gefallen, und Unerfreulichkeit steht an ihrer Stelle und harrt drauf, dass Ordnung wird, wo jetzt das Nichts ist, die Unfruchtbarkeit, zur Unfruchtbarkeit bestimmt, der Bauplatz in seiner ganzen Scheußlichkeit. Nur ein kleiner Schrebergarten predigt eindringlicher, dass wir im Schweiß unseres Angesichts die Erde bebauen sollen. Und man bewundert den Bienenfleiß, die Geduld, die diesen backsteinharten Boden bebaut und ihm Früchte abringt, die Liebe, die noch aus Kistenlatten eine kleine Laube zimmerte, ein Bänkchen mit einem Puppenbeet davor, auf dem zierlich gepflanzte Leberblümchen und Veilchen stehn, die Hoffnung, die das Kirschbäumchen mit den weißlich schimmernden Knospen pflanzte – hier, wo rechts und links, nackt, rot und scheußlich, die massige Wucht der Mietskasernen herankriecht, ihre Vorposten, die Zäune und Baracken, drohend vorschiebt.

Ein bisschen betrübt bin ich, dass ich zu einer Zeit vorübergehe, wo ich nicht die Besitzer sehe. Soviel erzählen diese Gärtchen, dass ich gerne ihre Gesichter sehen möchte. Denn diese haben welche. Im Gegensatz zu den Tausenden, die da vorüberhasten und in dem hellen klaren Frühlingslicht alle der wandelnde Beweis dafür sind, dass unser Volk „sein Gesicht verloren hat“ in einer viel tieferen schrecklicheren Bedeutung als es die chinesische Redensart meint. Oder liegt dieser Sinn jenem Ausdruck der uralten Weisen zugrunde? Da gehen sie vorüber, Männer und Frauen; zum größten Teil so elegant gekleidet wie wir es noch nie kannten, in den neuesten Frühlingsmoden, mit den spitzen Schuhen. All ihre Gesichter sind leer, leer, leer. Keine Maske ist so ausdruckslos wie diese Züge, kein Stein so kalt wie diese Augen, kein Tier hat eine Stirn so stumpf wie diese Stirnen. Massenware sie alle in des Begriffs schlimmster Bedeutung, nur noch wie vollkommene Maschinen bewegt von der Heizung ihrer unkomplizierten Instinkte, umhergetrieben von der Gier nach dem, was ihnen als Genuss erscheint. So fern dem lebendigen Odem Gottes wie ein Auto.

> Der wandelnde Beweis, dass unser Volk sein Gesicht verloren hat

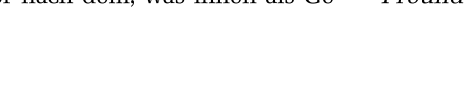
So furchtbar ist kein Gespensterzug nachts an der Kirchhofsmauer wie diese Parade der Menschen ohne Seele im Mittagssonnenschein. Aber dann kommt etwas anderes. Eine alte Frau mit einem Bündel unterm Arm und einem Kapotthut – alles ist grünlich fadenscheinig, verwittert wie ihr Gesicht unter dem weißen Scheitel. Zwei vom Alter ausgefahlte Augen blicken geradeaus über einer Nase, deren edle Form die Jahre nur noch besser zeigen, ein zarter, heute noch zarter Mund atmet lächelnd die warme Luft. Gleich hinter ihr kommt ein alter Landmann in einer grauen Joppe, einen neuen Spaten in der einen Hand, den kleinen Enkel an der anderen. Ein paar freundliche graue Augen zwischen unzähligen Fältchen, ein Paar ganz genau solcher Augen, blank vor Sonne und Freude in einem Apfelblütengesicht.

> Gärtchen auf dürrstem Gelände zwischen Mietskasernen

Und dann ein blutjunger Mensch, den schönen schmalen Kopf auf dem kräftigen Hals, so edel getragen, wie ein Fohlen ihn trägt, das helle Licht der Klugheit auf der Stirn unter dem blonden Schopf – und ich weiß ihn wieder, den ewigen Trost, dass Gott den Menschen schuf nach seinem Bilde, dass jene andern wirklich nur der Spuk an der Kirchhofsmauer sind, der vergeht vor der Wirklichkeit des Morgen- und Abendglanzes, der mich aus den Augen dieser vier ansieht.

Ich weiß, ohne dass ich ihnen begegnete, ganz genau, wie die Menschen aussehen, die ihre Gärtchen hier auf dem dürrsten und härtesten Gelände anlegen, zwischen Mietskasernen und Baracken. Und weiß, dass dieser Boden, über den jetzt die Aprilsonne scheint mit östlich hellem Glanz und der heiße Südostwind weht, ihnen immer wieder alles geben wird, was der Schattenzug jener Ewig-Gierigen niemals kennt – Genügen, Zufriedenheit, Freude über einen aus eigner Kraft errungenen Erfolg. Ein Glück, so groß, dass einer oder die andere jener Schöngekleideten am Zaun stehn bleiben und wie Neck und Nixe fragen wird nach dem Weg zum Erlangen einer unsterblichen Seele.

(Am 29. April 1923 zuerst in der „Ostpreußischen Zeitung“ in Königsberg erschienen. Agnes Miegel erhielt dort im Alter von 41 Jahren durch Vermittlung von Freunden eine Arbeitsstelle.)



Mittwoch, 23. Mai, 19 Uhr:

Die Geburt eines Dichters.
Ernst Wiechert zum 125. Geburtstag

Anlässlich des 125. Geburtstags werden Ausschnitte aus der Novelle „Der Mann von vierzig Jahren“ (erschienen 1930) vorgetragen, in der Wiechert kaum verschlüsselt seine eigentliche Neu-Geburt zum Dichter darstellt. Diese entscheidende Wandlung wird durch ein musikalisches Erlebnis ausgelöst. Es liest die 1938 in Königsberg geborene Schauspielerin Regina Pressler.

Ein weiterer Programmpunkt des Abends ist die Aufführung des Streichquartetts Nr. 1 d-moll op. 45/1 von Wilhelm Kempff, gespielt vom Malinconia-Ensemble aus Stuttgart (Roland Heuer 1. Violine, Ikuko Nishida-Heuer 2. Violine, Axel Breuch Viola und Helmut Scheunchen Violoncello).

Die Einführung gibt der Literaturwissenschaftler Dr. Martin Maurach.

Eintritt: 5 Euro, Einlass ab 18.30 Uhr. Informationen beim Ostpreußischen Landesmuseum, Telefon (04131) 75 995-0

Heilkraft aus den Fadenwesen

Hohes therapeutisches Potenzial in Pilzen als medizinische Wirkstoffe

Wir nehmen Pilze vornehmlich als Speisepilze wahr. Meist als Alltagskost, wie gezüchtete Champignons oder Austernpilze; als köstliches Herbstmahl gelten vielen frische Steinpilze; ein kulinarischer Höhepunkt ist unbestritten ein Gericht mit Trüffeln, Morcheln oder Kaiserlingen. Als Zersetzer des Mörtels am Haus ist uns der Hausschwamm ebenso lästig wie der elend juckende Fußpilz. Pilze begegnen uns als Einzeller in der Backhefe und in vielfältigsten Formen, Farben und Funktionen als unermüdliche Zersetzer in der Natur.

Es lohnt, einen Blick auf sie als Holz- und Restezersetzer zu werfen. Die Beobachtung dieser Vorgänge öffnete Wissenschaftlern diverser Disziplinen nämlich die Tür zu einem, so scheint es, hoch ertragreichen Markt. Dabei ist die Tür erst einen Spalt weit geöffnet. Es geht um Wirkstoffe von Pilzen und ihre Verwertbarkeit in der Pharmakologie.

Nähern wir uns dem Thema ganz naturnah an, indem wir uns eine gefräßige Raupe im Wald vorstellen. Sie frisst und frisst – und verschlingt auch eine winzige Pilzspore. Die sitzt nun in der Raupe und beginnt zu keimen. Natürlich würde die Raupe sie gerne loswerden. Doch sie beruhigt sich, denn: Die Pilzspore sendet an das Abwehrsystem der Raupe einen Stoff, der ihm signalisiert: Keine Angst, ich tu dir nichts. Einverstanden, reagiert die Raupe. Worauf die Spore einen Pilzfaden in die Raupe legt. Die frisst weiter und sucht sich bald ein geschütztes Plätzchen, um sich in Ruhe verpuppen zu können.

Nun naht die Stunde des „Raupenpilzes“. Genau dann, wenn sich die Puppe zum Schmetterling verwandeln will, beginnen sich seine Enzyme durch die Puppe zu fressen. Sie hüllen sie vollends aus, zersetzen sie. Es wird keinen Schmetterling geben. Stattdessen bildet der Pilz nun bald seine Fruchtkörper an den Hüllresten und dem Substrat, in dem die Raupe liegt, um seinerseits Millionen von Sporen bilden zu können.

Der Pilz, der dies schafft, ist die Puppenkernkeule, lateinisch Cordyceps militaris. Wissenschaftler interessierten sich für den Botenstoff, der das Immunsystem der Raupe zu überlisten vermag. Sie hatten schon eine Ahnung, eine Zielsetzung – und siehe da: Inzwischen wird dieser Stoff unter dem Namen Cyclosporin dazu verwendet, bei Menschen, die ein fremdes Organ eingepflanzt bekommen, das Immunsystem zu unterdrücken, damit das fremde Organ nicht abgestoßen wird. Cyclosporin ist ein sogenanntes Immunsuppressivum, das bei Organtransplantationen und bei Autoimmunkrankheiten eingesetzt wird.



Es gibt gute und schlechte Pilze: Pilzkulturen in Petrischalen

Bilder: F1-online

Heinrich Holzer beschreibt die kleine Raupenpilzgeschichte in seinem wunderbaren Buch „Fadenwesen. Fabelhafte Pilzwelt“, Freyung 2011 (Edition Lichtland). Das Buch ist deshalb wunderbar, weil es Pilze nicht nur in fantastischen Bildern, sondern aus bislang weitgehend vernachlässigten Blickwinkeln zeigt: Pilze mit ihrer Mammutleistung für die Ökologie unseres Planeten, Pilze als Lieferanten medizinischer Wirkstoffe beziehungsweise als Lieferanten von Vorlagen für synthetisch hergestellte Wirkstoffe.

> In Südostasien hat man keine Scheu vor Pilzwirkstoffen

Der aus dem Gemeinen Schwarzborstling (Pseudoplectania nigrella), ein unscheinbarer Frühlingspilz, isolierte Wirkstoff Plectasin könnte schon bald einen ähnlichen Siegeszug durch Kliniken und Krankenhäuser antreten. Als Wissenschaftler der Pharmaindustrie den Stoff näher unter die Lupe nahmen, fanden sie heraus: Plectasin wirkt 200-mal stärker antibiotisch als das derzeit stärkste Antibiotikum auf dem Markt. Seine chemische Formel liegt abseits der traditionellen Antibiotika; gegen Plectasin sind bislang noch keine Resistenzbildungen aufgetreten. Das Mittel wird derzeit von einem französischen Pharma-Konzern klinisch erprobt. Es wird als Stoff mit hohem therapeutischem Potenzial eingestuft.

Gleich zwei Wirkstoffe aus einem Pilz haben es auf dem Weltmarkt inzwischen zu millionenschweren Umsätzen gebracht: Es sind aus der Schmetterlingstramete isolierte Zuckerverbindungen, die unter den Formeln PSK und PSP firmieren. Die zwei Polysaccharidverbindungen, bei deren zweiter den Zuckermolekülen noch ein kleines Peptid, also eine Eiweißeinheit, angebunden ist, bringen es in dem Medikament Krestin zu weltweitem Einsatz in der Krebs- und Tumorbekämpfung. Krestin erzielt Hunderte Millionen Dollar beziehungsweise Euro Umsatz pro Jahr. Womit ein ganz unscheinbarer, auch in Deutschland weitverbreiteter Pilz größte Bedeutung erlangte.

Der kalifornische Heilpilz- und Wirkstoffexperte Christopher Hobbs kaut die Schmetterlingstramete während seiner Pilzgänge gerne frisch gepflückt wie einen Kaugummi. Dies mag als naiv anmutende natürliche Krebsvorsorge und Immunstärkung belächelt werden; indes, es ist viel mehr, stellt der Biologe damit doch die ganz unbegründete, jahrhunderte währende westliche Scheu gegenüber Pilzen und ihren Heilstoffen provokativ zur Schau und Diskussion. Tatsächlich wurde Krestin von der japanischen Firma Kureha Chemical Industry (Tokio) entwickelt. Während die Erforschung und Anwendung von Pilzwirkstoffen in Südostasien eine durchgehend jahrtausendalte Tradition hat, erwachte sie im Abendland und überhaupt in der westlichen Hemisphäre erst in den 1970er Jahren.

Nach 40 Jahren Forschung ist man heute weiter: „Pilze sind kleine chemische Laboratorien und sorgen immer wieder für sensationelle Überraschungen“, heißt es im „Umwelt-Spezial ‚Rote Liste gefährdeter Großpilze Bayerns‘“ des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, 2009.

Eine weitreichende Entdeckung gelang zwei Vätern der Wirkstoffforschung von Pilzen in Deutschland, Timm Anke (Kaiserslautern) und Wolfgang Steglich (Bonn, München). Anke hatte Mitte der 70er Jahre die fungizide (pilzwachstumshemmende) Wirkung von Inhaltsstoffen des Bitteren Kiefernzapfenrüblings entdeckt. Tatsächlich wehrt der Kiefernzapfenrübling mit Hilfe des Strobilurins erfolgreich Nahrungskonkurrenten ab. Steglich gelang es bald darauf, die chemische Struktur des Strobilurin A zu ermitteln. Nachdem die Photoresistenz der im Sonnenlicht sich rasch zersetzenden natürlichen Strobilurine im Labor entscheidend verstärkt worden war, konnte die so modifizierte synthetische Kopie ihren Siegeszug um die Welt antreten. Der Wirkstoff unterdrückt schädliche pilzliche Sporenkeimung, stärkt die Immunkräfte der Pflanze und steigert ihre Leistungsfähigkeit. Das BASF-Pflanzenschutzmittel F500 ist ein chemisch hergestelltes Methoxy-Acrylat, das auf dem von Anke entdeckten Wirkstoff basiert. Es ist für Mensch und Tier ungiftig. Erwähnenswert ist, dass die Patent- und Markenanmeldung unmittelbar vor der englischen Konkurrenz gelang.

> Pilzsubstanzen guter Ersatz für »verbauchte« Antibiotika

Ein Schüler von Steglich in München war Norbert Arnold. Aufgrund guter labortechnischer Bedingungen wechselte er nach Halle/Saale an das dortige Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie. Bei seinen Pilzwanderungen im Harz fiel dem Pilzliebhaber Arnold auf: Eine Gruppe von Pilzen, nämlich die Schnecklinge aus der Gattung Hygrophorus, waren nie von Schneckenfraß versehrt. Auch gegen Parasiten und Krankheitserreger schienen sie immun zu sein.

Arnold begann, die Inhaltsstoffe von Schnecklingen zu isolieren und hinsichtlich ihrer Fähigkeiten zu überprüfen. Die Untersuchungen ergaben: Schnecklinge enthalten nicht nur Substanzen gegen parasitische Pilze, sondern sie produzieren auch Stoffe gegen Bakterien, sogenannte Hygrophorone. Erfreulicherweise sind sie besonders gegen Staphylococcus aureus aktiv, also gegen genau jenen Eitererreger, mit dem Krankenhäuser so sehr zu kämpfen haben.

Für die Entwicklung neuer Medikamente zur Bekämpfung multiresistenter Bakterienstämme sind die aus den Schnecklingen isolierten Stoffe deshalb besonders interessant. „Viele der synthetisch hergestellten Antibiotika sind nur Modifizierungen bereits vorhandener Stoffe“, so Arnold. Meist würden diese Giftstoffe für die besonders mutationsfreudigen multiresistenten Bakterienstämme „keine große Hürde“ mehr bedeuten. „Deshalb wird es immer lohnenswerter, in der Natur nach Wirkstoffen zu suchen, die sich in ihrer Struktur grundlegend von bereits eingesetzten Antibiotika unterscheiden. Unsere Hygrophorone sind gute Kandidaten dafür.“ 2004 wurden diese Wirkstoffgruppe zum Patent angemeldet.

Und 2009 meldete Arnold ein weiteres Patent an. Er hatte aus „seinen“ Schnecklingen noch eine Substanz isolieren können, die stark antibiotisch gegen den berüchtigten Erreger der Kraut- und Knollenfäule in Kartoffeln wirkt. Das angemeldete Mittel könnte eine zukunftsweisende Leitstruktur für die Entwicklung neuer Agrochemikalien werden.

Heinz-Wilhelm Bertram

Mülltaucher

Leben aus der Tonne

Sie nennen sich „Aldikämpfer“, „das Brot“ oder „Agitation“. Das Hobby der Anhänger des Sammelns im Lebensmittelmüll ist das „Containern“ oder wenig schmackhaft „Mülltauchen“. Bedürftige aber auch Suchende aus weltanschaulichen Motiven machen sich an Abfallbehältern zu schaffen, wo Einzelhandel wie Lebensmittelindustrie Nahrung oft allein wegen abgelaufenen Mindesthaltbarkeitsdatums entsorgen.

Die Bewegung entstand in den neunziger Jahren in den USA. Sie ist inzwischen deutschlandweit verbreitet. Ob die Jäger Konsumverweigerer oder Anhänger einer Kostenlos-Kultur sind, sie machen sich in jedem Fall strafbar, denn etwas aus dem Müll zu nehmen, ist Diebstahl. Mitunter begehen sie Hausfriedensbruch, verschaffen sich Zutritt zu Privatgelände und knacken die oft verschlossenen Behälter. Eine Gruppe isst Tierisches nur, wenn es aus dem Müll stammt.

Die Aktivisten sehen ihr nächtliches Treiben meist als Protest gegen Verschwendung: „Ich finde es unglaublich, dass scheinbar die Hälfte aller Lebensmittel weggeworfen wird, nur damit die Warenregale in den Supermärkten gefüllt sind“, so ein typischer Kommentar im Szenetreff „Containern.de“ im Internet. Tatsächlich ergab eine im März vorgestellte Studie im Auftrag des Bundesverbraucherministeriums, dass Industrie, Handel, Großverbraucher und Privathaushalte jährlich gut elf Millionen Tonnen Lebensmittel als Abfall entsorgen und damit 21,6 Milliarden Euro. Laut Studie schmeißen Haushalte mit 61 Prozent am meisten weg. An zweiter Stelle kommen Großverbraucher sowie die Industrie mit je rund 17 Prozent. Im Internet treiben die „Mülltaucher“ indes weiter einen regen Austausch an Tipps und Argumenten. Man verabredet sich, fachsimpelt über beste Zeiten, störende nächtliche Lieferanten und die verlogenen Biomärkte, die besonders viel wegwerfen, „da sie sonst ihren Hochpreisstandard verlieren“. Strafanzeigen sind selten und gehen meist glimpflich aus. *SV*

Weihrauch bald unbezahlbar

Die Duftharzbäume aus dem Nahen Osten sterben aus

Es waren der Überlieferung nach die Heiligen Drei Könige, die dem neugeborenen Jesus als eine ihrer kostbarsten Gaben Weihrauch mit nach Bethlehem brachten. Das Harz der Boswellia-Bäume war schon in der Frühgeschichte etwa seit 3500 v. Chr. ein begehrter Handelsartikel.

Damit allerdings könnte es bald zu Ende sein, prognostizierten jetzt Forscher von der niederländischen Universität Wageningen nach entsprechenden Feldstudien vor Ort: Der Bestand der seltenen Wüstenbäume schrumpft dramatisch und die Wissenschaftler prognostizieren, dass es in etwa 50 Jahren keinen Weihrauch mehr gibt. Bald also dürften die magischen Körner nur noch zu Goldpreisen gehandelt werden. Spekulanten decken sich deshalb schon heute damit ein.

Keine katholische oder orthodoxe Liturgie ist ohne den Rauch aus den kleinen, weißen bis goldgelben Körnern denkbar. Ihr typischer Duft durchströmt zur Ehre Gottes das Kirchenschiff. Schon Ägyptens Pharaonen umhüllten sich mit dem Duft der heiligen Bäume, die antiken Römer setzten ihn in ihren Tempeln ein, chinesische Dschunken transportierten das kostbare Harz bereits im 12. Jahrhundert quer über den Indischen Ozean zu ihren Herrscherhäusern. In der russisch-ortodoxen Kirche spielt heute noch Weihrauch eine zentrale Rolle, während seine entzündungshemmende und antibiotische Verwendung in der Medizin fast in Vergessenheit geraten ist. Erst jetzt bahnt sich eine Wiederentdekkung durch die Naturheilkunde an.

„Schweiß der Götter“ nannten die alten Ägypter das wertvolle Baumharz. Seine Handelswege wurden streng überwacht, die Ursprungsgebiete geheim gehalten. Auf der sogenannten Weihrauchstraße erfolgte der Transport in alle Teile der damals bekannten Welt.

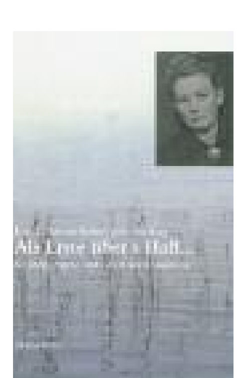


Unverzichtbar für die Liturgie: Weihrauch-Harz Bild: Wikipedia/Peter Presslein

Die Schuld an dem Bestandsniedergang in den Stammgebieten der Bäume – der Arabischen Halbinsel, Äthiopien, dem Horn von Afrika und Indien –, trägt keinesfalls eine zu starke Aberntung, sondern ein vermehrtes Auftreten von Bränden, Schädlingsattacken und die Überweidung etwa durch Ziegen.

Als Ersatz könnte die sogenannte immergrüne Grannen-Tanne aus der Familie der Kieferngewächse dienen. Auch ihr Harz strömt bei Verbrennung einen dem üblichen Weihrauch ähnlichen Duft aus. Die Baumart kommt nur im Santa-Lucia-Gebirge Kaliforniens vor. Allerdings steht auch sie auf der Roten Liste gefährdeter Arten, zum Glück noch als „gering gefährdet“ eingestuft.

Joachim Feyerabend



Haff war die Rettung

Erinnerungen an Flucht 1945

Gisela Nebel erfüllte ihrer Schwiegermutter nach deren Tod einen sehnlichen Wunsch. Schon 1945, direkt nach der Flucht, hatte Ursula Nebel, geborene Kudling, ein Buch über all ihre Erlebnisse schreiben und herausbringen wollen. Zwar arbeitete sie immer wieder an ihrem Buch, es gelang ihr jedoch nicht, dieses vor ihrem Tod im Jahr 2010 zu vollenden. Dies übernahm ihre Schwiegertochter Gisela und schuf aus Schreiben, Berichten, Briefen und Erzählungen ihrer Schwiegermutter das Buch „Als Erste übers Haff. Kindheit, Jugend und Flucht aus Königsberg“.

Viele kleine Geschichten aus der Kindheit und Jugend von Ursula Nebel stellen anschaulich dar, wie das Leben der am 17. Januar 1926 in Königsberg-Juditten Geborenen damals ausgesehen hat. Einige Abbildungen runden die liebevollen Beschreibungen des Umfeldes ab. So zum Bespiel das Foto ihres Geburtshauses, welches sie im Jahr 2001 auf einer Reise in ihre Heimat wiederfand und fotografierte.

Schwiegertochter hat Tagebuch veröffentlicht

Auf eine nicht immer idyllische, aber dennoch schöne Kindheit folgte im Jahr 1945 die Flucht aus der Heimat. Mit einem Bekannten, aber ohne Geld und Gepäck wagten Gisela die Flucht über das Eis des gefrorenen Haffs.

„Wir standen mit unseren Fahrrädern unschlüssig am Frischen Haff mit den vielen, vielen Flüchtlingen. Wir wollten es wagen – acht Kilometer soll hier das Haff breit sein, die schmalste Stelle – die Leute rieten uns ab. Wir in unserem jugendlichen Leichtsinn, oder war es Unbekümmertheit, hatten den Mut und schoben los mit den Fahrrädern über das Eis durch die hohen Schneewehen ... Keiner folgte uns. Unendlich erschien uns der Weg in der eisigen Kälte. Das andere Ufer, die Frische Nehrung, war uns schrecklich weit entfernt ... Endlich kam etwas Schilf durch das Eis, das allmählich größer wurde. Das Ufer kam näher! ... Die ‚schwarze Traube‘ von Menschen wurde größer, hatten die Menschen auch den Mut gefasst, übers Eis zu gehen. Sie sind bestimmt noch alle sicher über das Haff gekommen, denn das Eis war sehr dick und die Russen schossen an diesem Tag nicht, es war der 27. Januar 1945.“

Nach der Flucht war Ursula Nebel die einzige aus ihrer Familie, die in der DDR landete, alle anderen Angehörigen lebten in Westdeutschland. In der DDR war es Ursula Nebel nicht vergönnt, laut von ihrer Heimat zu sprechen, erst als sie 1988 als Rentnerin nach Westdeutschland einreisen durfte, konnte sie sich mit den Freunden und Verwandten über Königsberg austauschen.

Und auch wenn Ursula Nebel es selbst nicht mehr erleben durfte, dass ihre Schwiegertochter ihr den Wunsch des eigenen Buches erfüllte, so kann der Leser durch das Buch an ihren Erinnerungen teilhaben, und die Geschichte der Frau, die am frühen Morgen des 27. Januar 1945 als Erste mit ihrem Flüchtlingsgefährten Horst über das zugefrorene frische Haff lief, wird nie ganz in Vergessenheit geraten. *Vanessa Ney*

Gisela Nebel, Ursula Nebel: „Als Erste übers Haff. Kindheit, Jugend und Flucht aus Königsberg“*, zu bestellen unter nebel@t-hoch-2.de, brosch., 218 Seiten, 14,95 Euro*



Eingelullt und passiv geworden

Schuldenkrise als Folge des Wohlfahrtsstaates und schwacher Persönlichkeiten

Der Titel beinhaltet den Tenor des Buches „Die Pleite-Republik. Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können“: Die gegenwärtige Euro-Krise bringt zum Vorschein, dass der westliche Wohlfahrtsstaat schon lange über seine Verhältnisse lebt, dass er dabei gleichzeitig unsere individuelle Freiheit immer mehr eingeschränkt hat, weshalb ein Umdenken notwendig ist, um nicht die Fähigkeit zum Streben nach Glück, diese Überzeugung der europäischen Aufklärung, zu verlieren. Denn „das Pathos dieses Rationalismus lässt sich nicht so leicht entmachten und entmündigen“. Der Autor verschweigt nicht, dass solches Pathos eine einheitliche Persönlichkeitsstruktur voraussetzt, an der es nach den Erkenntnissen moderner Dichter, Denker und Wissenschaftler aber mittlerweile mangelt. Da liegt ein unaufgelöster Widerspruch. Vielleicht kann uns der Wohlfahrtsstaat auch deswegen so leicht entmündigen, weil unsere moderne Persönlichkeit in sich zerfallen ist.

Der erwähnte Tenor wird nun in den einzelnen Kapiteln näher untermauert. Die Einführung des Euro ist zwar nicht kausal für den hier und da in seiner Zone drohenden Staatsbankrott verantwortlich, hat ihn aber begünstigt, sofern die Wohlfahrtsstaaten seiner Zone mit erleichterten Kreditmöglichkeiten ihre „Partys feiern“ konnten, wie der Autor sich ausdrückt. Dies und dass die Maastrichter Kriterien Makulatur sind, nachdem gerade Deutschland und Frankreich zu Beginn der 2000er Jahre mit deren Missachtung angefangen hatten, kann man, wie manche andere zwar skandalöse, aber unbestreitbare Einzelheit (etwa die rechtswidrige Übergehung der „no-bail-out“-Klausel) und begründete Bankenschelte, auch anderswo schon länger lesen.

»Soziale Gerechtigkeit« auf Kosten folgender Generationen

Auffallender ist schon die Auffassung, dass die Mehrheitsdemokratie schon ganz prinzipiell zur Aufblähung des Wohlfahrtsstaates und damit zur Pervertierung der ursprünglichen sozialstaatlichen Aufgabe der Absicherung gegen Risiken neige, mit den Ergebnissen, die uns die gegenwärtige Krise beschert. Denn die Politiker, die nach kurzer Zeit wiedergewählt werden wollen, dienen sich ihren Wählern durch finanzielle Wohltaten an, die sie unter dem Deckmantel (der Autor ist ein leidenschaftlicher Liberaler, ohne deshalb FDP-Propaganda zu verbreiten) der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit auf den Weg bringen. Zu diesem Zweck muss der Staat sich als finanzieller Umverteiler in großem Ausmaß engagieren, aber auch umfangreiche Schulden machen, die herzloserweise auf die nachfolgenden Generationen abgewälzt werden. Welchen konkreten Sinn diese Wohltaten haben, bleibt oft genug dahingestellt, da sie stets mit den Phrasen von Gerechtigkeit und Gleichheit begründet werden. Ein gutes Beispiel ist das Betreuungsgeld, dessen familienfreundliche Etikettierung nicht darüber hinwegtäuscht, dass die Geburtenraten deswegen so gut wie gar nicht steigen, weil das In-die-Welt-Setzen von Kindern nun einmal nicht „ökonomisiert“ werden kann.

Angesichts dessen kann man unsere Form der Mehrheitsdemokratie als die zwar historisch siegreiche Staatsform, aber nicht unbedingt als die bewährteste betrachten. Denn sie hat zu dem vernichtenden Befund beigetragen (zitiert nach dem Nobelpreisträger 1995 für Ökonomie, Robert E. Lucas): „Der europäische Wohlfahrtsstaat ist inzwischen so teuer, dass die Brücke zwischen Arbeitserfolg und dem, was man davon haben will, dem Lebensstandard, nachhaltig zerstört ist.“

Jedenfalls liest sich das Buch sehr glatt, gibt sich frech, mitunter bis zur Plattheit, ist vorbildlich in der Klarheit seiner jeweiligen Problemdarstellung, gibt besonders dem Nicht-Ökonomen vielerlei Anregungen zum Nachdenken und ist auch bekömmlich gemixt: Zentrale Aussagen werden mehrfach gebracht, und zwischendurch wird dezent aufgelockert mit Oliver Twist, Friedrich Nietzsche und Shakespeares „Kaufmann von Venedig“. *Bernd Rill*

Rainer Hank: „Die Pleite-Republik. Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können“*, Blessing, München 2012, 445 Seiten, 19,95 Euro*



Aus der Feder eines Kranken?

Autor glaubt, dass Koran neu zu bewerten sei, da Prophet nicht gesund war

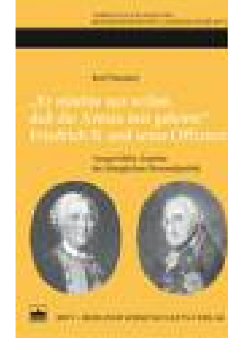
Mit dem Titel „Die Krankheit des Propheten“ stürzt sich der Marburger Emeritus Armin Geus, langjähriger Fachvertreter für die Geschichte der Biologie und der Medizin, ins Getümmel der Islamdiskussionen, freilich mit einer brisanten These, die er in seinem Essay mit einem bemerkenswerten Literaturverzeichnis von 646 Titeln von verschiedenen Aspekten her entwikkelt. Im Zentrum seiner Darlegungen untersucht er, inwieweit Krankheitseinflüsse auf die Entwicklung Mohammeds und die Entstehung des Korans eine maßgebende Rolle gespielt haben könnten.

Dass seine Offenbarungen und Visionen ihren Ursprung in einer Krankheit haben könnten, ist nichts Neues. Bereits ab der Antike und dem Mittelalter bis hin zum 19. Jahrhundert wurde diese Krankheit als Epilepsie gedeutet. Dies kann aber nicht sein, denn Mohammed blieb stets bei Bewusstsein und war ansprechbar; er wusste auch genau, was er erlebt hatte, konnte sich beherrschen, und seine intellektuelle Leistung blieb immer gleich.

Geus wählt einen anderen Ansatz, der ihn schließlich zu folgender Forderung nach einer systematischen Forschung führt: „Die Deutsche Islam-Konferenz (DIK) wäre daher gut beraten, ihre fruchtlosen Debatten zu beenden und stattdessen einen Sonderforschungsbereich aus qualifizierten Islamwissenschaftlern, Medizinern, Historikern und Arabisten einzurichten, die den Koran Sure für Sure und Vers für Vers beim Wort nehmen und nach Auswertung aller noch nicht oder nur unvollständig erschlossenen Quellen eine umfassende Pathographie erarbeiten.“

Als Summe seiner Überlegungen hält Geus fest: „Aus medizinhistorischer Sicht ist der Koran die Chronik einer Krankengeschichte.“ Nach der Lektüre stellt sich die Frage: Was bleibt nach dieser Diagnose, so sie denn stimmen sollte, vom Islam übrig? Sollte der Inhalt des Buches in Islamkreisen bekannt werden, wird der Autor bei der Polizei Personenschutz beantragen müssen. *Hermann Schubart*

Armin Geus: „Die Krankheit des Propheten. Ein pathographischer Essay“*, Basilisken-Presse, Marburg an der Lahn 2011, geb., 220 Seiten, 36 Euro*



Leistung wirkte befördernd

Studie über die Karrierechancen in der Armee von Friedrich dem Großen

Wozu ein so dickes Buch über die Personalpolitik Friedrichs des Großen in seiner Armee? Man weiß doch, dass seine vornehmlich adligen Offiziere ihrem Dienstalter gemäß dem Datum ihrer Patente die Ochsentour machten. So brauchte ein Fähnrich um 1750 zum Beispiel fünf bis sieben Jahre zum Lieutnant und dann nochmal sieben bis 14 Jahre zum Kapitän und Kompaniechef, wie man aus Meier-Welckers Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps von 1962 weiß, in denen nur wenige Ausnahmen erwähnt werden.

Doch Rolf Straubel, habilitierter Historiker am brandenburgischen Landeshauptarchiv, Autor grundlegender Werke über die Personalpolitik im alten Preußen, steigt in „Er möchte nur wißen, daß die Armee mir gehört. Friedrich II. und seine Offiziere“ tiefer in die Quellen ein, vor allem die Kopierbücher, in denen die Verfügungen des Königs festgehalten sind, und zeigt, wie sehr das Klischee trügt. Zwar blieb die Beförderung nach Altersstufe noch bis 1806 die Regel, doch schon Friedrichs Beförderungspraxis orientierte sich mehr und mehr an der Leistung.

So äußerte er in mehreren Ordres, dass er sich bei der Vergabe von Chargen nicht die Hände binden lasse. Deshalb stieg die Zahl der außerplanmäßigen Beförderungen, insbesondere nach dem Siebenjährigen und dem Bayrischen Erbfolgekrieg sprunghaft an. Während die Subaltern-Offiziere noch überwiegend nach dem Dienstalter aufrückten, wollte Friedrich schließlich die Stellen von Kompaniechefs, Stabsoffizieren, Regimentskommandeuren und -chefs grundsätzlich nur noch nach Leistung vergeben. Diese bewies ein Offizier für ihn im Frieden durch besondere Ambition (Engagement) und Disziplin, im Krieg durch besondere Führungskunst und Tapferkeit.

»Ochsentour« dominierte noch

Diese Praxis kompensierte das Fehlen klarer Laufbahnkriterien, welche im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts für höhere Beamten bereits galten: Studium, Absolvierung mehrerer Prüfungen, Probezeiten, Aufstieg nach Leistung. Aber das Verletzen der Altersstufe führte zu zahlreichen Konflikten in der Truppe und zu unzähligen Eingaben, unter anderem auch von Generalfeldmarschall Blücher, der, weil er übergangen wurde, den Abschied erbat und erhielt.

Der Autor befasst sich ferner mit der Rekrutierung von fremden und einheimischen Adligen für die Armee, geht der Erhaltung des adligen Grundbesitzes nach, beleuchtet die Vergabe von Heiratserlaubnissen, die Gewährung von Urlauben, die Versetzungspraxis und die Vergabe von Pensionen und zivilen Ämtern an invalide Militärs. Der Leser erfährt auch, wie sich der König ein Bild von den Offizieren verschaffte. Das konnte er bei seinen jährlichen Inspektionen und während der wenigen Revuetage ja kaum gewinnen, und die Konduiten (Beurteilungen) der Offiziere waren ihm zu oft von persönlichen Beziehungen geprägt. Da Friedrich ständig daran arbeitete, die Schlagkraft seiner Armee zu verbessern, sandte er häufig seine Gewährsleute in die Regimenter oder versetzte Gardeoffiziere dorthin, um Neuerungen einzuführen oder Mängel abzustellen. Diese Offiziere hatten dem König Bericht über den Zustand der Truppe und die Qualität ihrer Offiziere zu erstatten; so erfuhr er, wer schwach und wer hervorragend war.

Der Autor betrachtet praktisch alle dienstlichen und persönlichen Facetten des Verhältnisses Friedrichs II. zu seinen Offizieren und umgekehrt. Er zeigt auch die Spannungen, die teilweise zwischen dem König und dem Adel der verschiedenen Provinzen bestanden. Straubel hat mit großer Akribie teilweise unbekannte Quellen durchforstet und erschlossen. Daher vermittelt sein Buch, anders als viele vorwiegend auf Wertungen beruhende Darstellungen, ein lebensvolles Bild des Preußenkönigs und seiner Offiziere, das oft auch aus quantifizierten Fakten besteht. Das detaillierte Inhaltverzeichnis des Buches ist zum Nachschlagen sehr hilfreich. Als neues Grundlagenwerk ist es ein sehr wertvoller Beitrag zum 300. Geburtstag des großen Königs. *Manfred Backerra*

Rolf Straubel: „Er möchte nur wißen, daß die Armee mir gehört. Friedrich II. und seine Offiziere“*, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2012, geb., 784 Seiten, 78 Euro*



Lebenskrise

Mitvierzigerin auf Sinnsuche

Kalina Kalin, Heldin und Ich-Erzählerin von Liljana Pandevas Roman, ist eine Frau von „40 und ein paar zerquetschten Jahren“, die auf den ersten Blick wohl mit einem goldenen Löffel im Mund geboren wurde: schön und selbstbewusst, Mutter von Lebeda („Schwänin“), die in Schule und Schwimmsport Bestleistungen vollbringt, erfolgreiche Journalistin, Stolz und Star einer TV-Station, für die sie nach Brüssel als Korrespondentin gehen wird, auf den „begehrtesten Job bei allen Journalisten“. Aber hinter diesem strahlenden Bild kommt eine andere Kalina zum Vorschein – die von ihrem Mann verlassen und geschieden wurde, die gesundheitliche Probleme hat, einige Operationen überstand, die spürt, dass sie demnächst den Wettbewerb mit jüngeren Kolleginnen verlieren wird. Zumal sie in ihrer Zwillingsschwester Nena ständig ein Abbild vor Augen hat, was ihr alles misslungen ist. Sie lässt den Leser in ihrem Terminkalender blättern, wo notiert ist, was ihr an banalen Alltäglichkeiten oder aufregenden Ereignissen widerfahren ist. Gemeinsamer Nenner dieser Notizen ist ihr dramaturgisch eleganter Aufbau: Aus beiläufigen Umständen kristallisiert sich ein Konflikt heraus, der auf einen Höhepunkt zusteuert und dann sein Ende findet, ein gutes oder weniger gutes. Davon abgesehen, hat der Leser es mit Texten zu tun, die mit melancholischem Lächeln oder mit heiterem Lachen geschrieben wurden. Und ein geradezu kabarettistisches Lesevergnügen sind Kapitel wie „Geburtstag“, „Shopping“ und „Kochen“, die man sich gut als Soloprogramme auf Kleinkunstbühnen vorstellen mag. *EB*

Originell: Erzählung erfolgt anhand des Terminkalenders

Liljana Pandeva: „Schwestern und Machos in Makedonien. Aus dem Terminkalender der Kalina Kalin“*, Wieser, Klagenfurt 2012, 145 Seiten, 21 Euro*

MELDUNGEN

Zuwanderer aus Statistik tilgen

Den Haag – Der niederländische Rat für gesellschaftliche Entwicklung (RMO) rät der Regierung in Den Haag, die Hinweise auf Ethnie und Migrationshintergrund einer Person nicht mehr zu registrieren. Eine derartige Kategorisierung einer Person würde Vorurteile befördern und die Individualität beschneiden. In den Niederlanden geborene Kinder sollten so nicht mehr als Fremde gebrandmarkt werden. Integrationsminister Gerd Leers hält jedoch nichts von dem Vorschlag. *Bel*

Ab nach Österreich

Wien – Um 30 Prozent mehr Zuwanderung verzeichnete Österreich 2011. 70 Prozent der Zugewanderten stammen aus der EU und hier vor allem aus Deutschland, Rumänien, Ungarn, Polen und der Slowakei. Woher die Nicht-EU-Bürger überwiegend kommen, vermeldete Krone.at nicht. 11,5 Prozent der 8,4 Millionen Bewohner Österreichs haben einen ausländischen Pass. *Bel*

ZUR PERSON

Kämpferin für den Rechtsstaat

Da sich SPD und Bundesregierung über den Fiskalpakt nicht einig werden können, dieser aber mit einer Zweidrittelmehrheit den Bundestag passieren muss, haben **Beatrix von Storch** und ihre Mitstreiter einige Wochen gewonnen. Denn der Euro-Rettungsfonds ESM soll zusammen mit dem Fiskalpakt durch den Bundestag und so kann die Rechtsanwältin von Storch weiter mit dem Verein Zivile Koalition e. V. und über www.abgeordneten-check.de die Deutschen zum Widerstand gegen den ESM aufrufen.

Über 810800 gesendete Protest-Mails vermeldete die geborene Herzogin von Oldenburg am 12. Mai: „Jeder Abgeordnete des Deutschen Bundestages hat im Schnitt zirka 1300 E-Mails bekommen. So etwas hat es noch nie gegeben“, so von Storch. „Wenn er dann trotzdem nicht anfängt, selber ... nachzudenken, dann sollte er seine Abgeordnetenbezüge der letzten Jahre zurückzahlen“, fordert sie. Es gehe bei der „Euro-Rettung nicht um die Standarisierung von Katzenklos in Hintertupfingen, sondern um die Fundamente unserer Demokratie, unseres Rechtsstaates und um unsere Einkommen und Vermögen“, macht die in einer Berliner Rechtsanwaltskanzlei Tätige deutlich.



Bei ihrem Protest kann sich von Storch voll auf die Unterstützung ihres Mannes verlassen, den sie 39-jährig 2010 im Eutiner Schloss geheiratet hat. Sven von Storch ist der Vorstandsvorsitzende von www.abgeordneten-check.de. Das Schicksal seiner Familie hat sie dazu gebracht, sich politisch zu engagieren. Sven von Storch wurde 1970 in Chile geboren, seine Familie 1945 von ihrem Familiensitz in Mecklenburg vertrieben, obwohl der Vater wegen seiner Haltung gegen das NS-Regime sogar im KZ saß. Dass die von Storchs nach der Wende nicht ihr Gut zurückerhielten, sieht die Schwiegertochter als zweite Enteignung an. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Zwölf Sterne

Warum wir treulich glauben müssen, woran Röttgen gescheitert ist, und wie nah sich die Europäer durch den Euro kommen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Ein fester Glaube ist das Allerwichtigste, das spüren wir immer wieder. Hätten die Deutschen ihren Politikern nicht so treulich geglaubt, wären sie ihnen nie in den tollen Euro-Krimi gefolgt. Dann säßen wir immer noch mit unserer langweiligen D-Mark herum und hätten nie erfahren, was Griechenland außer Sonne, Wein und Inseln noch alles zu bieten hat.

Nach den interessanten Erlebnissen der vergangenen Jahre bleiben wir natürlich bei unserer erfolgreichen Praxis. Die Bundesbank glaubt beispielsweise fest und unverrückbar daran, dass die New Yorker Notenbank den deutschen Goldschatz treu für uns aufbewahrt. Die Frankfurter blikken daher völlig verständnislos auf ein paar Leute, die daran zweifeln und mit ihren schlechten Gedanken den Bundesrechnungshof rebellisch machen.

Aufgescheucht von den Zweiflern wollten die obersten Buchprüfer die deutschen Barren mal nachzählen lassen, um zu sehen, ob noch alle da sind. Überflüssig, mauert die Bundesbank: Das entspreche „nicht den Usancen zwischen Notenbanken“.

Aha, „Usancen“, das spricht man französisch aus und es bedeutet so viel wie „gute Gepflogenheiten“. Wir sind gerührt, dass es in der harten Welt des kalten Geldes noch so viel Nettigkeit gibt. Für kleinliches Nachzählen gibt man sich da nicht her. Zumal solche Prüferei womöglich schlechte Laune auslöst, wie wir kürzlich erleben mussten.

Eine ganze Zeit lang glaubten wir ja, Deutschland habe stolze 3400 Tonnen von dem Edelmetall irgendwo gelagert. Dann teilte uns die Bundesbank mit, man verfüge in dieser Menge über „Goldbestände und Goldforderungen“ – zusammen. Goldforderungen? Da besitzt Deutschland also anstelle echten Goldes bloß so einen Wisch, auf dem steht, dass der und der uns dann und wann so und so viel Gold aushändigen muss. Oder sollte. Vielleicht. Na prima: Und wenn der plötzlich griechisch mit uns redet und gar nichts rausrückt? Die Bundesbank verliert leider kein Wort darüber, wie viel von den 3400 Tonnen wirklich Gold ist und wie viel davon nur auf Papierschnipseln steht.

Um darüber nicht schlecht zu schlafen, bedarf es wahrlich einer saftigen Extraportion guten Glaubens. Sonst könnte man glatt der quälenden Idee verfallen, dass wir gnadenlos veräppelt werden.

Veräppelt fühlt sich jedenfalls Norbert Röttgen. Alle hacken sie auf ihm rum. Warum nur? Eigentlich hat er doch alles richtig gemacht! Statt sich dümmlich für „Inhalte“ zu verbrennen, hat er sich mit der Eleganz wirbelloser Bodenbewohner um jede klare Antwort gewunden – es sei denn, er meinte, ein Modethema entdeckt zu haben. Dann konnte Röttgen regelrecht so etwas haben wie eine „Meinung“. Er war fest entschlossen, für seine persönliche Karriere jedem noch so kleinen Risiko konsequent aus dem Wege zu gehen. So brachte er es fertig, monatelang zwischen Berlin und Düsseldorf elastisch hin und her zu hopsen. Und trotz dieser eindrucksvollen Emulsion aus Feigheit und Karriere-Gier brachte es Röttgen fertig, den Satz, dass „es mir vor allem um die Menschen geht und nicht um mich“, ohne Brechreiz aufzusagen.

> Nun kann er sich wieder seinem Steckenpferd widmen: der Zerrüttung unserer Stromversorgung

Mit anderen Worten: Norbert Röttgen ist ein Vollprofi, ähnlich wie sein NRW-Landesverbandskollege Ronald Pofalla. Wo also lag sein Fehler? Das könnte ihm sein Bruder im Geiste verraten: Pofalla hat sich sicherheitshalber tief unter „Muttis“ Rock verkrochen, denn er weiß: Hofschranzen wie er taugen nicht für die allererste Reihe. Da vorne ist viel zu viel Licht mit der Gefahr, dass die Leute sehen, wie man wirklich ist. Zu spät: In NRW haben die Bürger den Röttgen von allen Seiten beleuchten können. Er braucht fürs Erste nicht wiederzukommen.

Da kann er sich ja wieder seinem eigentlichen Steckenpferd widmen: der Zerrüttung der deutschen Energieversorgung. Gerade hat der Bundesrat verhindert, dass die Förderung der Solarindustrie (durch die deutschen Stromkunden) gekürzt wird. Vor allem im fernen China, von wo die meisten Solarpanele für Deutschlands Dächer stammen, wird man die Botschaft mit großer Genugtuung aufgenommen haben.

Auch die Hersteller von Wachskerzen, Petroleumlampen und Dieselaggregaten dürfen einer goldenen Zukunft entgegensehen: Experten erwarten eine schwunghafte Zunahme von Stromausfällen, wie wir sie seit 1947 nicht mehr hatten. Grund: Sonnen- und Windstrom sind wetterabhängig, weshalb man Gas-, Kohle- oder Ölkraftwerke benötigt für die dunklen, windarmen Stunden.

Da der Ökostrom aber „bevorzugt“ eingespeist wird, lohnt sich der Betrieb der alten Kraftwerke immer weniger, also werden immer mehr davon abgeschaltet. Irgendwann sind die Kabel dann plötzlich leer: bumm, aus, dunkel – wo sind die Kerzen?

Etwas Gutes hat die Sache: Mit dem Strom fallen bekanntlich auch Fernseher, Radios und Internetanschlüsse aus. Mit ein wenig Glück versinken so auch allzu beunruhigende Nachrichten in finst'rer Stille, und die Deutschen werden vom Bankrott ihres Landes gar nichts erfahren.

Was wir da verpassen, können wir vermutlich in den kommenden Wochen live und in Farbe miterleben – nämlich, wie so ein Staatsbankrott in der Wirklichkeit aussieht. In Griechenland treibt die Zeit der hanebüchenen Scharlatane ihrem scheppernden Höhepunkt entgegen. In den Debatten geben schillernde Wunderheiler den Ton an, die den Leuten atemberaubende Versprechen machen: Nehmt einen ordentlichen Schluck von meinem Sozialismus und alle Gebrechen verschwinden von selbst!

Millionen glauben ihnen das, beileibe nicht bloß Griechen. Die deutschen Sozialdemokraten haben das gleiche Mittel gegen den Euro-Flächenbrand entdeckt: mehr Feuer! Das erstaunte Publikum ist im Sinne des Wortes verzaubert. Wer hätte gedacht, dass man viel zu viele Schulden am besten damit wegbekommt, dass man noch mehr Schulden macht? Niemand kann es abstreiten: Da sind wahre Magier am Werk.

Na ja, die machen das ja auch nicht zum ersten Mal. Ihr Rezept lautet: Der Staat muss mehr umverteilen, indem er an der einen Stelle mehr Geld einsackt (Reichensteuer, Transaktionssteuer und was uns sonst noch alles einfällt) und an der anderen Stelle mehr ausgibt (Konjunkturprogramm alias „Wachstumsimpulse“). Das Ganze gut durchgerührt und – simsalabim: Es geht wieder aufwärts. Diese Zauberformel ist in der Geschichte schon Dutzende Male verordnet worden mit bislang immer dem gleichen Ergebnis. Aber das wird nicht verraten, sonst geht ja die Spannung flöten, die ganze Überraschung wäre weg.

Und wir lieben Überraschungen, so wie diese hier: Dass der Euro die Völker näher aneinander bringen würde, das hatten wir ja erwartet. Aber dass sie sich derart nahe kommen würden, das hat uns dann doch erstaunt wie jenen Holländer, dem bei der europäischen Annäherung Nase und Kiefer zu Bruch gingen. Zwei Griechen, 45 und 48 Jahre alt, hatten den 78-Jährigen gefragt, ob er Deutscher sei. Als er sagte, er sei Holländer, antworteten die, Holländer oder Deutscher sei egal (Wollten wir nicht alle nur noch Europäer sein?) und schlugen ihn zusammen.

Als der alte Mann am Boden lag und zwölf Sterne vor seinen blau geschlagenen Augen sah, rief seine völlig entgeisterte griechische Frau den Notarzt. Jetzt liegt der Holländer, der seit zehn Jahren in Hellas lebt, in einem griechischen Krankenhaus. Hoffentlich hat er genug „Fakelaki“ (Briefumschläge mit Schmiergeld) für die Ärzte dabei. Sonst wird es für den übel Zugerichteten jetzt erst richtig gefährlich.

In Italien wird unterdessen erwogen, gegen Marodeure, die Finanzämter angreifen, die Armee einzusetzen. In Spanien werden friedliche Protestversammlungen mit Polizeigewalt aufgelöst. Ja, „der Euro sichert Frieden und Freundschaft“.

MEINUNGEN

***Karl Feldmeyer** rechnet im Internet-Portal „Die freie Welt“ vor, was **Griechenlands Pleite** die Deutschen kosten wird – und benennt die **Schuldige** an dem Desaster:*

„Der deutsche Steuerzahler müsste dafür rund 80 Milliarden Euro blechen. Das sind 1000 Euro pro Person, Babys und Greise mitgerechnet! Das hat uns Frau Merkel eingebrockt, als sie die Verträge von Maastricht und Lissabon brach und die ‚No-bail-out‘-Klausel außer Kraft setzte, die genau das verbietet, was Merkel tat.“

*Der New Yorker Wirtschaftsprofessor **Melvyn Krauss** fordert in der „Financial Times Deutschland“ (10. Mai) einen raschen **Schlussstrich** unter das **Griechenland-Drama**:*

„Die Euro-Zone hat einen furchtbaren Fehler begangen, als sie Griechenland als Mitglied akzeptierte, und sie wird ordentlich dafür büßen ... Niemand kann die Griechen per Bestechung zu einer dauerhaften Veränderung bewegen. Wenn sie einen Bürgerkrieg haben wollen, bitte schön. Europa kann das sowieso nicht verhindern, und warum sollte man noch mehr Geld rausschmeißen.“

*Der Chef der slowakischen Liberalen, **Richard Sulík**, kritisiert die Euro-Politik der **deutschen Kanzlerin** Angela Merkel in ungewöhnlicher Schärfe:*

„In der Krise handelt sie (Merkel) den Steuerzahlern gegenüber nicht verantwortungsbewusst. Sie hätte zeigen können, dass sie eine zweite Maggie Thatcher ist. Aber sie hat es nicht getan. Anders als Thatcher hat sie den Forderungen nach Finanzhilfen immer wieder nachgegeben. Sie hätte nie dem ESM zustimmen dürfen, denn im Oktober 2010 hat sie klipp und klar gesagt: Es wird keinen dauerhaften Rettungsschirm geben. Mich überrascht schon, wie leichtfertig sie mit ihrem Wort umgeht.“



Richard Sulík

*Der Unternehmer **Gerwin Schüttpelz** (CPH Chemie, 78 Millionen Umsatz) äußert sich in der „Wirtschaftswoche“ **pessimistisch** zur Zukunft von **Nordrhein-Westfalen** nach dem Wahlsieg von Rot-Grün:*

„Für einen NRW-Unternehmer ist es nur schwer nachzuvollziehen, wo die Reise mit Rot-Grün in den nächsten Jahren hingehen soll. Bei der schon jetzt immens hohen Verschuldung des Landes wüsste ich gerne, wie die sozialen oder teilweise schon sozialistischen Wohltaten, die wieder einmal versprochen wurden, zu finanzieren sind. Als Unternehmer bin ich etwas anderes gewohnt. Bezüglich der Schulpolitik kann ich nur froh sein, dass meine Kinder inzwischen im Ausland studieren.“

Wegen eines technischen Defekts kann der „Pannonicus“ diese Woche leider nicht erscheinen. Wir bitten um Ihr Verständnis.
Die PAZ-Redaktion